

---

## Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit

Februar 2011, Nr. 8

---

Editorial	3
Soziale Bewegungen und gesellschaftliche Regulation <i>Ruedi Epple</i>	5
Bern: Die Sans-Papiers-Bewegung <i>Jacqueline Kalbermatter</i>	23
Bellinzona: „Giù le mani dall'Officina“ <i>Maurizio Coppola</i>	49
Luzern: Aktion Freiraum <i>Tanja Klöti</i>	75
Drei Bewegungen im Vergleich <i>M. Coppola, R. Epple, J. Kalbermatter und T. Kloeti</i>	105



---

## Editorial

*Monica Budowski und Michael Nollert*

---

Soziale Bewegungen sind unabdingbar in der Zivilgesellschaft. Sie verweisen auf soziale Probleme, bündeln Interessen und tragen je nach Resonanz in der Bevölkerung und bei den politischen Akteuren nachhaltig zum sozialen Wandel bei. Zu den Charakteristika sozialer Bewegungen gehört, dass sie im Unterschied zu Verbänden und Parteien locker und ahierarchisch, netzwerkförmig organisiert sind und, wenn ihre Anliegen institutionalisiert sind, häufig wieder von der Bildfläche verschwinden. Auch in der Schweiz haben solche Bewegungen massgeblich zum Wandel sozialer Strukturen beigetragen. Denken wir nur an die Mobilisierung der Forderung nach bürgerlichen, politischen, sozialen oder ökologischen Rechten im Rahmen der Arbeiter-, Frauen-, Friedens- oder Umweltschutzbewegung. Allerdings dürfen diese Beispiele nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch soziale Bewegungen wie etwa die Frontenbewegung in der Schweiz während den 1930er Jahren gibt, die repressive Ziele verfolgen und eine Gefahr für die Zivilgesellschaft darstellen können.

Der vorliegende Newsletter zeigt, dass viele sozialen Probleme selbst im Vielparteienstaat Schweiz nur wenig Gehör bei den etablierten politischen Akteuren finden. Deshalb sind viele Betroffene im Hinblick auf die Realisierung ihrer Forderungen auf eine Mobilisierung ihrer Anliegen angewiesen. In einem einleitenden Überblick über die Bewegungsforschung macht Ruedi Epple zunächst sichtbar, welche Rolle soziale Bewegungen für und in der Gesellschaft spielen. Danach folgen drei studentische Studien zu jüngeren Problemlagen, die eine Mobilisierung hervorriefen und untermauern, dass viele Bewegungen mit Misserfolgen leben müssen. Die Fallstudien entstanden als Gruppenarbeiten im Seminar „Zentren der Weltgesellschaft: Soziale Bewegungen“. Die zwei Autorinnen und der Autor übernahmen es, die einzelnen Beiträge, die in ihren Gruppen entstanden, nach dem gleichen inhaltlichen Raster zusammenzufassen.

Zu Beginn weist Jacqueline Kalbermatter auf die sozialpolitisch wenig wirksame Mobilisierung der Anliegen der Papierlosen zwischen 2001 und 2007 in Bern hin. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit einem 2008 für die Belegschaft erfolgreich verlaufenden Arbeitskampf in Bellinzona, wobei Maurizio Coppola dokumentiert, dass die von einer SBB-Werkstattschliessung bedrohten Betroffenen nicht auf sich gestellt blieben und breite Resonanz in der Bevölkerung fanden. Der Beitrag von Tanja Klöti fokussiert auf die „Aktion Freiraum“, die sich 2007 bis 2009 mit wenig Erfolg für die Anliegen der alternativen Kulturszene in Luzern einsetzte. Im fünften Beitrag bieten die vier AutorInnen abschliessend einen Vergleich der drei ausgewählten Bewegungen,

wobei der Erfolg der Bewegung im Tessin als Ergebnis des konfrontativen Kurses, der internen Kohäsion und der breiten Ausstrahlung in die Politik interpretiert wird.

Es ist ein glücklicher Zufall, dass der Newsletter kurze Zeit nach dem historisch bedeutsamen Erfolg der Anti-Mubarak-Bewegung in Ägypten erscheint. Wir wünschen den Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre.

Monica Budowski und Michael Nollert

## Soziale Bewegungen und gesellschaftliche Regulation

*Ruedi Epple, Universität Fribourg*

Im Frühjahr 2010 tickt die Stadt Basel anders als sonst: Demonstrationen und Fackelzüge ziehen durch die Stadt. An wichtigen Punkten stehen Mahnwachen. Protestierende halten einen Tramwagen auf. Jugendliche zerstören mit schwerem Werkzeug ein Luxusauto. Am 23. April versammeln sich vor dem Rathaus Menschen. Sie stürmen das Gebäude. Akten flattern aus den Fenstern in den Innenhof. Die Stadtregierung muss ihren Sitz fluchtartig verlassen.

Niemand weiss genau, worum es geht. Die Aktivistinnen und Aktivisten schweigen sich über die Motive ihrer Handlungen aus. Urheber lassen sich nicht fassen. Wie die Protestbewegung kommuniziert, bleibt schleierhaft. Die Grenzen zwischen Alltag und Protest sind verwischt. Ob es um alltägliche Verrichtungen oder bereits um Protest geht, ist oft nicht auszumachen. Sind die Leute, die massenhaft zum Einkaufen gehen, normale Konsumenten oder Demonstranten? Sind die Personen, die sich in dezenter Kleidung auf der Strasse aufhalten, auf dem Weg zur Arbeit oder zur Protestversammlung?

Medien und Behörden verfolgen die Ereignisse aufmerksam. Sie sind auf Vermutungen angewiesen. Die Regierung setzt einen Krisenstab ein und hält die Polizei in Bereitschaft. An den Demonstrationen vom 26. März und 18. April nehmen jedoch auch Polizeikräfte teil. In der Bevölkerung stossen die Proteste auf breite Sympathie. Eine Aufklärung der Ursachen und eine konsequente polizeiliche Bekämpfung ist unter diesen Umständen unmöglich.

Die Ereignisse bleiben nicht ohne Wirkung: Panikkäufe überfordern die Detailhändler. Rund 7000 Kinder pilgern zum Bahnhof. Sie wünschen, aufs Land verschickt zu werden. Sie wollten die familiäre Situation nicht unnötig belasten, geben sie zur Auskunft. Nach ein paar Wochen lassen die Spannungen nach. Zurück bleiben demolierte Werbeflächen, ramponierte Begrünungsinseln, defekte Ampelanlagen und Überwachungskameras, eingeschlagene Schaufenster, ausgebrannte Personenwagen, durchtrennte Oberleitungen und unbrauchbare Tramgeleise. Die Basler Verkehrsbetriebe können ihren Dienst erst nach aufwändigen Reparaturen wieder aufnehmen.

Am 29. April lässt ein Ausschuss von Vertretern aus Wirtschaft und Politik verlauten, man habe die Ereignisse „nach gewissenhafter Prüfung aller Sachverhalte“ überschätzt. Als Ursache der Unruhen diagnostiziert man eine tektonische Überschiebung. Diese habe ein kleines Erdbeben ausgelöst. Die angerichteten Schäden seien finanziell und mental verkraftbar.

### *„Basler Unruhen“*

Die „Basler Unruhen“, wie die Ereignisse des Frühjahrs 2010 bald hiessen, fanden im Basler Theater statt. Hannah Hofmann und Sven Lindholm liessen auf der Kleinen

Bühne sieben Zeitzeugen auftreten und über ihre Beobachtungen berichten. Viele der erwähnten Ereignisse wurden durch Videoaufnahmen dokumentiert. Die Realität hingegen „liess zu wünschen übrig“, räumte das Autorenteam ein.

Lässt die Realität zu wünschen übrig? Die „Neuen Sozialen Bewegungen“ der 70er und 80er Jahre sind in der Tat alt geworden (Cattacin u.a. 1997). Sie sind auf ein Konglomerat professionalisierter Bewegungsorganisationen zusammengeschrumpft, die sich durch Lobbying sowie durch Referenden und Initiativen ins politische Tagesgeschehen einmischen (Giugni und Passy 1999). Dennoch sind sie nach wie vor für rund die Hälfte der Protestereignisse verantwortlich, die im Zeitraum von 2000 bis 2005 beobachtet wurden. Zudem trugen sie dazu bei, dass sich in der Schweiz in dieser Phase ein moderater Aufschwung der Bewegungsaktivitäten abzeichnete (Hutter und Giugni 2009:442-447). An dieser Entwicklung waren aber auch die Arbeiterbewegung, die vermehrt zum Mittel des Streiks griff (Pfister 2010), sowie die globalisierungskritische Bewegung beteiligt, die den neuen politischen Gegensatz zwischen Öffnung und Schliessung thematisierte (Kriesi 2001; Bolliger 2007:225-233).

Die relative Ruhe an der „Bewegungsfront“ spiegelt sich auch in der Bewegungsforschung. Wie die Kleidung, so sind auch die Sozialwissenschaften Moden unterworfen. Es sind einige Jahre her, seit die grossen Studien über die Sozialen Bewegungen in der Schweiz publiziert wurden. Was bereits in den Hochzeiten der „Neuen Sozialen Bewegungen“ galt, gilt noch heute: Die Bewegungsforschung in der Schweiz stellte damals ein marginales Forschungsfeld dar (Kriesi 1991), und es ist noch heute der Fall, dass die „Protestseite“ der Politik eher vernachlässigt wird und der Ergänzungen bedarf (Hutter und Giugni 2009:428). Die drei folgenden Fallstudien leisten einen kleinen Beitrag dazu. Im Unterschied zu Hutter und Giugni (2009) haben sie aber nicht das gesamte Forschungsfeld im Auge, sondern richten ihren Blick auf den Mikro-Kosmos zeitlich und örtlich begrenzter Bewegungen (Snow und Trom 2002). Sie setzen damit eine Tradition der Bewegungsforschung fort, die bereits vor über zwei Jahrzehnten einsetzte (vgl. Kriesi (Hg.) 1985; Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 1986; Epple 1998; Roth und Rucht 2008).

Courant normal also in der politisch stabilen Schweiz. Als dynamische und einflussreiche politische Kraft erweist sich seit rund zwei Jahrzehnten allein die „Schweizerische Volkspartei“ (Neidhart 2007). Und ihr gilt denn auch ein wesentlicher Teil der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit (Kriesi (Hg.) 2005; Lachat 2008). Dennoch: Die Zukunft ist und bleibt offen. Und wie das Stück von Hofmann & Lindholm zeigt, kann im Alltag unverhofft und unvorhergesehen Protest auftreten. Ihr Stück „Basler Unruhen“ veranschaulicht, was Hardt und Negri als Potenzialität der „Multitude“ bezeichnen: Das Hervorbrechen von Widerstand in unterschiedlichster Form und aus unterschiedlichsten Anlässen heraus (Hardt und Negri 2010).

Im Stück ist zum Beispiel von einer Frau die Rede, die entlassen wurde. Folge der Unruhen ist eine „Entschleunigung“. Das Motto des Stücks lästert vom „Scheiss König“, vom dunkeln Geschmack des falschen Sekts und vom Wachs, das die Kerze beisst. Konkreter äussern sich die Autorin und der Autor nicht zum Inhalt der Proteste (Hofmann und Lindholm 2010). Sie lassen die Frage nach den Motiven bewusst

unbeantwortet. Sie wollen den Zuschauerinnen und Zuschauern die Möglichkeit offen lassen, selbst zu entscheiden, warum und wofür es sich lohnen würde, „Basler Unruhen“ vom Zaume zu reissen (Schweizer Fernsehen 2010).

Ob sich solche Bewegungen zum „Steppenbrand“ (Hardt und Negri 2010:16), zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Reformprozess, summieren, der dem „Common Wealth“ zum Durchbruch verhilft, wie es Hardt und Negri als Möglichkeit beschreiben, ist ungewiss (Hardt und Negri 2010). Deutlich aber machen Hofmann & Lindholm, dass diese Möglichkeit dem Alltag als Potenzialität eingeschrieben ist. Ob Einkauf oder Arbeitsweg Alltag oder Protest sind, ist auch vom Sinn abhängig, welche die im Alltag Handelnden ihrem Tun verleihen. Die Fortschreibung der Gegenwart setzt voraus, dass Handelnde diese alltäglich reproduzieren. Diese Reproduktion ist prekär, weil sie auf tausendfache und wiederholte Folgebereitschaft, auf „doxische Unterwerfung“ (Bourdieu 1998:120), angewiesen ist (Lessenich 2008:138-142; Lemke 2007:46-75). Ein Umkippen von Normalität in „Basler Unruhen“, ist deshalb nie auszuschliessen und immer und überall möglich. Und so treten selbst in der politisch stabilen Schweiz immer wieder kleinere oder grössere „Unruhen“ auf:

- Im Jahr 2000 stören rechtsradikale Demonstranten die 1. August-Feier auf dem Rütli. In den folgenden Jahren wiederholt sich der Vorfall.
- 2002 wurde im Kanton Zürich der „Verein Flugschneise Süd – Nein“ (VFSN) gegründet, um die drohenden Südanflügen auf den Flughafen Zürich-Kloten zu verhindern.
- Im Zürcher Unterland entsteht 2003 der Verein „Klar!“ (Kein Leben mit atomaren Risiken), der beiderseits der Rheingrenze den Widerstand gegen ein Atommüll-Endlager in Benken fortsetzt.
- In Reconvilier im Berner Jura bestreikt 2006 die Belegschaft den dortigen Swissmetal-Betrieb, weil die Produktion nach Dornach verlegt werden soll.
- In Genf verteidigt sich 2007 die Hausbesetzer-Szene gegen die Räumung des „Rhino“, eines seit Jahrzehnten besetzten Wohnhauses.
- 2009 besetzen Studierende in mehreren Universitätsstädten Räumlichkeiten und protestieren damit gegen die Folgen der Bologna-Reform an den Universitäten.
- Im Sommer 2010 besetzen Sans-Papiers, Flüchtlinge und Unterstützende die kleine Schanze in Bern und fordern eine kollektive Regularisierung.
- In Basel wehren sich 2010 Tausende von Abonnentinnen und Abonnenten der „Basler Zeitung“ gegen einen drohenden Rechtsrutsch ihrer Tageszeitung.

### *Regulation*

Eine kapitalistische Marktwirtschaft stellt die Voraussetzungen ihrer eigenen Reproduktion nicht selbst her. Sie ist einerseits abhängig von fiktiven Waren wie beispielsweise Natur- und Arbeitskräften, die sie nicht selbst produziert. Sie ist andererseits von strukturellen Widersprüchen durchzogen, die sie nicht selbst aufzulösen vermag. Eine kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert deshalb nur, wenn sie in ein Ensemble ausserökonomischer Institutionen und Praxen eingebettet ist, welche die Kapi-

talakkumulation alimentieren, kompensieren und regulieren. Es ist diese Einbettung in einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, welche dazu beiträgt, dass die ökonomische Entwicklung bis zu einem bestimmten Grad und für eine bestimmte Dauer stabil bleibt (Hübner 1990; Jessop und Sum 2006; Jessop 2007).

Von dieser Grundannahme ausgehend, unterscheidet die Regulationstheorie analytisch zwischen einem Akkumulationsregime und einer Regulationsweise (Becker 2002; Eser 2008). Unter einem „Akkumulationsregime“ sind „historisch-spezifische Modi der kapitalistischen Produktion, Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts“ zu verstehen. Dazu gehören beispielsweise die Arbeitsteilung und -organisation, die Arbeitskraftqualifikation, die Produktionstechnologie, das Volumen des eingesetzten Kapitals und dessen Verteilung auf Sektoren und Branchen, die Verwertungszyklen, die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts sowie Konsumformen und -normen (Hirsch 1994:196; Hirsch 1990:34).

Unter einer „Regulationsweise“ sind die „institutionellen Konfigurationen“ zu verstehen, in die ein Akkumulationsregime eingebettet ist. Dazu gehören beispielsweise die Vergesellschaftungsformen wie etwa die Familie als Ort der Reproduktion der Arbeitskraft, das private Unternehmen als Ort der Produktion oder die Politik und der Staat als Ort der Austragung von Konflikten. Recht und andere Normen regulieren darüber hinaus, was gilt (Hirsch 1994:197; Hirsch 1990:19,36).

Das Zusammenspiel zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise ist prinzipiell prekär. Einerseits entwickelt sich der kapitalistische Akkumulationsprozess dynamisch und ist wegen seiner grundlegenden Widersprüche krisenanfällig. Andererseits ist auch die Ausgestaltung des institutionellen Ensembles, in welches das Akkumulationsregime eingebettet ist, ständig umstritten. Die Krisenanfälligkeit der Akkumulation zeigt sich im raschen Wechsel von wirtschaftlichen Auf- und Abschwungphasen sowie in tiefen Einbrüchen wie eben erst die weltweite Finanzkrise. Die Umstrittenheit der Regulationsweise kommt zurzeit zum Beispiel in den Auseinandersetzungen um wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, um Migrations- und Genderregimes oder um die europäische Integration zum Ausdruck (Epple 1998:39-44).

Ob sich Akkumulationsregime und Regulationsweise günstig zu einer „Entwicklungsweise“ oder „Prosperitätskonstellation“ (Lutz 1984) fügen, ist deshalb nicht jederzeit gewährleistet. Eine relativ stabile Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie sich im „Fordismus“ der Nachkriegsjahrzehnte des 20. Jahrhunderts einstellte, bildet eher die Ausnahme als den Normalzustand der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion (Epple 1998:44-47).

Akkumulationsregimes und Regulationsweisen können als gesellschaftliche Strukturen verstanden werden, die in einem dialektischen und nur analytisch unterscheidbaren Verhältnis zur Agency, zum menschlichen Handeln stehen (Jessop 1996, 2001; Hay 2001, 2002:89-134, 209-213, 168-193; King 1999, 2010):

- *Soziale Strukturen* sind diejenigen Elemente eines zeitlich und örtlich bestimmten Kontextes, die für Akteure oder Handelnde nicht veränderbar sind. Dabei kann sich die Unveränderbarkeit daraus ergeben, dass sie als unveränderlich wahrgenommen werden oder daraus, dass die Handelnden nicht über



die Macht und den Einfluss verfügen, um deren Veränderung durchzusetzen. Strukturen ist dadurch eine diskursive und strategische Selektivität eingeschrieben und ihre einschränkenden oder ermöglichenden Wirkungen sind nicht absolut, sondern immer nur in Bezug auf bestimmte Zeiten, Räume, Akteure und Strategien gegeben.

- *Agency* meint das Potenzial von Akteuren oder Handelnden, ihre Intentionen in einem zeitlich und örtlich bestimmten Kontext zu realisieren. Über ein solches Vermögen verfügen strategisch handelnde und an Strukturen orientierte Akteure. Sie gehen reflexiv vor und sind innerhalb der Grenzen ihrer Identitäten und Interessen in der Lage in ihrer konkreten Situation strategische Entscheidungen zu treffen. *Agency* kann intentional auch darauf ausgerichtet sein, gestaltend auf einen Kontext einzuwirken. Dazu muss ein Kontext als veränderbar wahrgenommen und dessen Veränderung durchgesetzt werden. *Agency* ist damit von den Ressourcen und der Macht abhängig, über die Akteure verfügen.

Eine solche strategisch-relationale Sicht betrachtet historische Phasen, während derer sich in einem bestimmten Kontext Akkumulationsregime und Regulationsweise entsprechen, als eine historische „Fundsache“ (Alain Lipietz), als eine historisch-konkrete Konstellation, die sich aus der strukturelle Selektivität des zeitlich und örtlich bestimmten Kontextes einerseits, den ökonomischen, sozialen, politischen und diskursiven Auseinandersetzungen andererseits ergeben. So gesehen sind Phasen relativer Stabilität, wie ihn beispielsweise der Fordismus darstellte, das Ergebnis offener historischer Prozesse (Hay 2002:129-131, 163-167, 209-213).

Eine besondere Bedeutung kommt bei der Herausbildung solcher Konstellationen so genannten diskursiven „Imagaries“ zu. Darunter sind „Narrative“ über die Situation aktueller Gesellschaften, die Bedeutung sozialer Probleme, ihrer Ursachen, möglicher Lösungen und Visionen zu verstehen (Jessop 2009: 344-346). Schälen sich solche als relativ kohärente Vorstellungen aus diskursiven Auseinandersetzungen in vielen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen heraus, schaffen sie die Voraussetzungen für ein „hegemoniales Projekt“: Politische Kräfte finden darüber zu einem politischen „Block“ zusammen, der verbreitete Unterstützung findet, während oppositionelle Kräfte gleichzeitig desorganisiert werden. Die politischen Kräfteverhältnisse sind vorübergehend ausbalanciert und relativ stabil und die gesellschaftliche Entwicklung verläuft vergleichsweise voraussehbar (Jessop und Osterlynck 2008:1159-1160; Sum 2009; Jessop 2009).

Bob Jessop bezeichnet das Ergebnis eines hegemonialen Projekts auch als „social fixes“. Die semiotischen Vorstellungswelten oder Imagaries und die politischen Kräfteverhältnisse oder Blöcke, die solche „fixes“ tragen, schliessen jeweils andere Weltvorstellungen und politische Kräfte aus, so dass sie immer mit Exklusion verbunden sind (Jessop und Sum 2006: 316-318; Jessop 2007:40-52).

In der fordistischen Phase, den drei ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, waren in der Schweiz Frauen und Fremde sowie die künftigen Generationen aus dem schweizerischen „social fix“ ausgeschlossen. Heute laufen Auseinandersetzungen

darüber, wo die Grenzen in Zukunft verlaufen: Dass die Fremden auch weiterhin nicht dazu gehören sollen, ist weitgehend entschieden, und wurde durch die Abstimmungen über die Minarett- und Ausschaffungsiniciativen sowie die negativen Volksentscheide über das Ausländerstimm- und -wahlrecht in einzelnen Kantonen erneut besiegelt. Wie weit Leute, die ihre Arbeit verlieren, die invalid oder auf Sozialhilfe angewiesen sind, dazu gehören sollen oder nicht, ist hingegen noch umstritten.

### *Soziale Bewegungen*

Soziale Bewegungen können als politische Kräfte oder Akteure verstanden werden, die ausgegrenzte Vorstellungen und Problemwahrnehmungen ausdrücken und Agency an den Tag legen, die auf Kontexte gestaltend Einfluss zu nehmen versucht. Indem sie soziale Probleme aufgreifen und in die politische Arena tragen, politisieren sie sedimentierte Diskurse und mischen sich damit in die historischen Auseinandersetzungen um die konkrete Ausgestaltung von gesellschaftlichen Strukturen ein (Jessop 2009:340). Bei der Suche nach neuen Entwicklungsweisen kommt ihnen deshalb eine zentrale Rolle zu.

Soziale Bewegungen entwickeln unter den gegebenen Bedingungen (Kontext) Vorstellungen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie benennen Probleme, Ursachen und Verantwortliche. Sie formulieren Bewegungsidentitäten und bündeln Interessen (Definition). Sie mobilisieren Aktivisten und Ressourcen und entfalten dadurch politische Macht (Organisation). Neben anderen Akteuren treten sie in die politische Arena ein. Sie bilden Koalitionen und verschieben Kräfteverhältnisse (Aktion). Sie nehmen damit Einfluss auf die Ausgestaltung der sozialen Strukturen und bremsen oder fördern gesellschaftliche Veränderungsprozesse (Wirkung). Wie künftige Akkumulationsregimes und Regulationsweisen aussehen, welche Vorstellungswelten und politischen Kräfte dominant werden, hängt auch von der Vielfalt und Stärke sozialer Bewegungen ab (Roth 1990; Buechler2000, 2002).

Die folgenden drei Artikel liefern Fallstudien zu drei Bewegungen, die sich in den letzten Jahren in regionalen Kontexten der Schweiz zu Wort gemeldet haben:

- In Bern tritt kurz nach der Jahrtausendwende eine Bewegung von und für Sans-Papiers an die Öffentlichkeit und besetzt Kirchen.
- In Luzern hat 2007 die Schliessung des Jugend- und Kulturzentrums BOA Protestdemonstrationen zur Folge. Eine „Aktion Freiraum“ fordert autonome Kultur- und Jugendräume.
- In Bellinzona im Kanton Tessin bestreikt 2008 die Belegschaft die Werkstätten der SBB Cargo, weil Stellen abgebaut oder nach Yverdon verlegt werden sollen.

### **Drei Kontexte**

#### *Rescaling*

Die seit der Krise der fordistischen Formation laufenden Auseinandersetzungen um neue „Prosperitätskonstellationen“ oder „social fixes“ haben zu einer Relativierung der Nationalstaaten geführt. Diese stellten in der fordistischen Phase die primäre Ebe-

ne der Regulation dar (Jessop und Sum 2006: 281-283) . Mit solchen Rescaling-Prozessen reagieren politische Akteure auf die Möglichkeiten weltweit operierender Investoren, auf deregulierten Märkten Kapital und Vermögen rasch zwischen unterschiedlichen politischen Kontexten zu verschieben (Hay 2001: 11-15) .

Über der nationalstaatlichen Ebene gewinnen neben supranationalen Institutionen wie die Europäische Union (EU), der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Weltbank beispielsweise auch informelle Gremien wie die Gruppe der acht oder zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G8 oder G20) an Bedeutung und Einfluss. Sie stellen den Versuch dar, die Folgen der Standortkonkurrenz und ökonomischer Krisen durch informelle Absprachen zu moderieren. Unterhalb der nationalstaatlichen Ebene lösen sich „global cities“ oder metropolitane Räume zunehmend aus dem Bann ihres jeweiligen Nationalstaats und treten als zusätzliche Akteure in die weltweite Konkurrenz der „Standorte“ ein. Deren Anstrengungen stellen Versuche dar, auf subnationaler Ebene regionale oder lokale „social fixes“ zu finden (Jessop und Sum 2006: 287-290) .

Für Regionen und Städte eröffnen sich dadurch erweiterte Handlungsräume. In welcher Weise diese ausgefüllt werden, welche Form die regionalen oder lokalen „social fixes“ annehmen, hängt von der Ressourcenausstattung vor Ort sowie von den regionalen oder lokalen Kräfteverhältnissen ab: Es entstehen sowohl hoch kompetitive „Clusters“ (Sum 2009) als auch alternative „Spaces of Hope“ (Leyshon et al. 2003; Lee 2004; Mayer 2003).

In der Schweiz versorgt das Rescaling den stark gebliebenen traditionellen Föderalismus mit neuer Bedeutung, indem dieser der subnationalen Standortkonkurrenz günstige Voraussetzungen bietet. Dem Bund gegenüber treten die Kantone mit gestärktem Selbstvertrauen auf. Gleichzeitig liefern sie sich im Standortmarketing und in der Steuerpolitik gegenseitig harte Konkurrenzkämpfe. Auseinandersetzungen um die „social fixes“ auf regionaler und lokaler Ebene erhalten dadurch auch in der Schweiz eine neue und grössere Bedeutung.

### *Stadt Bern*

Ihren Status als Metropolitanraum hatten Stadt und Kanton Bern verloren, noch bevor die Folgen der letzten schweren Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar werden konnten. Die Landwirtschaft, das binnenwirtschaftlich ausgerichtete Gewerbe und die Leichtindustrie, die lange Zeit die wirtschaftliche Kraft der Region Bern ausgemacht hatten, konnten schon länger nicht mit den anderen Metropolitanräumen Genf, Basel und Zürich mithalten. Bern gehörte schon vor der Krise zu den grossen Bezüglern von Ausgleichleistungen des Finanzausgleichs. Der Versuch als Wirtschaftsraum „Espace Mittelland“ Gegensteuer zu geben, war gescheitert (Gerny 2010).

Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), welches das Ranking der Räume berechnet, sprach Stadt und Kanton Bern im Jahre 2008 stattdessen den Titel einer „Hauptstadtregion“ zu. Heute versuchen Stadt und Kanton Bern, sich im Standortwettbewerb als politisches Kompetenzzentrum oder Politik-Cluster zu profilieren. Die „Rückbesinnung auf das Primat der Politik“, die sich im Zuge der Finanzkrise ab-

zeichnet, wollen sie als Chance nutzen, um Bern als „Bundeshauptstadt, nationales Verwaltungszentrum und Sitz zahlreicher öffentlich-rechtlicher Anstalten und Service-public-Unternehmen“ zu positionieren (Stadt Bern 2009; Gerny 2010).

Bis zur Helvetik war die Stadt Bern das unbestrittene politische Zentrum des Standes Bern, der seit 1353 dem eidgenössischen Bündnis angehörte. Verwaltung und Vermögen der Stadt und des Standes waren bis zu diesem Zeitpunkt ungeschieden. 1803 teilte eine eidgenössische Kommission das Vermögen zwischen der Stadt und dem Kanton auf und die Verfassung von 1831 hob jedes Vorrecht der Stadt gegenüber dem Kanton endgültig auf.

Trotz ihrer politischen Entmachtung, wirtschaftlich konnte die Stadt Bern ihr Gewicht verstärken. Die zentralörtliche wich einer ökonomischen Dominanz. Dabei kam der Stadt Bern entgegen, dass sie Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem regionalen Eisenbahnknotenpunkt wurde, ohne selbst vom Eisenbahnfieber ergriffen worden und für ihre Verkehrserschliessung initiativ geworden zu sein. Zudem wurde sie 1848 zur Hauptstadt des Bundesstaates erkoren.

Während der Umfang der Bundesverwaltung zunächst gering blieb, gaben die Nebenbetriebe wie die eidgenössische Telegraphenwerkstätten (1853) und die eidgenössischen Waffenfabrik (1865) der Stadt Bern wichtige Impuls, in deren Folge sie sich zu einem bedeutenden Industriestandort entwickelte. Charakteristisch für Bern war die Leichtindustrie, die in Lagen mit Geleiseanschluss durch Grossbetriebe der Metall- und Maschinenindustrie ergänzt wurde. Erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wuchs auch die Bundesverwaltung zu einem wichtigen Arbeitgeber heran, beschäftigte aber nie mehr als einen Zehntel der Erwerbstätigen der Stadt.

In der Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich in der Stadt Bern Entwicklungen verstärkt fort, sie schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt hatten. Einerseits ging die Bevölkerung der vormals dicht belegten Altstadtquartiere stark zurück, während die Aussenquartiere und das Umland der Stadt zunehmend erschlossen und in die Agglomeration eingebunden wurden. Anders als in Zürich, wo zahlreiche umliegende Gemeinden eingemeindet wurden, stimmte von den Berner Umlandgemeinden nur gerade Bümpliz einer Fusion mit dem grossen Nachbarn zu. Andererseits löste auch in Bern der Dienstleistungs- den Industriesektor in seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung ab. Der Ausländeranteil liegt mit 22,5 Prozent etwas über dem Wert für die ganze Schweiz und rund 10 Prozentpunkte über dem Wert für den Kanton Bern. Auch der Anteil der älteren Personen und die Arbeitslosenquote liegen in der Stadt Bern deutlich über den schweizerischen und kantonalen Vergleichswerten. Allerdings lebt in Bern eine Bevölkerung, die deutlich besser ausgebildet ist als im schweizerischen oder kantonalen Schnitt (Fritzsche u.a. 2010).

### *Stadt Luzern*

Die Stadt Luzern ist Teil des Metropolitanraums Zürich. Die Stadtplanung verfolgt denn auch das Ziel, sich „innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich“ in komplementären „Dienstleistungsnischen“ zu positionieren und sich „für eine schnelle und

leistungsfähige Verbindung auf Schiene und Strasse nach Zürich“ stark zu machen. Darüber hinaus will der Stadtrat die „einmalige Lage am Alpenrand und am Wasser“ dazu nutzen, Luzern nicht nur als attraktiver Arbeits- und Wohnort, sondern auch als „eine international bekannte Schweizer Top-Destination im Tourismus mit kultureller Ausstrahlung“ profilieren (Stadt Luzern 2010).

Der Tourismus spielte in Luzern bereits im 19. Jahrhundert eine herausragende Rolle. Nur in Interlaken und Montreux war dieser Erwerbszweig ähnlich bestimmend wie in der Leuchtenstadt am Vierwaldstättersee. Bereits kurz nach der Jahrhundertmitte war Luzern von Olten her mit der Eisenbahn erreichbar. Später folgen Verbindungen nach Zug und Zürich (1864), nach Bern (1875), über den Brünig (1889) sowie zur Gotthardbahn (1897). Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war der Tourismus neben dem Baugewerbe hauptsächlich für das rasche städtische Wachstum verantwortlich. An der Wende zum 20. Jahrhundert zählte Luzern rund 100 Hotels. 1910 bot die Stadt 8000 Fremdenbetten, in denen 192000 Gäste 575000 Logiernächte verbrachten. Die beiden Weltkriege führte zu einem vorübergehenden Rückgang des Tourismus, doch erholte sich dieser wieder und so bleibt Luzern auch in der fordistischen Phase eine der wichtigsten Tourismusdestinationen der Schweiz (Merki 2010; Trüeb 2010).

Neben der Tourismusbranche und den mit diesem verbundenen Dienstleistungsbereichen Banke, Zulieferer und Detailhandel gab es in Luzern auch einige bekannte Industrieunternehmen. Dazu gehörten die Eisenwerke von Moos oder die mechanische Werkstatt Schindler, die sich zu einem grossen Unternehmen für Aufzüge entwickelte und um 1957 der grösste Arbeitgeber Luzerns war. Aus Platzmangel wich Schindler zu dieser Zeit ins benachbarte Ebikon aus. Als einziger Grossbetrieb des Industriesektors blieb Luzern die Brauerei Eichhof erhalten.

Mitte der 50er Jahre waren rund die Hälfte der Arbeitsplätze Luzerns dem 2. Sektor zuzurechnen. Mit der Krise der 70er Jahre gingen in Industrie sehr viele Arbeitsplätze verloren. Nach der Jahrtausendwende war deren Bedeutung gegenüber dem 3. Sektor stark zurückgegangen. Dieser beschäftigte 2005 89 Prozent der Beschäftigten. Neben der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA) verlegten auch zwei grosse Kranken- und Unfallkassen ihren Hauptsitz nach Luzern. Zudem wirkten auch die beiden katholischen Hilfswerke Fastenopfer und Caritas von Luzern aus. Schliesslich entwickelte sich die Stadt auch zu einem Zentrum der Markt- und Meinungsforschung (Trüeb 2010).

### *Stadt Bellinzona*

Bellinzona ist seit 1878 Hauptort des Kantons Tessin. Dieser befindet sich gegenüber der Schweiz einerseits, gegenüber dem Metropolitanraum Mailand andererseits in einer doppelten Randlage. In der Schweiz gehört der italienischsprachige Tessin zu den kleinen Sprachminderheiten. Seine Lage jenseits des Alpenkamms trennt ihn zudem geographisch vom Rest der Schweiz. Ob zu Unrecht oder nicht, empfindet sich der Kanton Tessin denn auch oft im Vergleich zur Deutschschweiz und zur Romandie benachteiligt. Dass er als „Sonnenstube“ der Schweiz gilt und als Feriendestination

oder Altersitz hohes Ansehen genießt, wiegt die zumindest empfundene Benachteiligung nur teilweise auf (Crivelli und Orelli 2010; Pedrazzini 2010; Stojanovic 2010; Klingbacher 2009).

Für Mailand und dessen Umgebung erfüllt der Kanton Tessin im Zusammenhang mit dem die Alpen querenden Verkehr eine zentrale Funktion. Seine Position als wichtiger Transitraum versucht der Tessin zu behaupten und im Hinblick auf die Eröffnung der Neuen Alpentransversale (NEAT) noch auszubauen (Gisler 2010). Die Tessiner Planung sieht denn auch nicht nur vor, die Verkehrserschließung in und zwischen den fünf Tessiner Städten und ihren Agglomerationen zu verbessern, sondern auch die Anbindung des Tessiner Wirtschaftsraums an die Metropole Mailand und den dortigen Flughafen Malpensa zu verbessern. Zudem ist der Kanton bestrebt, die regionale Zusammenarbeit auch durch die Förderung von Gemeindefusionen zu stärken, um dadurch die Verwaltung dieser Räume zu verbessern und damit zu deren Stärkung beizutragen (Tripartite Agglomerationskonferenz (Hg.) 2007:16-19) . Die Stadtregierung von Bellinzona trägt diese kantonalen Planungsvorgaben mit und setzt sie in ihre konkrete Politik um (Stadt Bellinzona (Hg.) 2010; Sezione dello sviluppo territoriale 2007).

Dass der Kanton und sein Hauptort auf die günstige Verkehrslage setzen, hat eine lange Tradition. Bereits im Mittelalter war Bellinzona ein bedeutender Handelsplatz und eine wichtige Zollstelle. Es profitierte bereits vom regen Transitverkehr über den Gotthardpass als die Stadt 1503 unter die direkte Herrschaft der eidgenössischen Stände Uri, Schwyz und Unterwalden geriet. Es gelang Bellinzona damals zwar, seine Stadtrechte zu behaupten. Doch flossen die wichtigen Einnahmen wie Zoll- und Gerichtsabgaben nun aber an die neuen Herren jenseits der Alpenkette.

Als mit der Industrialisierung der Handelsverkehr zu Beginn des 19. Jahrhunderts stark answoll, profitierte Bellinzona erneut von seiner günstigen Verkehrslage. Der Bau der Gotthardbahn verliehen der Stadt neue Impulse. Es entstanden erste Industriebetriebe, denen bald Banken und Versicherungsagenturen folgten. Als Kantonshauptort sowie als Standort der Reparaturwerkstätte der Gotthardbahn und aufstrebender Industriezweige konnte es seine Position als regionales Zentrum ausbauen.

In der fordistischen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich das Wachstum Bellinzonas fort und das Einzugsgebiet der Stadt vergrösserte sich weiter. Am Ende der Prosperitätsphase zählte Bellinzona rund 17000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zusätzlich pendelten zahlreiche Arbeitskräfte aus den umliegenden Bezirken zur Arbeit in die Stadt. Stützte sich das Wachstum der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in erster Linie auf den Industriesektor, so gewann in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der Dienstleistungssektor an Bedeuten und machte aus Bellinzona eine Stadt der kantonalen Beamten und Angestellten.

Seit dem wirtschaftlichen Einbruch der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts stagnierte die Bevölkerung Bellinzonas. Dennoch veränderte sich die Struktur der städtischen Bevölkerung: Während die Zahl der deutsch- und italienischsprachigen Bevölkerung sowie der Einwohnerschaft mit Schweizer Pass rückläufig war, nahm die Zahl der fremdsprachigen und ausländischen Bevölkerung zu (Crivelli und Orelli 2010).

## **Fünf Vergleichsdimensionen**

### *Kontexte*

Soziale Bewegungen entstehen in historisch-konkreten Momenten und unter historisch-konkreten Umständen (Kriesi (Hg.) 1985; Epple 1998). Mit den drei hier untersuchten Bewegungen lassen sich die Anlässe und Bedingungen, durch die und unter denen in der Schweiz Mobilisierungsprozesse in Gang kommen weder zeitlich noch örtlich abbilden. Unterschiede zwischen den Kontexten, beispielsweise zwischen ihren politischen Gelegenheitsstrukturen (Kriesi 2004), stehen hier denn auch nicht zur Diskussion. Immerhin sind mit den drei Städten Luzern, Bellinzona und Bern sowohl der Unterschied zwischen deutscher und romanischer Schweiz (Kriesi und Wisler 1996) als auch derjenige zwischen einem direktdemokratisch-dezentralisierten und einem repräsentativ-demokratisch-konkordanten Kantonstyp (Vatter 2002:401-409) vertreten.

Als „Kontexte“ konkret beschrieben, werden von den drei Fallstudien die politischen und sozialen Rahmenbedingungen (Luzern), die internationalen und nationalen Vorläuferbewegungen (Bern) sowie die historischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge (Bellinzona). Mehr oder weniger deutlich zeigen diese Beschreibungen die Folgen der krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung und der Standortkonkurrenz, welche die städtischen Räume seit dem Ende der fordistischen Phase tragen.

### *Definitionen*

Soziale Bewegungen setzen einen Prozess der Selbstdeutung oder Selbstdefinition („Framing“) in Gang. Der dabei formulierte „Frame“ oder Deutungsrahmen gibt darüber Aufschluss, welches sozialen Problems sie sich annehmen und welche Veränderungen sie angestrebt (Snow 2004; Epple 1998:50-51). Snow und Benford (1988) unterscheidet drei Aspekte des „Frames“ einer sozialen Bewegung: Der diagnostische Frame benennt das Problem, seine Ursachen sowie die Betroffenen und Verantwortlichen. Der prognostische Frame skizziert Ziele und schlägt Strategien zu deren Erreichung vor. Der motivierende Frame spricht die Betroffenen an und begründet, weshalb eine aktive Unterstützung der Bewegung Sinn macht.

Das Konzept des „Masterframes“ bezieht sich auf Deutungsrahmen, die übergreifend sind, und verschiedene Bewegungen eines bestimmten Bewegungszyklus' beeinflussen. Gelingt es einer sozialen Bewegung, ihren Frame an einen Masterframe anzuschliessen, so kann sie bewegungsübergreifende Allianzen bilden (Snow 2004:390-391). Indem soziale Bewegungen ihre Sicht in die Öffentlichkeit tragen, nehmen sie Einfluss auf die Imaginaries, die laufend umstritten sind und auf deren Grundlage sich neue politische Blöcke herausbilden. Ihre Deutung und Deutungsmacht bestimmt darüber mit, welche Probleme und Ursachen in den Fokus rücken und was als veränderlich oder unveränderlich betrachtet wird.

### *Organisationen*

Soziale Bewegungen sind „Netzwerke von Netzwerken“ (Neidhardt 1985). Einen gewissen Grad an Festigkeit erhalten sie durch das heterogene Geflecht von Bewegungsorganisationen und -unternehmen. Diese mobilisieren Ressourcen, ohne die eine soziale Bewegung keinen Deutungsrahmen und keine Strategie entwickeln kann. Und sie bündeln Gefolgschaft und Unterstützung. Die Organisationsformen sind sehr vielfältig und passen sich dem Verlauf der Bewegung rasch und flexibel an (Rucht 1993:263-269; Roth und Rucht 2008:25-26).

Edwards und McCarthy (2004:125-128) unterscheiden zwischen fünf verschiedenen Formen von Ressourcen: Moralische Ressourcen wie beispielsweise die Unterstützung durch angesehene Personen und Organisationen; kulturelle Ressourcen wie Wissen und Erfahrungen; organisationelle Ressourcen wie zum Beispiel organisatorisches know how oder soziale Beziehungen; Humanressourcen wie das Engagement und die Risikobereitschaft von Aktivisten und Aktivistinnen sowie materielle Ressourcen wie beispielsweise Computer oder Druckmaschinen. Geld als weitere materielle Ressource ist deshalb zentral, weil es in andere Ressourcen konvertierbar ist. Entscheidend für die Ressourcenausstattung einer Bewegung ist Umfang und Einsatzbereitschaft ihrer Anhängerschaft. Durch ihre organisatorische Verfestigung schaffen die sozialen Bewegungen die Voraussetzungen dafür, gestaltend in die Auseinandersetzungen um social fixes einzugreifen und dadurch Agency zu entfalten.

### *Aktionen*

Soziale Bewegungen, die sich nicht darauf beschränken, kulturelle oder identitätsstiftende Ziele zu verfolgen, tragen ihren Frame in die politische Arena (Roth und Rucht 2008:15). Sie wollen sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern und dazu politischen Einfluss gewinnen (Roth und Rucht 2008:26-28). Ihre Aktionen richten sich an eine politische Öffentlichkeit und wollen politischen Druck entfalten (Rucht 2004). Dazu entziehen sie den umkämpften Zuständen oder Entwicklungen Legitimation oder Leistungen oder streuen auf andere Weise Sand ins Getriebe. Parallel bauen sie eine Gegenöffentlichkeit auf und mobilisieren eine wachsende Anhängerschaft. Ihre Absicht ist es, dem Gegner dadurch hohe politische Kosten zu verursachen und die politischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben (Epple 1982).

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Aktionsformen sozialer Bewegungen zu kategorisieren (Tayler und Van Dyke 2004:266-267). Marco Guigni (1999:277) unterscheidet beispielsweise zwischen konventionellen, demonstrativen, konfrontativen und gewalttätigen Aktionsformen. Hinzukommen können auch Formen der Fremd- und Selbsthilfe (Epple 1994; Epple und Schär 2010). Durch ihre Aktionen treten die Bewegungen in einen Interaktionsprozess mit ihrem politischen Umfeld ein. Dazu gehören die Medien, die politischen Parteien und Interessenverbände sowie die staatlichen Institutionen wie Regierung und Parlament einerseits, die Verwaltung und die Kontrollorgane andererseits. Die Aktionsformen der Bewegung und die Reaktionsformen des politischen Umfelds bestimmen den Verlauf der Auseinandersetzung um die Ziele der Bewegung (Rucht 2004). Mit ihren Aktionen greifen soziale Bewe-



gungen aktiv in die Auseinandersetzung um einen bestehenden oder neu zu schaffen- den social fixe ein. Von ihrer politischen Kraft ist es abhängig, in welchem Umfang dieser die von ihr vertretenen Interessen berücksichtigt oder ausschliesst.

### *Wirkungen*

Soziale Bewegungen haben vielfältige Wirkungen. So lassen sich beispielsweise persönliche und biographische Konsequenzen (Giugni 2004) oder Folgen für andere soziale Bewegungen und Organisationen, für die politische Kultur sowie für die in einer Gesellschaft verankerten Identitäten oder Deutungsmuster finden (Whittier 2004). Bei sozialen Bewegungen, die sich in erster Linie an den Staat richten, unterscheiden Amenta und Caren (2004) zudem Einflüsse sozialer Bewegungen auf die politischen Strukturen oder auf die politischen Inhalte:

- Die politischen Strukturen verändern sich unter dem Einfluss sozialer Bewegungen dann, wenn diese in offiziellen Verfahren angehört („Hearing“) oder sogar in Verhandlungen einbezogen wird („Negotiation“). Noch weiter gehen strukturelle Veränderungen, wenn eine Bewegung von den politischen Entscheidungsträgern formell anerkannt („Recognition“) oder als Repräsentantin der von der Bewegung vertretenen Interessen in die politischen Entscheidungsverfahren integriert wird („Inclusion“).
- Auch die Veränderungen politischer Inhalte, die eine soziale Bewegung durchsetzen kann, können unterschiedliche Grade annehmen. So kann sich der Bewegungseinfluss darauf beschränken, ihre Anliegen auf die politische Agenda zu setzen oder einen Gesetzgebungsprozess in Gang zu setzen. Weiter geht ihr Einfluss auf die politischen Inhalte dann, wenn die gesetzlichen Grundlagen auch in ihrem Sinne verändert und die entsprechenden politischen Massnahmen implementiert werden.

Je mehr Deutungsmacht eine soziale Bewegung erringt, je mehr politisches Gewicht sie durch ihre organisatorische und aktivistische Stärke entwickelt, desto grösser werden die Wirkungen sein, die sie bei der Neujustierung von social fixes erzielt. Die Kontexte, in denen soziale Bewegungen entstehen, die Definitionen, die sie in die Öffentlichkeit tragen, die Organisations- und Aktionsformen, mit denen sie die politischen Kräfteverhältnisse verschieben und die Wirkungen, die sie erzielen, sind die Dimensionen, welche die drei folgenden Fallstudien beschreiben. In einem abschliessenden Kapitel werden daraus einige zusammenfassende und vergleichende Beobachtungen angestellt.

---

## Bibliographie

- Amenta, Edwin und Neal Caren (2004). The Legistaltive, Organizational, and Beneficiary Consequences of State-Oriented Challengers. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). *The Blackwell companion to social movements* (461–488). Malden: Blackwell.
- Becker, Joachim (2002). *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis Verlag.
- Bolliger, Christian (2007). *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003: Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen*. Bern: Haupt.
- Bourdieu, Pierre (1998). *Praktische Vernunft: Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Buechler, Steven M. (2000). *Social movements in advanced capitalism: The political economy and cultural construction of social activism*. New York: Oxford University Press.
- (2002). *Toward a Structural Approach to Social Movements*. In: Betty A. Dobratz, Lisa K. Waldner und Timothy Buzzell (Hg.) (2002). *Sociological views on political participation in the 21st century* (1–45). Amsterdam: JAI.
- Cattacin, Sandro, Marco Giugni und Florence Passy (1997). *Mouvements sociaux et état: Mobilisations sociales et transformations de la société en Europe*. Genève: Centre Européen de la Culture ; Actes Sud.
- Crivelli, Pablo und Chiara Orelli (2010). *Bellinzona*. In: Stiftung HLS (Hg.) (2010). *Historisches Lexikon der Schweiz*. Bern: HLS. Zugriff am 20.9.2010 auf [www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch).
- Edwards, Bob und John D. McCarthy (2004). *Resource and Social Movement Mobilization*. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). *The Blackwell companion to social movements* (116–152). Malden: Blackwell.
- Epple, Ruedi (1982). *Vom sozialen Widerstand zur sozialen Verteidigung*. In: Hans A Pestalozzi (Hg.) (1982). *Rettet die Schweiz - schafft die Armee ab!* (193–198). Bern: Zytglogge.
- (1994). *Vom Landesstreik zur Sozialpartnerschaft. Zur Geschichte des Gewerkschaftskartells Baselland 1919-1969*. In: Gewerkschaftsbund Baselland (Hg.) (1994). *75 Jahre Gewerkschaftsbund Baselland* (13–17). Liestal: o. V.
- (1998). *Bewegung im Übergang. Zur Geschichte der Politik im Kanton Basel-Landschaft 1890-1990*. Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Epple, Ruedi und Eva Schär (2010). *Stifter – Städte – Staaten: Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200–1900*. Zürich: Seismo.
- Eser, Patrick (2008). *Perspektiven der Regulationstheorie. Sozialtheoretische Reformulierungsversuche*. Hamburg: Dipolmica Verlag GmbH.
- Fritzsche, Bruon u.a. (2010). *Bern*. In: Stiftung HLS (Hg.) (2010). *Bern: HLS*. Zugriff am 20.9.2010 auf [www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch).
- Gallusser, David u. a. (2010). *Schaffen wir mehr Demokratie. Warum und wie die SP um die Deutungshoheit kämpfen muss*. o. O.: Eigenverlag. URL: [www.deutungshoheit.ch/deutungshoheit\\_web.pdf](http://www.deutungshoheit.ch/deutungshoheit_web.pdf).

- Gautier, Dinu (2010). Tagebuch des Ungehorsams. Die Wochenzeitung, 1.6.2010(26), 3.
- Gerny, Daniel (2010). Doppelpack als Schub für die Hauptstadtregion. Neue Zürcher Zeitung, 1.10.2010(228), 11.
- Gisler, Omar (2010). Im Tessin sorgt die Neat für Aufbruchstimmung. Neue Zürcher Zeitung, 6.10.2010(213), 11.
- Giugni, Marco (1999). Les mouvements sociaux: structures, processus et conséquences. In: Ulrich Klöti u. a. (Hg.) (1999). Handbuch der Schweizer Politik (261–297). Zürich: NZZ.
- (2004). Personal and Biographical Consequences. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). The Blackwell companion to social movements (489–507). Malden: Blackwell.
- Hardt, Michael und Antonio Negri (2010). Commonwealth: Das Ende des Eigentums. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hay, Colin (2001). What Place for Ideas in the Structure-Agency Debate? Globalisation as a «Process Without a Subject». o. O. URL: [www.theglobalsite.as.uk/press/109hay.htm](http://www.theglobalsite.as.uk/press/109hay.htm).
- (2002). Political analysis: A critical introduction. Basingstoke: Palgrave.
- Hübner, Kurt (1990). Theorie der Regulation: Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin: Edition Sigma.
- Hirsch, Joachim (1990). Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg: VSA-Verl.
- (1994). Politische Form, politische Institution und Staat. In: Josef Esser, Christoph Görg und Joachim Hirsch (Hg.) (1994). Politik, Institutionen und Staat: Zur Kritik der Regulationstheorie (157–211). Hamburg: VSA-Verlag.
- Hofmann, Hannah und Sven Lindholm (2010). Basler Unruhen. Köln: Schaefer'sPhilippen.
- Hutter, Swen und Marco Giugni (2009). Protest Politics in a Changing Political Context: Switzerland, 1975-2005. Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft, 15(3), 427–461.
- Jessop, Bob (1996). Interpretive Sociology and the Dialectic of Structure and Agency. Theory, Culture and Society, 13(1), 119–128.
- (Hg.) (2007). Kapitalismus, Regulation, Staat: Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument.
- (2009). Cultural political economy and critical policy studies. Critical Policy Studies, 3(3-4), 336–356.
- Jessop, Bob und Stijn Oosterlynck (o. J.). Cultural political economy: On making the cultural turn without falling into soft economic sociology. Geoforum, 2008(39), 1155–1169.
- Jessop, Bob und Ngai-Ling Sum (2006). Beyond the regulation approach: Putting capitalist economies in their place. Cheltenham: Edward Elgar.
- King, Gary (1999). The Future of Ecological Inference Research: A Replay to Freedman. American Journal of Political Science, 352–355. URL: <http://gking.harvard.edu/files/reply.pdf>.
- Klingenbacher, Barbara (2009). Wenn die schönen Tage zu Ende gehen. Tages-Anzeiger, 17.11.2009, 37.
- Kriesi, Hanspeter (Hg.) (1985). Bewegung in der Schweizer Politik: Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz. Frankfurt a.M: Campus Verl.

- (1991). Switzerland: A Marginal Field of Research in an Underdeveloped Social Science Community. In: Dieter Rucht (Hg.) (1991). *Research on social movements: The state of the art in Western Europe and the USA* (203–229). Frankfurt a.M: Campus Verlag.
- Kriesi, Hanspeter (1996). *Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten: Die Mobilisierung von zwei neuen Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext*. Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft, 1(1), 1–46.
- (2001). Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2001(2), 206–213.
- (2004). Political Context and Opportunity. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). *The Blackwell companion to social movements* (67–90). Malden: Blackwell.
- (Hg.) (2005). *Der Aufstieg der SVP: Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Kriesi, Hanspeter u. a. (Hg.) (2008). *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lachat, Romain (2008). Switzerland: Another case of transformation driven by an established party. In: Hanspeter Kriesi u. a. (Hg.) (2008). *West European politics in the age of globalization* (130–423). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lee, Roger u. a. (2004). Making geographies and histories? Constructing local circuits of value. *Environment and Planning D: Society and Space*, 22(4), 595–617.
- Lemke, Thomas (2007). *Gouvernementalität und Biopolitik*. Wiesbaden: VS.
- Lessenich, Stephan (2008). *Die Neuerfindung des Sozialen: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript.
- Leyshon, Andrew, Roger Lee und Colin C. Williams (Hg.) (2003). *Alternative economic spaces*. London: SAGE.
- Lutz, Burkart (1984). *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt ; New York: Campus.
- Mayer, Margit (2003). Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik. In: Ulrich Brand und Werner Raza (Hg.) (2003). *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes* (265–280). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Merki, Martin (2010). Hotels gaben den Takt für Luzerns Stadtentwicklung an. *Neue Zürcher Zeitung*, 7. September 2010 (207), 13.
- Neidhardt, Friedhelm (1985). Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Stefan Hradil (Hg.) (1985). *Sozialstruktur im Umbruch: Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag* (193–204). Opladen: Leske+Budrich.
- Neidhart, Leonhard (2007). Die SVP - neuer Typus einer Partei. Erfolg als politische Bewegung. *Neue Zürcher Zeitung*, 24./25.11.2007(274), 20.
- Pedrazzini, Luigi (2010). Mehr als die Sonnenstube der Schweiz. *Neue Zürcher Zeitung*, 14.9.2010(213), 21.
- Pfister, Pascal (2010). Die Renaissance des Streiks. Arbeitskonflikte im Lichte der schweizerischen Streikstatistik. *widerspruch*, 30(58), 203–210.

- Roth, Roland (1990). Regulationstheorie und neue soziale Bewegungen. In: Volker Bornschieer u. a. (Hg.) (1990). Diskontinuität des sozialen Wandels: Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern. Frankfurt ; New York: Campus Verlag.
- Roth, Roland und Dieter Rucht (Hg.) (2008). Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.) (1993). Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland (251–275). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (2004). Movement Allies, Adversaries, and Third Parties. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). The Blackwell companion to social movements (197–216). Malden: Blackwell.
- Schweizer Fernsehen (2010). Schweiz aktuell: Theaterprojekt Basler Unruhen. 12.4.2010.  
o. O. URL: <http://www.videoportal.sf.tv/video?id=db43508d-9546-49a5-a7e5-83f4dc82650b>.
- Sezione dello sviluppo territoriale (2007). 29 obiettivi per una migliore qualità di vita. Tenero: Tipografia Cavalli.
- Snow, David A. (2004). Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). The Blackwell companion to social movements (381–412). Malden: Blackwell.
- Snow, David A. und Robert D. Benford (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi und Sidney Tarrow (Hg.) (1988). From structure to action: Comparing social movement research across cultures (197–217). Greenwich (Conn.): Jai Press.
- Snow, David A. und Danny Trom (2002). The Case Study and the Study of Social Movements. In: Bert Klandermans (Hg.) (2002). Methods of social movement research (146–172). Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Stadt Bern (Hg.) (2009). Gemeinderat: Legislaturrichtlinien 2009-2012. Bern: Staatskanzlei.
- Stadt Bellinzona (Hg.) (2010). Xyz, xyz
- Stadt Luzern (Hg.) (2010). Gesamtplanung 2010-2014. Bericht und Antrag an den Grossen Stadtrat von Luzern vom 6. Januar 2010. Luzern: Sekretariat Grosser Stadtrat. Zugriff am 1.11.2010 auf [www.stadtluzern.ch](http://www.stadtluzern.ch).
- Stojanovic, Nenad (2010). Kalte Schulter für die Tessiner. Neue Zürcher Zeitung, 14.9.2010(213), 21.
- Sum, Ngai-Ling (2009). The production of hegemonic policy discourses: «competitiveness» as a knowledge brand and its (re-)contextualizations. Critical Policy Studies, 3(2), 184–203.
- Taylor, Verta und Nella Van Dyk (2004). «Get up,Stand up»: Tactical Repertoires of Social Movements. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). The Blackwell companion to social movements (262–293). Malden: Blackwell.
- Tripartite Agglomerationskonferenz (Hg.) (2007). Fallstudie Tessin. In: Wege zu einer ganzheitlichen Agglomerationspolitik (16-19). Xyz: xyz
- Trüb, Markus (2010). Luzern. In: Stiftung HLS (Hg.) (2010). Historisches Lexikon der Schweiz. Bern: HLS. Zugriff am 20.9.2010 auf [www.hls-dhs-dss.ch](http://www.hls-dhs-dss.ch).

Vatter, Adrian (2002). Kantonale Demokratien im Vergleich: Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen: Leske + Budrich.

Whittier, Nancy (2004). The Consequences of Social Movements for Each Other. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) (2004). The Blackwell companion to social movements (531–552). Malden: Blackwell.

„Es ist ein Kampf auf lange Zeit“ (Aktivist)

## Bern: Die Sans-Papiers-Bewegung

Jacqueline Kalbermatter, Universität Fribourg

Im Frühling 2001 wurde das Thema Sans-Papiers mit Kirchenbesetzungen erstmals in die Schweizer Öffentlichkeit gebracht. Eine soziale Bewegung entstand, welche die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers in der Schweiz forderte. Verschiedene regionale Bestrebungen zur Unterstützung der Sans-Papiers bildeten gemeinsam eine gesamtschweizerische Bewegung. Auch im Kanton Bern keimte eine Bewegung auf, die sich für die Rechte der Sans-Papiers einsetzte. Der vorliegende Beitrag widmet sich deren Entstehung und Verlauf.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen eines Seminars zu sozialen Bewegungen. In diesem Seminar sind viele Ideen angestossen und kreiert worden. Ich basiere meine Arbeit auf der Grundlage von Beiträgen einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Sans-Papiers-Bewegung in Bern auseinandergesetzt hat und stütze mich in den einzelnen Kapiteln – wo ausgewiesen – auf die von Mitstudierenden erstellten Papiere. Namentlich sind dies Isabelle Fux, Nadine Käser, Eva Locher, Sara Sorrenti und Anna Tschanz.<sup>1</sup> Die Arbeit fusst auf drei Interviews und Rechercharbeiten.<sup>2</sup> Interviews wurden geführt mit einem Aktivsten (2009) und einer Aktivistin (2009) sowie mit Jacob Schädelin, einem Vorstandsmitglied des Vereins Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers.

### Chronologie

09. September 2001	Besetzung der St. Marienkirche in Bern.
September 2001	Die kirchlichen Behörden der evangelisch-reformierten und römisch-katholischen Kirchengemeinden geben ihre Solidarität mit der Pfarrei St. Marien in Bern kund.
11. September 2001	Roger Schneeberger, Chef des Migrationsdienstes Bern, kommt in die Kirche. Er informiert über das Vorhaben von Dora Andres. Die Regierungsrätin erläutert via Medien, dass alle Sans-Papiers im Kanton Bern dem Migrationsdienst ihre Einzelfälle anonym überweisen können und

---

<sup>1</sup> Ich danke ihnen für die Mitarbeit und Unterstützung.

<sup>2</sup> Wo keine spezifischen Quellen angegeben sind, stütze ich meine Aussagen auf die Chronologie bzw. Aktionsformen der Sans-Papiers-Bewegung

	die Aussicht auf die Erteilung einer Härtefallbewilligung überprüft wird.
24. September 2001	Flugblattaktion von zwanzig Sans-Papiers und Mitgliedern des Berner Unterstützungskollektivs vor dem Bundeshaus. Das Kollektiv betrachtet die Aussage als unrichtig, dass Sans-Papiers ein Problem der Westschweizer Kantone sind.
21. Oktober 2001	Umzug der Besetzerinnen und Besetzer von der St. Marienkirche in die Pauluskirche.
14. November 2001	Die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern erläutert, dass die Möglichkeit zur anonymen Härtefallprüfung nur von sieben Personen genutzt wurde. Sie appelliert an die Sans-Papiers, ihr Dossier bis zum 20. November 2001 einzureichen.
24. November 2001	Demonstration für die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers mit ca. 10'000 Teilnehmern
05. Dezember 2001	Demonstration für Sans-Papiers von 300 SchülerInnen an Berner Schulen
21. Dezember 2001	Rundschreiben „Metzler“ Mit dem Rundschreiben an die Kantone veränderte die damalige Bundesrätin Ruth Metzler die Praxis der Härtefallregelung.
Dezember 2001	Besetzung der Bethlehem Kirche
20. Januar 2002	Vernissage des Bildhauers Werner Neuhaus: Die 36 Gerechten, Kunst für Sans-Papiers in der besetzten Kirche Bethlehem
26. Januar 2002	Besetzung der reformierten Johanneskirche im Breitenrainquartier
29. Januar 2002	Verhaftung von Sherif, einem Sans-Papiers, in der Grossratsdebatte, Protestmahnwache vor der Heiliggeistkirche in Bern als Reaktion auf die Verhaftung, 300 Sympathisierende protestieren vor dem Amtshaus. Befreiung von Sherif aus dem Berner Amtsgefängnis von „Handwerksgruppe Menschenrechte – jetzt sofort“
13. Februar 2002	Verhaftung von Sidy, einem Sans-Papiers, in Thun
14. Februar 2002	Aktion für die Freilassung von Sidy
15. Februar 2002	Ausschaffung von Sidy
27. Februar 2002	Polizeiliche Aktion „Astra“: 50 PolizistInnen treten zur Räumung der Johannes-Kirche an; die Kirche ist leer
28. Februar 2002	Kundgebung mit ca. 150 Teilnehmenden gegen die Räumung
09. März 2002	Besetzung des Schlosses Köniz
13. März 2002	Ca. 35 AktivistInnen der gesamtschweizerischen Koordination der Sans-Papiers besetzen die Büros der Flugtaxifirma Skywork am Flughafen Bern-Belpmoos: Sie prangern die Ausschaffungspraxis des Bundes sowie die Zusammenarbeit der privaten Flugunternehmen an.
17. März 2002	Eine Delegation der gesamtschweizerischen Koordination der Sans-Papiers übergibt einen offenen Brief an Dora Andres als Ausdruck des Protests gegen den Polizeieinsatz in der Johanneskirche.



14./15. Juni 2002	Das Komitee Sans-Papiers Nordwestschweiz und das Europäische Bürger- und Bürgerinnenforum organisieren eine Internationale Tagung Demonstrationen gegen Rassismus und Ausgrenzung
15.-23. Juni 2002	Die gesamtschweizerische Koordination der Sans-Papiers organisiert die Karawane "Kein Mensch ist illegal".
13. Mai 2003	Das Berner Sans-Papiers Kollektiv überreicht dem Migrationsdienst Bern eine Härtefallgesuch-Petition mit 934 Unterschriften. Diese fordert die Regularisierung eines Berner Sans-Papiers, dessen Härtefallgesuch bisher von den Behörden unbeachtet blieb.
17. September 2004	„Rundschreiben Blocher“. Dieses ersetzt das Härtefall-Rundschreiben vom 21.12.2001.
21. September 2004	Pressekonferenz: Ein Beirat, der von den Landeskirchen und den Jüdischen Gemeinden des Kantons Bern eingesetzt worden ist, fordert eine Beratungsstelle für Sans-Papiers.
01. Juni 2005	Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers wird eröffnet. Kirchen, Hilfswerke und Gewerkschaften tragen die Beratungsstelle.
18. Mai 2007	Auflösung des Berner Sans-Papiers Kollektivs

### **Kontext: Politischer und gesellschaftlicher Hintergrund**

Die Analyse einer sozialen Bewegung muss auch Elemente der Makroebene aufgreifen. Buechler (2002:13) stellt fest, dass der Einbezug der Makroebene zentral ist. Soziale Bewegungen entstehen in bestimmten Strukturen, gleichzeitig ist es auch ihr Ziel, Strukturen zu verändern. Oder anders formuliert: Strukturen bilden Rahmenbedingungen, in denen soziale Bewegungen agieren, soziale Bewegungen und Strukturen beeinflussen sich wechselseitig (vgl. Buechler 2002:13; Epple 1998). Im vorliegenden Abschnitt geht es darum, einerseits die Verschränkung der verschiedenen Ebenen darzustellen und aufzuzeigen, dass diese nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können (vgl. Epple 1998). Andererseits kann aufgezeigt werden, welchen Vorbedingungen für die Entstehung und den Verlauf der Sans-Papiers-Bewegung in der Schweiz im Allgemeinen und der Bewegung in Bern im Speziellen eine zentrale Bedeutung zukommt.

Die Darstellung der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe ist insofern wichtig, als dass diese wesentlich sind für die Konstitution der Bewegung und auf alle von uns untersuchten Elemente der Bewegung, also auf das Framing, die Organisationsformen, Aktionsformen und Wirkungen der Bewegung einwirken. Das heisst also, dass diese aufgrund der spezifischen Hintergründe entstanden, bzw. bewusst entwickelt und an die gegebenen Umstände angepasst wurden (vgl. Snow 2004). Umgekehrt verändern das Framing, die Organisations- und Aktionsformen einer sozialen Bewegung – bewusst und unbewusst – auch den jeweiligen politischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Kontext – einmal mehr, einmal weniger.

Zwei Aspekte des politischen und gesellschaftlichen Kontexts sind für die Entstehung und Entwicklung der Berner Sans-Papiers-Bewegung besonders prägnant: die schweizerische Migrationspolitik einerseits, die internationalen und nationalen Sans-Papiers-Bewegungen andererseits.

In einem ersten Teil werde ich die Migrationspolitik der Schweiz als Referenzpunkt für die Sans-Papiers-Bewegung in Bern aufnehmen. Dies aus zwei Gründen: Nicht nur gibt die Migrationspolitik die Rahmenbedingungen für die Einwanderung und den Aufenthalt von MigrantInnen vor. Diese ist auch ein Ergebnis ständiger Aushandlungsprozesse. In der Schweiz wurden diese sehr heftig ausgetragen. In diesem Zusammenhang wird auch von einer starken Politisierung der Migration gesprochen (vgl. Mahnig und Piguet 2003).

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Entstehung von Bewegungen für die Regularisierung von illegalisierten MigrantInnen in anderen Ländern. Auch in der Schweiz selbst gab es Sans-Papiers-Bewegungen in Westschweizer Kantonen. Diese „Vorläufer“ haben die Entstehung der Berner Bewegung begünstigt.

### *Migrationspolitik der Schweiz*

Ein Grundgedanke der schweizerischen Migrationspolitik ist ihre Ausrichtung auf die Schweizer Wirtschaft. Dieser zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Migrationspolitik von der Nachkriegszeit bis heute (vgl. Mahnig und Piguet 2003).

Die schweizerische Migrationspolitik der Nachkriegszeit kann als so genannte ‚Plafonierungs-‘ oder ‚Quotenpolitik‘ bezeichnet werden. Eine solche Aufnahmepolitik tritt in dieser Form in keinem anderen Land Europas auf (Mahnig und Piguet 2003:65).

Die Quotenpolitik der Schweiz setzte in den 1970er Jahren ein und wird heute noch angewendet. Sie ist als damalige Antwort der Regierung auf die Reaktionen der vorangegangenen liberalen Laisser-faire Politik zu verstehen. Als Laisser-faire Politik wird eine Migrationspolitik verstanden, die von der Annahme einer „Rotation der Arbeitskräfte“ ausgeht: Ausländische Arbeitskräfte kehren wieder in ihr Ursprungsland zurück, wenn sie ihren Beitrag für die Schweizer Wirtschaft geleistet haben (Mahnig und Piguet 2003:69). Diese Annahme beherrschte die Schweizer Migrationspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Schweizer Regierung schloss mit der Regierung Italiens ein Abkommen zur Rekrutierung von Arbeitskräften. Dieses führte dazu, dass die Zahl der eingewanderten Personen stark stieg. Die Hälfte der jährlich eingewanderten Arbeitskräfte seit Kriegsende bis anfangs 1960er waren so genannte „Saisonniers“. Ihnen war ein Aufenthalt von neun aufeinanderfolgenden Monaten in der Schweiz erlaubt (Bewilligung A). Die übrigen MigrantInnen hatten eine erneuerbare Jahresaufenthaltsbewilligung (Bewilligung B) oder eine Niederlassungsbewilligung (Bewilligung C) (Mahnig und Piguet 2003:68).

Seit Beginn der 1960er Jahre kam es in der Schweiz in Bezug auf die Migration zu zunehmenden Spannungen. Die Schweizer Regierung reagierte mit dem Versuch, die Migration einzudämmen. Mahnig und Piguet (2003:69) machen drei Faktoren für dieses Umdenken verantwortlich: „Das Problem der Konjunkturüberhitzung, der von Italien ausgehende Druck zugunsten einer verbesserten Stellung seiner Staatsangehörigen (Verkürzung der Wartezeit bis zum Erlangen einer Niederlassungsbewilligung, erleichterte Familiennachführung) sowie die in der Öffentlichkeit aufkeimende Ausländerfeindlichkeit.“ Ziel der Plafonierungspolitik war es, die Zahl der MigrantInnen zu kontrollieren.

In den 1970er Jahren wurde erstmals eine so genannte Globalplafonierung eingeführt.<sup>3</sup> Der Staat griff direkt in den Schweizer Arbeitsmarkt ein, in dem der Bundesrat vorsah, für die Zulassung neuer Arbeitskräfte alle 12 Monate eine Jahresquote einzuführen. Diese wurde jeweils auf der Grundlage der Arbeitskräfteanzahl festgelegt, welche die Schweiz verlassen hatten (Mahnig und Piguet 2003:80).

Während in den 1960er und 70er Jahren vor allem fremdenfeindliche Bewegungen mit drei Volksinitiativen die so genannte „Überfremdung“ auf die politische Agenda setzen, wurde die Zulassungspolitik der Schweiz in den 1980er Jahren von verschiedenen Gruppierungen hinterfragt. Ausgangspunkt bildete die „Mitenand-Initiative“, die 1977 eingereicht wurde (Mahnig und Piguet 2003:87). Die Zulassungspolitik der Schweiz wurde in dieser Initiative aber nicht kritisiert, sondern diese stellte die Forderung, dass einmal zugelassene Ausländer mit Ausnahme der politischen Rechte Schweizern gleichgestellt werden. Die Initiative forderte zudem die Abschaffung des Saisonierstatuts. Diese Forderung entfachte Konflikte zwischen den Akteuren der Migrationspolitik. Sowohl die Wirtschaft (vor allem die davon betroffenen Zweige) als auch die Regierung sprachen sich gegen diesen Vorstoss aus. Schliesslich lehnten 1981 84 Prozent des Schweizer Stimmvolks die Initiative ab.

Bis in die 1990er Jahre setzte die Schweizer Regierung ihre Quotenpolitik fort (Mahnig und Piguet 2003:87-89). Anfangs der 1990er Jahre erhielten fremdenfeindliche Gruppierungen in der Schweiz erneut Auftrieb. Der Grund dafür war, dass es die Schweizer Regierung nicht schaffte „mittels Kontingentierungspolitik zum einen das Ziel ‚Stabilisierung der ausländischen Bevölkerung‘ und zum anderen das Ziel ‚wirtschaftliche Flexibilität‘ zu erreichen“ (Mahnig und Piguet 2003:93).

Die starke Politisierung der Schweizer Migrationspolitik wurde ein entscheidendes Moment der Migrationsgeschichte: Die Schweizer Regierung zielte mit ihrer Politik darauf ab, sowohl den Interessen der fremdenfeindlichen Bewegungen als auch der Schweizer Wirtschaft gerecht zu werden. Die Regierung versuchte die Anzahl der MigrantInnen in der Schweiz möglichst klein zu halten, gleichzeitig aber auch die

---

<sup>3</sup> Im Rahmen des vorliegenden Beitrags kann nicht auf die einzelnen Aspekte der Plafonierungspolitik eingegangen werden. Eine detaillierte Übersicht findet sich in Mahnig und Piguet 2003.

Ansprüche der Schweizer Wirtschaft nach flexibel einsetzbaren Arbeitskräften zu befriedigen (vgl. Mahnig und Piguet 2003:104-105).

Vor diesem Hintergrund ist das Framing der Sans-Papiers-Bewegung in Bern zu betrachten. Die Bewegung knüpfte an die Wichtigkeit der Sans-Papiers für die Schweizer Wirtschaft an und bekräftigte zugleich die soziale Integration der MigrantInnen. Die Bewegung versuchte demnach diese für die Schweiz spezifischen Elemente zu berücksichtigen. Die Sans-Papiers-Bewegung nahm auch die Abschaffung des Saisonierstatus, die mit dem Inkrafttreten des Personenfreizügigkeits-Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) am 1. Juni 2002 einherging, in ihre Argumentation auf (Integrationsbüro EDA/EVD 2007). Die MigrantInnen wurden mit der Abschaffung des Statuts in die Illegalität gedrängt (Laubenthal 2007:177-178).

### *Internationale und schweizerische Sans-Papiers-Bewegungen*

Die Sans-Papiers-Bewegung in Bern wurde beeinflusst von internationalen sozialen Bewegungen und Bewegungen in der Schweiz. Sans-Papiers-Bewegungen kamen seit Mitte der 1990er Jahren in verschiedenen Ländern Westeuropas auf, so etwa in Frankreich, Spanien und auch in der Schweiz (Laubenthal 2007:17). Die Bewegungen in Frankreich und Spanien entstanden früher als diejenige(n) in der Schweiz. Die Bewegung in Frankreich wurde mit der Besetzung der Kirche Saint-Ambroise am 18. März 1996 im Zentrum von Paris von 300 afrikanischen MigrantInnen initiiert (Laubenthal 2007:54). In Spanien entstand die Sans-Papiers-Bewegung im Januar 2001. Am 9. Januar 2001 protestierten Sans-Papiers und Unterstützer in Lorca, der Hauptstadt der autonomen Gemeinschaft Murcia. Anlass dafür war der Tod von zwölf ecuadorianischen Sans-Papiers. Sie erlitten einen Verkehrsunfall an einem unbeschränkten Bahnübergang auf dem Weg zu ihrer Arbeit. Aus Angst vor Arbeitskontrollen hatten sie sich für diesen Weg entschieden. Es fanden weitere Protestmärsche statt und am 14. Januar 2001 wurde die Kirche San Mateo in Lorca besetzt (Laubenthal 2007:118-119). Einige Monate später kam auch in der Schweiz eine Sans-Papiers-Bewegung auf. Am 25. April 2001 fand in Lausanne eine Besetzung der Kirche Bellevaux statt. Es folgte am 4. Juni 2001 Besetzung der Kirche St. Paul in Freiburg, am 17. August 2001 die Maison du Peuple in la Chaux-de-Fonds. Die Kirchenbesetzung der St. Marienkirche am 9. September 2001 in Bern war die erste in der Deutschschweiz. Basel folgte am 21. Oktober 2001 mit der Besetzung der Kirche St. Anton (Laubenthal 2007:172-173).

Die Sans-Papiers-Bewegung in Spanien und Frankreich dienten der Bewegung in Bern als Vorbilder im Kampf für die kollektive Regularisierung. In diesen Ländern wurden solche durchgesetzt (vgl. Laubenthal 2007). Den AktivistInnen war aber bewusst, dass dieser Kampf auf lange Zeit geführt werden musste und nicht innerhalb eines kurzen Zeitrahmens erreicht werden konnte (vgl. Aktivist 2009).

Das politische System der Schweiz prägte auch die Sans-Papiers-Bewegung. Drei Merkmale des Systems sind für den Verlauf von sozialen Bewegungen zentral: der Föderalismus, die Fragmentierung von Machtstrukturen und die direkt-demokratischen Elemente (Giugni 1995:84 zit. nach Laubenthal 2007:172). Der Föderalismus war für die Schweizer Sans-Papiers-Bewegung besonders prägend. So richteten sich die Kämpfe der Sans-Papiers-Bewegungen einerseits an den Bundesstaat, andererseits aber auch an die jeweiligen Kantone. Dieser „doppelte“ Kampf zeigt sich in der organisatorischen Struktur der Sans-Papiers-Bewegung der Schweiz. Es existierten verschiedene Kollektive in Fribourg, Neuenburg, Waadt, Basel, Bern, Zürich und Genf, die Forderungen an die kantonale Regierung und Behörden richteten. Diese Kollektive arbeiteten gleichzeitig aber auch in der nationalen Koordination der Sans-Papiers zusammen (Nellen-Stucky 2004:47). So konnte die Bewegung den öffentlichen Druck sowohl auf die kantonale Regierungen und Behörden als auch auf den Nationalstaat ausüben.

Die regionalen Sans-Papiers-Bewegungen entwickelten sich unterschiedlich, da auch die Interaktionen zwischen den Bewegungen und den Kantonen sowie die beteiligten Akteure verschieden waren: Die jeweiligen Kantone reagierten in je anderer Weise auf die Forderungen, was dazu führte, dass auch die Aktionen kantonsspezifisch ausgerichtet wurden (vgl. Laubenthal 2007:170-225). An dieser Stelle sollen nun einige Punkte angeführt werden, welche die Sans-Papiers-Bewegung im Kanton Bern kennzeichnen:

- Die Gründer des Berner Kollektivs waren Mitglieder der libertären Koordination (Aktivist 2009). Es bestanden also bereits soziale Netzwerke und die Akteure der Sans-Papiers-Bewegung brachten ihre Erfahrung aus anderen sozialen Bewegungen in die Bewegung ein. In der Stadt Bern – hier konzentrierte sich die Bewegung – waren im Vergleich zu anderen Schweizer Städten wenige MigrantInnenorganisationen präsent oder für das Kollektiv erreichbar. Der Berner Bewegung fehlte der Zugang zu betroffenen Organisationen, um zusammen mit ihnen ein Bündis eingehen zu können und den gemeinsamen Kampf für die Forderungen aufzunehmen. Deshalb musste das Sans-Papiers-Kollektiv in Bern am Anfang der Bewegung den Zugang zu Sans-Papiers suchen, um diese als AktivistInnen in die soziale Bewegung einzubinden.
- Ein weiteres Spezifikum der Berner Bewegung ist, dass die Akteure der Sans-Papiers-Bewegung zwar Gespräche mit kantonalen Behörden und Regierungsvertretern führten, auf nationaler Ebene aber keine direkten Gesprächspartner hatten (Aktivist 2009).
- Ferner war die Kirchenbesetzung in Bern die erste Aktion der Sans-Papiers in der Deutschschweiz. Dies ist insofern bedeutsam, als dass das Phänomen Sans-Papiers bis zu diesem Zeitpunkt von verschiedenen Politikern als Erscheinung der Romandie abgetan worden war (vgl. Laubenthal 2007:211). Die

Gründungsmitglieder des Berner Sans-Papiers Kollektivs wurden vom Freiburger Kollektiv dazu animiert, das Thema auch in der Deutschschweiz in die Öffentlichkeit zu bringen (Laubenthal 2007:210). Mit der Kirchenbesetzung gelang es der Bewegung, Sans-Papiers als ein gesamtschweizerisches Phänomen zu benennen.

Es kann festgehalten werden, dass die Genese der Sans-Papiers-Bewegung in Bern nur im internationalen und nationalen Kontext zu verstehen ist: Diese regionale Bewegung wäre nicht aufgekommen, wenn die Sans-Papiers-Bewegungen in anderen Kantonen nicht bestanden hätten, gleichzeitig beeinflussten die internationalen Sans-Papiers-Bewegungen die Entstehung der Schweizer Bewegung (Aktivist 2009).

### **Selbstdeutung der Bewegung: Für Menschen- und Grundrecht**

Zur Beschreibung der Framingprozesse, greife ich auf die Unterscheidung zwischen diagnostischem, prognostischem und motivierendem Framing zurück (Snow und Benford 1988). Die Akteure der Sans-Papiers-Bewegung in Bern entwickelten unterschiedliche Frames. So differieren der Frame des Sans-Papiers-Kollektivs und derjenige der Beratungsstelle (Käser 2009:2).

#### *Der Frame des Sans-Papiers Kollektivs*

Frames sind in den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Kontext (Snow 2004:403) eingebettet. Das diagnostische Framing des Berner Kollektivs knüpfte an die migrationspolitische Geschichte der Schweiz an. Dies auf zwei verschiedene Arten: Einerseits problematisierte die Bewegung allgemein die illegalisierte Rechtssituation der Sans-Papiers, andererseits schnitt sie das Bild des Sans-Papiers auf eine bestimmte Kategorie zu: Sans-Papiers als entrechtete ArbeiterInnen, wobei vor allem ehemalige Saisoniers gemeint waren.

„Kein Mensch ist illegal, Menschen werden illegal gemacht“<sup>4</sup>

„Migrantinnen werden kriminalisiert und illegalisiert. Es findet ein staatlich unterstützter Frauenhandel statt.“<sup>5</sup>

„Unsere gültigen Gesetze sind unhaltbar und unmenschlich.“<sup>6</sup>

Der diagnostische Frame des Kollektivs definierte ein soziales Problem, indem die Bewegung Sans-Papiers als entrechtete ArbeiterInnen unter Berufung der Menschen-

---

<sup>4</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2002). Kein mensch ist illegal – karawane. Zugriff am 08.12.2010 auf : <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/22may2002b>.

<sup>5</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2002). Die Sans-Papiers besetzen die reformierte Kirche Johannes im Breitenrainquartier. Zugriff am 08.12.2010 auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/27jan2002>.

<sup>6</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2002). Besetzung des Schlosses Köniz. Zugriff am 08.12.2010 auf : <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/17mar2002>

und Grundrechte ins Zentrum stellte. Er sprach zwei Komponenten der Prekarität als Ursachen an: Einerseits der aufenthaltsrechtliche Status und andererseits die Arbeitssituation. Verantwortlich für den aufenthaltsrechtlichen Status der Sans-Papiers war aus dieser Sicht die restriktive Migrationspolitik und somit der Staat. Dies brachten sie mit den oben angeführten Zitaten zum Ausdruck. Für die prekäre Arbeitssituation wurden die Arbeitgeber und allgemein die Schweizer Wirtschaft verantwortlich gemacht (vgl. Käser 2009:2-3).

„'Papierlose' sind kein Zufall: Die Wirtschaft nutzt die Vorteile dieses flexiblen Reservoirs billiger Arbeitskraft: Keine Minimallöhne, keine Sozialleistungen, keine Rechte, kein Schutz, der dem Profit mindern könnte. Die Behörden spielen mit, wenn der ökonomische und politische Nutzen garantiert ist.“<sup>7</sup>

Aus den obigen Ausführungen kann eine weitere Komponente des Frames abgeleitet werden. Das Kollektiv hob hervor, dass Sans-Papiers Opfer des Staates und der Arbeitgeber sind und betonte somit die Opferrolle der Sans-Papiers (vgl. Käser 2009).

Auch hier knüpfte die Problemdefinition an der Schweizer Migrationsgeschichte an: MigrantInnen waren vor allem als Arbeitskräfte rekrutiert worden (Mahinig und Piguet 2003; Laubenthal 2007) und ihr Aufenthalt legitimierte sich durch ihre Arbeit. Die Problematisierung durch das Kollektiv erfolgte in erster Linie durch das Aufzeigen von Schicksalen. Das Kollektiv wollte dem Sans-Papiers ein Gesicht geben. Ziel der Bewegung war es, „auf die Tränendrüse zu drücken“ und die Öffentlichkeit zu schockieren (Aktivsti 2009). Dieses Framing trennte zwischen „guten“ und „schlechten“ Sans-Papiers. Die Saisoniers zählten zu den guten Sans-Papiers (Aktivist 2009).

Die Sans-Papiers-Bewegung adaptierte mit ihrem Frame die Geschichte der Schweizer Migrationspolitik und konnte somit eine breite Öffentlichkeit für ihre Anliegen ansprechen. Die Forderung nach der Regularisierung der Sans-Papiers wurde bewusst nicht mit dem Diskurs zum Asylrecht vermischt (Aktivist 2009). Abgewiesene Asylsuchende blieben vom Frame „Sans-Papiers“ unbeachtet, da hier die Arbeit als Legitimationsgrund für die Anwesenheit nicht gegriffen hätte. Das Bild des „guten“ Sans-Papiers widerspiegelt sich auch in der Betonung deren so genannten wirtschaftlichen und sozialen Integration. Mit diesem Bild steuerte die Bewegung der vorherrschenden Wahrnehmung in der Öffentlichkeit entgegen, dass Sans-Papiers eine Last seien. Das Kollektiv operierte in besonderem Masse mit dem Frame der entrechteten Arbeiterin oder des entrechteten Arbeiters, was vor allem auf ehemalige Saisoniers zugeschnitten war. Diese waren auch die stärkste Gruppe innerhalb der Sans-Papiers, die bei der Entstehung der Bewegung in Bern beteiligt waren. Später beteiligten sich

---

<sup>7</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2002). Kein mensch ist illegal – karawane. Zugriff am 08.12.2010 auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/22may2002b>.

aber auch abgewiesene Asylsuchende an der Bewegung (Aktivist 2009). Deren Probleme wurden aber mit diesem Frame nicht direkt erfasst.

Die staatlichen Vertreter auf kantonaler und nationaler Ebene konstruierten mit der Härtefallregelung als Reaktion auf die Forderungen der Bewegung eine Lösung, die in erster Linie für ehemalige Saisoniers eine Regularisierung in Aussicht stellte. Diese Einzelregelungen konnten angewendet werden für Personen in „schwerwiegenden persönlichen Härtefällen“ (IMES 2004:2). Die Kriterien für einen Härtefall bezogen sich vor allem auf eine so genannte gute Integration in beruflicher und sozialer Hinsicht (vgl. genauer IMES 2004). Somit spiegelte auch das Frame von staatlicher Seite die restriktive Migrationspolitik der Schweiz.

Im prognostischen Framing wurde als Lösung vorerst die kollektive Regularisierung von Sans-Papiers definiert. Nachdem sowohl die Polizeidirektorin des Kantons Bern als auch das Eidgenössische Justiz und Polizeidepartement (EJPD) ausschliesslich die Möglichkeit zur Einzelfallregelung in Aussicht stellten, nahm das Kollektiv explizit auf die Grund- und Menschenrechte Bezug.

„Eine kollektive Regularisierung ist der einzige mögliche Weg, um die Rechtsgleichheit zwischen allen Menschen, unabhängig von Nationalität und Herkunft, herzustellen!“<sup>8</sup>

Das Kollektiv forderte die „Grundrechte für alle und die Durchsetzung der umfassenden Garantie der Menschenrechte für alle sich in der Schweiz aufhaltenden Menschen“ (Käser 2009:3). Die Menschenrechte und Menschenwürde wurden auch im motivierenden Frame aufgegriffen, um an die Unterstützung der Bewegung zu appellieren (Käser 2009:3).

Das Kollektiv benutzte das Framing als Strategie, um einen bestehenden von vielen Personen anerkannten Frame zu verändern (vgl. Snow 2004:393). Ziel der Sans-Papiers-Bewegung war es, in der Öffentlichkeit Sympathien und Solidarität für MigrantInnen auszulösen. Von zentraler Bedeutung für die breite öffentliche Unterstützung war auch die positive Berichterstattung der Medien, die den Frame der Bewegung grösstenteils übernahmen (vgl. Laubenthal 2007).

Die Sans-Papiers-Bewegung gab sich mit der Härtefallregelung nicht zufrieden, da in ihrem Frame eine kollektive Regularisierung als Lösung für Sans-Papiers angestrebt wurde.

„Eine Härtefallregelung und somit eine Einzelfallregelung kann niemals als Lösung der Sans-papiers Frage akzeptiert werden. Strukturelle Probleme verlangen nach strukturellen Lösungen und nicht nach polizeilichen. Mit dem neuen AusländerInnengesetz werden neue Sans-Papiers produziert werden. Das politische Ziel der Sans-Papiers-Bewegung bleibt es, auf

---

<sup>8</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2001). Grösste migrationspolitische Demo aller Zeiten. Zugriff am 08.12.2010 auf: <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/demo26nov2001>.



den gesetzlichen Handlungsspielraum hinzuweisen, damit Grund- und Menschenrechte eingehalten werden.“<sup>9</sup>

Das Framing beeinflussen den Prozess der sozialen Bewegung (Snow 2004:392). Am Anfang der Bewegung gelang es den Akteuren, öffentlichen Druck auszuüben. Dieser öffentliche und mediale Druck fungierte für die Sans-Papiers-Bewegung als eine Art Sicherheit für die Sans-Papiers und schafften Legitimität für die Forderungen der Sans-Papiers und ihre UnterstützerInnen. Die Bewegung vermochte aber nicht, den öffentlichen Druck aufrechtzuerhalten. Der Aktivist (2009) erklärte dies exemplarisch anhand der Razzia in der Johannes-Kirche: Eine solche Räumung wäre am Anfang der Bewegung nicht denkbar gewesen, da der mediale Druck auf die Regierung gross war. Diese äusseren Umstände zwangen die Sans-Papiers-Bewegung in Bern ihren Frame anzupassen um die Mobilisierung der Anhänger oder der Ressourcen zu stärken (Snow 2004: 392). Eine solche „frame transformation“ (Snow 2004:393) vollzog sich im Falle der Sans-Papiers folgendermassen: Während am Anfang der Bewegung vor allem auf die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers gezielt und das Bild der entrechteten Arbeiter benutzt wurde, verlagerte sich der Fokus der Sans-Papiers-Bewegung später auf eine andere Ebene: Es wurden die Grundrechte der Sans-Papiers in den Vordergrund gerückt. Entsprechend zielten auch die Aktionen vermehrt auf die Verteidigung oder Umsetzung von Grundrechten für Sans-Papiers (vgl. Aktivist 2009). Damit konnten schliesslich auch einige Erfolge verbucht werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Framing des Kollektivs zweischneidig war: Der Frame bezog sich auf alle Sans-Papiers, da die aufenthaltsrechtliche Situation und den Anspruch auf Grundrechte angesprochen wurde. Gleichzeitig wurde aber auch eine bestimmte Kategorie von Sans-Papiers in den Mittelpunkt gestellt. Letztere wurde als Grundlage für die Mobilisierung der Bewegung und politische Veränderungen als durchsetzungsfähiger betrachtet.

### *Der Frame des Vereins Beratungsstelle Bern*

„So klar es einerseits ist, dass auch Sans-Papiers Träger von Menschen- und Grundrechten sind, so schwierig und oft unmöglich ist es für sie, diese Rechte auch durchzusetzen, denn sie haben Angst vor Ausschaffung. Deshalb leben sie ihren Alltag oft in Verhältnissen, die unwürdig sind – für sie als Betroffene und für die Gesellschaft als Ganze. Unser Augenmerk galt daher besonders den Menschenrechten für Sans-Papiers.“<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Sans-Papiers Kollektiv Bern (2002). Non, non, non aux expulsions! Sans-Papier expulsé!. Zugriff am 08.12.2010 auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/24feb2002>.

<sup>10</sup> Beirat eingesetzt von den Landeskirchen und den Jüdischen Gemeinden des Kantons Bern (2004). Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren! Eine Erklärung. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/Erklaerung.pdf>.

Auch der Verein Beratungsstelle Bern knüpfte in seinem Frame an die Grund- und Menschenrechte an. Die kollektive Regularisierung war aber kein Ziel des Vereins. Der diagnostische Frame beinhaltete die Umsetzung der Grund- und Menschenrechte im Alltagsleben der Sans-Papiers. Als Ursachen des Problems wurden die mangelhafte Wahrnehmung und Gewährung der Rechte identifiziert.

Im prognostischen Frame sah der Verein die Lösung dieser Probleme in der Einrichtung einer Beratungsstelle. Die Arbeit der Beratungsstelle war somit ausgerichtet auf die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Sans-Papiers: individuelle Beratung und Begleitung, Dokumentation von Alltagsproblemen, Vernetzungsarbeit, Lobbying, Informations-, Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit. Oder anders ausgedrückt: Ziel war die Humanisierung des Alltags der Sans-Papiers (Käser 2009:6-7).

„Die Berner Beratungsstelle will dazu beitragen, dass Sans-Papiers die wenigen ihnen zustehenden Rechte geltend machen können. Sie betont deshalb lieber zu oft als zu selten die Bedeutung der Grundrechte. Gleichzeitig wendet sie aber auch subtile und diplomatische Methoden an, um z.B. auf Seiten von Behörden Verständnis für die Situation der Sans-Papiers zu schaffen und um die Bereitschaft zu wecken, die durchaus vorhandenen Spielräume des Ermessens schöpferisch zu nutzen.“<sup>11</sup>

Der motivierende Frame wies auf die Vermittlungsinstanz des Vereins zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen hin und machte darauf aufmerksam, dass mit einer solchen Strategie der Zugang zu Behörden und Verwaltungen vereinfacht würde (Käser 2009:7).

### *Masterframe*

Als Masterframe der Sans-Papiers-Bewegung können die Grund- und Menschenrechte bezeichnet werden. Mit diesem verknüpft ist auch der Frame gegen die restriktive Migrationspolitik der Schweiz und Europas. Die Bewegungen in Frankreich, Spanien und der Schweiz sprechen sich alle gegen die restriktive Migrationspolitik der jeweiligen Staaten und gegen eine „Festung Europa“ aus (vgl. Laubenthal 2007).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Frames des Berner Kollektivs und des Vereins zwar beide unter der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte zu subsumieren sind, vom Kollektiv jedoch kollektive Lösungen, vom Verein hingegen Einzelfalllösungen vorgeschlagen wurden.

---

<sup>11</sup> Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (2005). Jahresbericht 2005. Zugriff am 08.12.2010 auf [http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/SP\\_Jahresbericht\\_2005.pdf](http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/SP_Jahresbericht_2005.pdf).

## **Organisationsformen: Netzwerke und Ressourcen**

Zwei Elemente sind für die Analyse der Netzwerke und Organisationsformen der Sans-Papiers-Bewegung in Bern zentral. Einerseits können die Netzwerke der Bewegung nur verstanden werden, wenn auch die verschiedenen Akteure und deren Rolle für die Bewegung untersucht werden. Die verschiedenen Akteure, die eine Bewegung beeinflussen, verfügen über unterschiedliche Ressourcen. Andererseits sind Ressourcen und deren Verteilung entscheidend für die Entstehung und den Verlauf einer Bewegung. Die Grafik 1 (S. 47) stellt die Akteure der Berner Sans-Papiers-Bewegung und ihres politischen Umfelds dar. Die Grafik dient als Überblick. Ich werde mich des Weiteren auf dieses Schema beziehen, um die Rolle der Akteure sowie die Bedeutung der Netzwerke und Ressourcen für die Bewegung zu erläutern.

Edwards und McCarthy (2004:120) gehen davon aus, dass ein Zusammenhang besteht zwischen den für bestimmte Akteure zugänglichen Ressourcen und der Mobilisierung einer Bewegung für sozialen Wandel. Diese Feststellung lässt sich auch auf die Sans-Papiers-Bewegung übertragen. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, inwiefern schwindende Ressourcen mit ein Grund für den Rückgang der Bewegung sind. Ferner soll aufgezeigt werden, dass Ressourcen in engem Zusammenhang mit den Organisationsformen der Bewegung stehen und die Handlungen der Akteure beeinflussen. Buechler (2002:13) kritisiert, dass Ressourcentheorien sich lediglich auf die Mesoebene konzentrieren und die Mikro- und Makroebene gänzlich unberücksichtigt lassen, da der Fokus der Ressourcentheorie auf der Organisation und Mobilisierung liegt (Buechler 2002:13). Diese Kritik teile ich, nichtsdestotrotz sind Ressourcen ein konstitutives Element für das Verständnis von sozialen Bewegungen und deren kollektiven Aktionen. Sie stellen ein Element der Analyse dar und sind in Verbindung mit der Mikro- und der Makroebene zu betrachten (vgl. Buechler 2002:13).

An dieser Stelle muss vorweggenommen werden, dass die Sans-Papiers-Bewegung insofern eine spezielle Bewegung ist, als das Sans-Papiers aufgrund ihres rechtlichen Status eingeschränkten Zugang zu Ressourcen haben und ihre Ressourcen nicht ausschöpfen können.

### *Entstehungs- und Mobilisierungsphase*

Die Entstehung des Sans-Papiers Kollektivs Bern wurde durch das Vorhandensein von verschiedenen Ressourcen begünstigt. Die Freiburger Bewegung ermutigte einige AktivistInnen ein Kollektiv in Bern zu gründen (moralische Ressourcen). Die Gründer des Kollektivs waren Mitglieder der libertären Koordination (Aktivist 2009). Diese Koordination ist ein Zusammenschluss libertären oder anarchistischer Gruppen wie etwa die Freie Arbeiter Union oder die Organisation Socialiste Libertaire (Locher 2009:2). Gewisse soziale Netzwerke waren damit bereits vorhanden. Die Gründungsmitglieder brachten Erfahrungen aus sozialen Bewegungen und Aktionsformen mit.

Zudem konnten etwa fünf bis sechs der rund 10-15 Kollektivmitglieder zum Zeitpunkt der Gründung Vollzeitarbeit für die Sans-Papiers-Bewegung leisten (Arbeitseinsatz und individuelle Kompetenzen).

Für die Entstehung der Bewegung waren somit günstige Rahmenbedingungen vorhanden. Diese waren dafür verantwortlich, dass die Bewegung bereits einen Monat nach dem Entschluss, auch in Bern Aktionen durchzuführen, die erste Kirche besetzte. Auch die Mobilisierung erfolgte innert kurzer Zeit. Neben den bereits erwähnten Ressourcen trugen zusätzliche moralische Ressourcen zum schnellen Mobilisierungsprozess bei. Kurz nach der Kirchenbesetzungen taten nämlich die kirchlichen Behörden ihre Solidarität mit der Bewegung kund. Mit dem Aufkommen der Sans-Papiers-Bewegung in der Deutschschweiz konnte die Behauptung einiger Akteure der politisch-administrativen Arena widerlegt werden, dass Sans-Papiers ein Phänomen der Romandie seien. Die Gründungsmitglieder der Bewegung waren allesamt keine Sans-Papiers, sondern UnterstützerInnen. Sie konnten aber Sans-Papiers dazu gewinnen, in der Bewegung mitzumachen.

Die Sans-Papiers-Bewegung bestand zunächst aus einer kleinen Kerngruppe von UnterstützerInnen und Sans-Papiers. Diese kümmerte sich um das Alltagsgeschäft der Bewegung (Aktivist 2009). In der Stadt Bern waren im Vergleich zu anderen Schweizer Städten wenige MigrantInnenorganisationen präsent oder für das Kollektiv erreichbar. Dies führte dazu, dass der Zugang zu solchen Organisationen fehlte.

Während die Sans-Papiers innerhalb der Kerngruppe vor allem die Entscheidungsinstanz waren, übernahmen die UnterstützerInnen einen Grossteil der politischen Arbeit. Sie brachten kulturelle Ressourcen in die Bewegung ein, was von zentraler Bedeutung war. Die SchweizerInnen kannten die Sprache und die sozialen Netzwerke und kannten das politische System und seine Akteure (Aktivist 2009). Gleichzeitig stellten die UnterstützerInnen den Sans-Papiers auch im Einzelfall Ressourcen zur Verfügung. Darunter beispielsweise Rechtsberatung sowie Dossierbearbeitung oder Aufklärung über Institutionen in der Schweiz.

Die Sans-Papiers-Bewegung in Bern kann als eine basisdemokratische Bewegung bezeichnet werden. Die Entscheidungen basierten auf Konsens des Kollektivs, Entscheidungen wurden als Gruppe gefällt (Aktivist 2009).

Innerhalb der Bewegung existierten ad-hoc Arbeitsgruppen, die ereignisbezogen arbeiteten (Aktivist 2009). Viele Aktionen waren Reaktionen auf bestimmte Ereignisse, bei denen schnelles Handeln gefordert war, beispielsweise bei Verhaftungen oder Ausschaffungen.

Zudem existierten verschiedene Gruppen, die Aktionen in anderen Städten des Kantons durchführten. Diese waren nicht direkt in der Sans-Papiers-Bewegung in Bern involviert. Deren Aktionen liefen parallel. Die Aktivisten des Berner Kollektivs wussten, dass diese Aktionen stattfanden, waren aber nicht an ihnen beteiligt (Aktivist 2009).

Der Berner Bewegung gelang eine breite Mobilisierung. Sie konnte beispielsweise Personen erreichen, die an früheren sozialen Bewegungen wie der 1968er- oder 1980er-Bewegungen teilgenommen hatten. Diese Personen hatten die Verschärfungen in der Migrationspolitik miterlebt (Aktivist 2009; Aktivistin 2009).

Die Mobilisierungen funktionierten über die Nutzung von Netzwerken mit anderen Organisationen (Edwards und McCarthy 2004:141-142). Die Kerngruppe spannte dazu für Grossanlässe mit anderen Organisationen zusammen. Man teilte gemeinsame Ziele und hatte gemeinsame Gegner. Die Unterstützung von externen Akteuren war am Anfang der Bewegung sehr breit. So konnte das Kollektiv in dieser Phase auf die Unterstützung von Seiten der Kirchen, der migrationspolitischen Organisationen, der Parteien und der Gewerkschaften zählen (Locher 2009:3):

- Die Kirche war ein wichtiger Unterstützer bezüglich kultureller, moralischer und auch materieller Ressourcen. Kirchenvertreter brachten Erfahrung im migrationspolitischen Bereich mit, sensibilisierten die Kirchengemeinden und gewannen mit ihrem Ansehen weitere Leute für die Bewegung. Die Kirchenvertreter stellten der Bewegung auch Lokalitäten zur Verfügung, und es fanden mit ihnen Sitzungen und Diskussionen über Forderungskataloge und Grundrechte statt. An der Organisation der Aktionen aber waren sie nicht beteiligt (Aktivist 2009; Aktivistin 2009).
- Eine Zusammenarbeit gab es auch mit der Gewerkschaft unia (Aktivist 2009). Gewerkschaften nahmen nicht an Sitzungen teil, waren aber mit ihrer starken Mitgliederbasis für die Mobilisierung zentral und stellten verschiedene Ressourcen zur Verfügung: Geld, Publikationsmöglichkeiten sowie mit ihrer Unterschrift auf den Flugblättern auch Legitimation (Aktivist 2009).
- Neben dem Berner Kollektiv existierte in dieser Phase auch eine schweizerische Koordination der Sans-Papiers, die sich einmal pro Monat traf und gesamtschweizerische Aktionen plante. Anfänglich existierte ein reger Austausch zwischen den verschiedenen Kollektiven. Nach und nach aber verloren die verschiedenen Kollektive an Kraft. Übrig blieben Basel und Bern, die sich später aber ebenfalls auflösten (Aktivist 2009).

Eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen fand vor allem bei der Planung und Durchführung von Demonstrationen statt. Delegierte der jeweiligen Organisationen nahmen an Sitzungen teil, um den Rahmen der Aktion zu bestimmen. Die Mobilisierung übernahmen dann die jeweiligen Organisationen. (Aktivist 2009).

### *Die Schwächung der Bewegung*

Mit der Zeit sah sich die Berner Sans-Papiers-Bewegung mit schwindenden Ressourcen konfrontiert. Materielle Ressourcen waren zwar laut den Aussagen des Aktivisten

(2009) nie ein Problem. Die Bewegung finanzierte ihre Aktionen über Spendengelder und sammelte zusätzlich Geld bei Aktionen. Ein Schwachpunkt aber waren die moralischen Ressourcen. Ihr Schwinden wirkte sich im besonderen Masse auf die Bewegung aus. So ging die anfängliche Solidarität der UnterstützerInnen zurück.

Als Wendepunkt kann die Ablehnung der Sonderregelung des Ständerats im November 2004 genannt werden. Die Sonderregelung hätte die vertiefte Prüfung der Bewilligungsgesuche von AusländerInnen, die länger als vier Jahre in der Schweiz lebten, in Aussicht gestellt. Als Kriterien sollten die Integration, die familiären Hintergründe und die Zumutbarkeit der Rückkehr ins Heimatland angewandt werden. Die Ablehnung des Ständerats aber führte dazu, dass die vom Nationalrat im Mai 2004 angenommene Bestimmung aus dem Ausländergesetz gestrichen wurde. Der Entscheid bestätigte indirekt die Härtefallpraxis des Bundes (Locher 2009:4) und konnte von den Gegnern der Bewegung als Legitimierung einer gegen die Anliegen der Sans-Papiers gerichteten Politik gedeutet werden. Diese Stärkung der moralischen Ressourcen der Gegner war unter anderem ausschlaggebend dafür, dass sich zahlreiche UnterstützerInnen der Sans-Papiers-Bewegung mehr und mehr von der Bewegung distanzieren. Rucht (2004:199-200) bemerkt, dass soziale Bewegungen und ihre Gegner nicht nur gegenseitig in Interaktionen stehen, sondern auch um die Gunst von Aussenstehenden kämpfen, was für den Ausgang des Konflikts entscheidend sein kann. Mit dem Entscheid des Ständerats wendete sich das Blatt zur Seite der Gegner der Bewegung.

Eine parallele Entwicklung stellte sich innerhalb der Berner Bewegung ein: Anfänglich partizipierten zahlreiche Sans-Papiers. Sie wollten an die Öffentlichkeit treten und verfolgten das Ziel, politisch etwas zu bewirken. Die Berner Bewegung konnte ihre politischen Ziele jedoch nicht erreichen und setzte deshalb mehr und mehr auf Rechtsberatung und Einzelfallhilfe. Mit der Zeit zogen sich deshalb die politischen Sans-Papiers von der Bewegung zurück und das Kollektiv bestand schliesslich wieder nur noch aus den Schweizer UnterstützerInnen. Diese Entwicklung schlug sich auch auf die Ressourcen der Bewegung nieder: Sowohl die persönlichen Ressourcen des Kollektivs wurden geschwächt als auch die Legitimation der Bewegung nach aussen.

### **Aktionsformen: Von der Konfrontation zur Selbsthilfe**

Mit der Ressourcenausstattung der Sans-Papiers-Bewegung veränderten sich auch ihre Aktionen. In der Entstehungs- und Mobilisierungsphase führte die Bewegung in erster Linie konfrontative Aktionen durch. In der späteren Phase jedoch, als sie geschwächt war und das Ziel einer kollektiven Regularisierung in den Hintergrund trat, wählte sie Aktionen der Selbst- und Fremdhilfe. Um die Aktionsformen einer Bewegung zu verstehen ist es unabdingbar die Akteure und Interaktionen im politischen Umfeld zu betrachten (Rucht 2004:197). Als Gegenspieler der Sans-Papiers-

Bewegung kann der Staat und seine verschiedenen Akteure bezeichnet werden. Die Wechselbeziehung zwischen Aktion und Reaktion sind Gegenstand des folgenden Abschnitts.

### *Entstehungs- und Mobilisierungsphase*

Entsprechend ihrem Frame und ihrer Forderung nach einer kollektiven Regularisierung führte die Berner Sans-Papiers-Bewegung zunächst in erster Linie konfrontative Aktionen durch. Dadurch forderte sie den Staat zum Handeln auf und übte mit der breiten Unterstützung, die sie dadurch gewann, öffentlichen Druck aus. Als übergeordnetes Ziel ihrer Aktionen nennen die Vertreter der Sans-Papiers-Bewegung die Veränderung der politischen Strukturen sowie der Meinung der Leute (Aktivist 2009; Aktivistin 2009). Das heisst, auf dieser Ebene verfolgte man zwei Richtungen. Einerseits richtete sich die Sans-Papiers-Bewegung an den Staat, andererseits wandte sie sich an die Öffentlichkeit oder an die Schweizerinnen und Schweizer.

Die erste grosse Aktion der Bewegung war die Kirchenbesetzung vom September 2001 bis zum März 2002. Begleitend dazu organisierte man viele verschiedene Aktionen, welche die Öffentlichkeit auf das Thema Sans-Papiers aufmerksam machten. Die gewählten Aktionsformen waren in dem Sinne an den Frame angepasst, als dass bewusst Aktionen gewählt wurden, mit denen die Sympathien der Öffentlichkeit gewonnen werden konnte. Die Sans-Papiers-Bewegung wollte keine Aktionen durchführen, die Missgunst erzeugen konnten (Aktivist 2009). Mit Flugblättern versuchte das Sans-Papiers-Kollektiv möglichst viele Leute zu erreichen, seine Anliegen zu überzeugen und der Öffentlichkeit ein bestimmtes Bild der Bewegung zu vermitteln. Wichtig war ihm das Bild einer friedlichen Bewegung zu transportieren. Es verstand sich in der Tradition des Pazifismus. Gleichzeitig sollten alle die Möglichkeit haben, an den Aktionen teilzunehmen (Aktivist 2009). Die Kirchenbesetzung als Aktionsform wurde bewusst von den Westschweizer Kantonen in die Deutschschweizer Kantone getragen (Aktivist 2009).

Bereits zwei Tage nach dem Beginn der Besetzungsaktion besuchte Roger Schneeberger, damaliger Vorsteher des Migrationsdienstes Bern, die Kirche. Als Vertreter der Polizei- und Militärdirektion unterbreitete er der Bewegung den Vorschlag einer individuellen anonymisierten Härtefallprüfung. Der Kanton verfolgte somit dasselbe Ziel wie der Bund, der versuchte, die Bewegung mit Minimalzugeständnissen zu bremsen.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) antwortete auf die Forderungen nach einer kollektiven Regularisierung von Sans-Papiers mit dem Verweis auf die Härtefallregelung. Auch eine gesamtschweizerische Demonstration für die kollektive Regularisierung von Sans-Papiers mit über 10'000 Teilnehmern in Bern brachte die Behörden nicht von ihrem Kurs der Einzelfallregelungen ab. In einem am 21. Dezember 2001 veröffentlichten Rundschreiben erklärte das Bundesamt für Mig-

ration (BFM)<sup>12</sup> die Kriterien für die Praxis bei der „Anwesenheitsregelung von Ausländerinnen und Ausländern in schwerwiegenden persönlichen Härtefällen“ (IMES 2004:1). Sowohl das EJPD als auch die Berner Polizei- und Militärdirektion schufen somit für einzelne Sans-Papiers die Möglichkeit, sich zu regularisieren.

Rucht (2004:210) bezeichnet eine solche Strategie als typische Reaktion auf soziale Bewegungen. Entgegen seiner Annahme, dass diese Taktik zur Beilegung oder Verringerung des Konfliktes führt, wurde dieser im Falle der Sans-Papiers aber nicht gelöst. Das Sans-Papiers-Kollektiv nutzte zwar die Möglichkeit der Härtefalleinreichung, stiess aber auf Probleme: Stiess ein Härtefalldossier auf behördliche Zustimmung, so ein anderes mit denselben Kriterien auf Ablehnung. Anfänglich erhielten die meisten Härtefallgesuche einen positiven Entscheid, später aber wurde es aus Sicht der Bewegung zunehmend schwieriger und irgendwann praktisch unmöglich, die Erteilung einer Härtefallbewilligung herbeizuführen (Aktivist 2009).

Die Sans-Papiers-Bewegung gab sich mit der Einzelfalllösung nicht zufrieden. Sie führte die Kirchebesetzungen weiter und hielt somit ihren konfrontativen Kurs bei. Der Konflikt zwischen der Bewegung und den Behörden wurde mit der Härtefallregelung nicht entspannt, sondern verschärft: Während die Berner Sans-Papiers-Bewegung den Druck mit ihren konfrontativen Aktionen aufrecht erhielten, reagierten die Behörden nicht nur mit weniger Entgegenkommen in Einzelfällen, sondern auch mit verstärkter Repression und auch der migrationspolitische Kurs verschärfte sich. Vom Dezember 2001 bis Februar 2002 kam es zu Verhaftungen von Sans-Papiers. Die Bewegung versuchte diese zu verhindern, indem sie mit weiteren konfrontativen Aktionen antworteten und relativ schnell auf die Verhaftungen und auf eine Ausschaffung reagierte. Am 27. Februar 2002 räumte die Polizei schliesslich die Johannes-Kirche. Die Polizisten fanden allerdings eine leere Kirche vor und die Sans-Papiers-Bewegung Bern antwortete am 9. März 2002 mit der Besetzung des Schlosses Köniz. Dies war zugleich die letzte Besetzungsaktion der Berner Bewegung, was auf die schwindende Unterstützung der Kirche zurückgeführt werden kann.

Die gesamtschweizerische Koordination der Sans-Papiers hingegen führte die Auseinandersetzung noch fort: So besetzte sie am 13. März 2002 mit rund 35 AktivistInnen die Büros der Flugtaxifirma Skywork am Flughafen Bern-Belpmoos. Die Bewegung prangerte mit dieser Aktion die Zusammenarbeit privater Flugunternehmen mit dem Bund bei Ausschaffungen an. Und am 17. März 2002 überreichte die nationale Koordination Dora Andres, der damaligen Polizei- und Militärdirektorin, einen offenen Brief, in dem sie den Polizeieinsatz in der Johanneskirche verurteilte.

Am 14. und 15. Juni desselben Jahres fand in Basel schliesslich noch eine Internationale Tagung und Demonstration gegen Rassismus und Ausgrenzung statt. Diese

---

<sup>12</sup> Damals bestand das BMF noch aus dem „Bundesamt für Ausländerfragen“ und dem „Bundesamt für Flüchtlinge“.



startete die Karawane „Kein Mensch ist illegal“ von Basel nach Bern. Die letzte gemeinsame Aktion organisierten Sans-Papiers Kollektive am 31. Januar 2003 mit dem „Tag der Migration“. Dabei gingen in Bern, Freiburg, Lausanne, Genf und Basel AktivistInnen auf die Strasse und demonstrierten mit lebensgrossen Holzfiguren für ihre Anliegen (Nellen-Stucky 2004:55).

### *Die Wende der Sans-Papiers-Bewegung*

Seit Ende 2002 blieben konfrontative Aktionen praktisch aus. Auch fanden weniger Aktionen statt und die Öffentlichkeit wurde kaum mehr erreicht. In dieser Phase beschränkten sich die Aktivitäten der Bewegung auf Sitzungen und Einzelfallbehandlungen (Aktivist 2010). Das Kollektiv wechselte damit zu Aktionsformen der Selbst- und Fremdhilfe, denen sich schliesslich auch die Beratungsstelle vorwiegend widmete.

Nach der Ablehnung der Sonderregelung durch den Ständerats im November 2004 verlor die Sans-Papiers Bewegung merklich an öffentlicher Unterstützung. Die einst breite öffentliche Unterstützung reduzierte sich nun auf die Unterstützung von befreundeten Organisationen (Aktivist 2009). Die Behörden hatten mit der legitimen parlamentarischen Entscheidung die Gunst der Öffentlichkeit gewonnen.

Am 17. September 2004 gestaltete ein neues Rundschreiben des EJPD die Praxis der Anwesenheitsregelung von Ausländerinnen und Ausländern in schwerwiegenden persönlichen Härtefällen noch restriktiver (vgl. IMES 2004). Diese zusätzliche Verschärfungen veränderten auch den Kurs der Sans-Papiers-Bewegung, trat doch etwa zur gleichen Zeit ein neuer Akteur an die Öffentlichkeit: Am 21. September 2004 präsentierte nämlich ein von den Landeskirchen und jüdischen Gemeinden eingesetzter Beirat die Erklärung „Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren!“. Bald darauf öffnete die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers ihre Tore. Für das alte Kollektiv war es eine Erleichterung, dass nun die Beratungsstelle die Dossiers der Sans-Papiers bearbeitete (Aktivist 2009). Die Beratung wurde mit der Schaffung dieser Stelle professionalisiert und die Aktionen der Selbst- und Fremdhilfe institutionalisiert.

Zwei Jahre lang bestanden das Sans-Papiers Kollektiv und die Beratungsstelle parallel und arbeiteten zusammen. Das Kollektiv übermittelte der Beratungsstelle die Vollmachten der Sans-Papiers und diese übernahm die Dossierbearbeitung. Der politische Kampf des Kollektivs fand zu dieser Zeit keinen Anklang mehr und wurde schliesslich eingestellt. Am 18. Mai 2007 gab das Sans-Papiers Kollektiv seine Auflösung bekannt. Trotz ihrer unterschiedlichen Frames war die Institutionalisierung der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte durch die Beratungsstelle mit ein Grund für die Auflösung des Kollektivs (vgl. Aktivist 2009). Die Institutionalisierung kann deshalb als eine der zentralsten Wirkungen der Sans-Papiers-Bewegung betrachtet werden.

## **Wirkungen: Institutionalisierung und Lernprozesse**

Das Ziel einer kollektiven Regularisierung der Sans-Papiers erreichte weder die gesamtschweizerische noch die Berner Bewegung, andere Wirkungen erzielte sie dennoch. Mit ihrem breit angelegten Aktionsrepertoire vermochte die Sans-Papiers-Bewegung in Bern das Thema Sans-Papiers in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Medien nahmen ihre Anliegen auf und berichteten im Sinne des Frame der sozialen Bewegung. Die Berichterstattung stelle die Sans-Papiers-Bewegung positiv dar und unterstütze ihre Forderungen (Laubenthal 2007:216). Die Berner Bewegung konnte ihr Ziel der Sensibilisierung der Öffentlichkeit bezüglich der Situation der Sans-Papiers zumindest am Anfang der Bewegung umsetzen. Andere zivilgesellschaftliche Akteure wurden auf das Thema Sans-Papiers aufmerksam und verschiedene Solidaritätsbekundungen fanden statt. Eine konkrete Folge davon ist beispielsweise der Mittagstisch für Sans-Papiers der Marienkirche, welcher zweimal pro Woche stattfindet und auf Freiwilligenarbeit basiert (Tschanz 2009:10).

Eine weitere Wirkung der Sans-Papiers-Bewegung Bern ist die Anerkennung des Problems als ein gesamtschweizerisches. Mit dem Aufkommen der Bewegung in Bern konnten die Behauptungen der Politiker, es handle sich um ein Phänomen der Romandie, widerlegt werden (Laubenthal 2007:210). Die Schweizer Regierung wurde dadurch gezwungen, eine gesamtschweizerische Lösung zu präsentieren. Der Bund tat dies mit der Veröffentlichung eines Rundschreiben zu den Härtefallregelungen am 21. Dezember 2001. Das Thema Sans-Papiers wurde zudem im Rahmen einer Sondersession des Nationalrates behandelt sowie im Kantonsparlament aufgegriffen. Verschiedene parlamentarische Vorstösse auf kantonaler und nationaler Ebene nahmen die Anliegen der Bewegung auf. Die Sans-Papiers-Bewegung beeinflusste somit die politische Agenda.

Die Schweizer Migrationspolitik aber verschärfte sich im Laufe der Bewegung und die staatlichen Behörden agierte zunehmend mit Repressionen (Tschanz 2009:6). Nach der Veröffentlichung des Rundschreibens am 21. Dezember 2001 war eine klare Tendenz festzustellen: „Die Politiker reagierten auf jede einzelne Forderung mit Gesetzesverschärfungen und die Justiz mit restriktiveren Gesetzesinterpretationen.“ (Tschanz 2009:6) Schliesslich nahm das Stimmvolk am 24. September 2006 das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und die Änderung des Asylgesetzes mit rund 68 Prozent Ja-Stimmen an. Der restriktivere Kurs in der Migrationspolitik wurde somit von den Stimmbürgerinnen und -bürgern bestätigt.

Als zentrale Wirkung der Sans-Papiers-Bewegung ist die Einrichtung der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers zu sehen. Kirchenvertreter nahmen den Kampf um die Grund- und Menschenrechte der Sans-Papiers-Bewegung auf. Die interkonfessionelle Konferenz der Landeskirche und der jüdischen Gemeinden übergab einer Arbeitsgruppe den Auftrag zum Projekt „Sans-Papiers – Humanisierung des Alltags“

(Tschanz 2009:4). Die Arbeitsgruppe verfolgte einerseits das Ziel, verschiedene Handlungsmöglichkeiten zu sichten und daraus konkrete Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Andererseits wollte sie die Öffentlichkeit sensibilisieren und mit ihren moralischen Ressourcen von ihren Anliegen überzeugen. Die interkonfessionelle Konferenz stellte die Gründung eines Beirats in Aussicht. In diesem sollten sich angesehene Personen des Kantons Bern aus unterschiedlichen Kreisen beteiligen. Dem Beirat folgten Politiker, Professoren, Unternehmer, Vertreter von kirchlichen Institutionen, Gewerkschaften und Hilfswerken. Die Arbeitsgruppe präsentierte 2004 in einem Dokument konkrete Handlungsvorschläge für die Humanisierung des Alltags von Sans-Papiers. Unter anderem forderten sie auch den Aufbau einer Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (vgl. Arbeitsgruppe 2004). Der Beirat veröffentlichte 2004 seine Erklärung „Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren!“, in der er sich auf die Grundrechte der Schweizer Bundesverfassung berief (Tschanz 2009:4-5).

Auf die Veröffentlichung dieses Papiers folgte 2005 die Gründung des Vereins „Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers“. Mitbegründer waren jüdische Gemeinden und christliche Kirchengemeinden, sechs im Raum Bern tätige Hilfswerke, die Gewerkschaft unia, die demokratischen Juristinnen und Juristen, die medizinische Beratung für illegalisierte Frauen (MeBiF) sowie das Sans-Papiers Kollektiv (Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers 2006:3). Der Verein startete ein Pilotprojekt, dessen Finanzierung von Kirchen und Stiftungen sichergestellt wurde und das drei Jahre dauern sollte (Tschanz 2009:6). 2005 wurde eine Arbeitsstelle für die Berner Beratungsstelle geschaffen, deren Auftrag in der Einzelfallbearbeitung lag und am 1. Juni 2005 schliesslich wurde die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers eröffnet.

Der Kampf um die Grund- und Menschenrechte der Sans-Papiers wurde mit der Errichtung der Beratungsstelle institutionalisiert und die Selbst- und Fremdhilfe der Bewegung gleichzeitig professionalisiert. Die Beratungsstelle existiert bis heute und somit auch die Einzelfallberatung für Sans-Papiers. Auch bezüglich der Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers konnten Erfolge erzielt werden. So richtete das Schweizerische Rote Kreuz im Jahr 2007 im Ambulatorium für Folter- und Kriegsoffer (afk) in Wabern eine Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers ein (solidarité sans frontières 2009:19).

Wie die angeführten Wirkungen der Sans-Papiers-Bewegung zeigen, erzielte diese ihre Erfolge im Bereich der problemagierenden Sozialarbeit. Sozialpolitische Veränderungen aber, welche die strukturellen Bedingungen der Sans-Papiers verbessert hätten, konnte die Sans-Papiers-Bewegung keine bewirken.

### Literaturverzeichnis

Aktivist (2009). *Persönliche Mitteilung*, 17.11.2009.

Aktivistin (2009). *Persönliche Mitteilung*, 17.11.2009.

- Amenta, Edwin und Neal Caren (2004). The Legislative, Organisational, and Beneficiary Consequences of State-Oriented Challengers. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements* (461-488). Malden: Blackwell.
- Arbeitsgruppe eingesetzt von den Landeskirchen und den Jüdischen Gemeinden des Kantons Bern zum Thema „Sans Papiers – Humanisierung des Alltags“ (2004). *Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren! Handlungsvorschläge*. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/Handlungsvorschlaege.pdf>
- Beirat eingesetzt von den Landeskirchen und den Jüdischen Gemeinden des Kantons Bern (2004). *Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren! Eine Erklärung*. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/Erklaerung.pdf>
- Buechler, M. Steven (2002). Toward a structural approach to social movements. In: Dobratz, Betty, Timothy Buzzell und Lisa K. Waldner (Hg.). *Research in Political Sociology* (1–45). Oxford: Elsevier.
- Bundesamt für Migration (BFM) (2006). *Rundschreiben zur Praxis bei der Anwesenheitsregelung von ausländischen Personen in schwerwiegenden persönlichen Härtefällen (vom 1. Januar 2007)*. Zugriff am 11.04.08 auf [http://www.sans-papiers.ch/site/uploads/media/Rundschreiben\\_BFM.pdf](http://www.sans-papiers.ch/site/uploads/media/Rundschreiben_BFM.pdf).
- Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) (2004). *Rundschreiben. Praxis IMES bei der Anwesenheitsregelung von Ausländerinnen und Ausländern in schwerwiegenden persönlichen Härtefällen. Praxisänderung des BFF zum Rundschreiben vom 21. Dezember 2001*. Zugriff am 11.04.08 auf [http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/rechtsgrundlagen/weisungen\\_und\\_kreisschreiben/weisungen\\_anag.Par.0001.File.tmp/weisungen\\_1106\\_d.pdf](http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/rechtsgrundlagen/weisungen_und_kreisschreiben/weisungen_anag.Par.0001.File.tmp/weisungen_1106_d.pdf).
- Edwards, Bob und John D. McCarthy (2004). Resources and Social Movement Mobilization. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements* (116-152). Malden: Blackwell.
- Epple, Ruedi (1998). *Bewegung im Übergang. Zur Geschichte der Politik im Kanton Basel-Landschaft 1890-1990*. Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Giugni, Marco (1995). *Entre stratégie et opportunités. Les nouveaux mouvements sociaux en Suisse*. Zürich: Seismo.
- Integrationsbüro EDA/EVD (2007). *Personenfreizügigkeit*. Zugriff am 25.02.2010 auf [www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8672.pdf](http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8672.pdf)
- Käser, Nadine (2009). *Selbstdeutung der sozialen Bewegung „Sans-Papiers Kollektiv Bern“ und „Verein Beratungsstelle für Sans-Papiers“*. Unveröffentlichtes Papier. Departement Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg i.Ü.
- Laubenthal, Barbara (2007). *Der Kampf um Legalisierung. Soziale Bewegungen illegaler Migranten in Frankreich, Spanien und der Schweiz*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Lexis Zeitungsartikel zu den Stichworten Sans-Papiers und Bern

- Locher, Eva (2009). *Organisationsformen der Sans-Papiers-Bewegung in Bern*. Unveröffentlichtes Papier. Departement Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg i.Ü.
- Mahnig, Hans und Etienne Piguet (2003). Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998: Entwicklung und Auswirkungen. In: Wicker, Hans-Rudolf et al. (Hg.). *Migration und die Schweiz* (65-108). Zürich: Seismo.
- Ménetrey, Anne-Catherine (o.J.). *Plattform für die Sans-Papiers – in der Sackgasse?* Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.sans-papiers.ch/site/uploads/media/Bilanz\\_Praesidentin\\_Plattform\\_Sans-Papiers.pdf](http://www.sans-papiers.ch/site/uploads/media/Bilanz_Praesidentin_Plattform_Sans-Papiers.pdf)
- Nellen-Stucky, Rahel (2004). *Die Schweizer Sans-Papiers-Papiers-Bewegung von 1997 bis heute*. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit. Historisches Seminar, Universität Basel, Basel.
- Ratssekretariat des Stadtrats Bern (2003). *Protokoll Nr.5 Stadtratssitzung. Stadtrat Bern*, Bern. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/archiv/2003/20030-22011.pdf>
- Rucht, Dieter (2004). Movement Allies, Adversaries, and Third Parties. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements* (197-218). Malden: Blackwell.
- Sans-Papiers Beratungsstellen der deutschsprachigen Schweiz. *Internetzseite*. Zugriff am 20.10.09 auf [www.sans-papiers.ch](http://www.sans-papiers.ch).
- Sans-Papiers-Kollektiv Bern (2001-2006). *Archiv. Internetzseite*. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/archiv>.
- Sid (o.J.) Biel: Kulturfest „Expo 2%“. Stimme der Papierlosen. *Bieler Tagblatt*. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.bielertagblatt.ch/Dossier//?serien\\_id=268&id=11168&job=700-8261&kap=dos&dos=article](http://www.bielertagblatt.ch/Dossier//?serien_id=268&id=11168&job=700-8261&kap=dos&dos=article)
- Snow, David A. (2004). Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements* (380-412). Malden: Blackwell.
- Snow, David A. und Robert D. Benford (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi und Sidney Tarrow (Hg.) (1988). *From structure to action: Comparing social movement research across cultures* (197-217). Greenwich (Conn.): Jai Press.
- Solidarité sans frontières (2001). *Eine kollektive Regularisierung der Sans-papiers! Die Schweizer Sans-papiers-Bewegung von 1997 bis heute* (11.9.01). Internetzseite. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.sosf.ch/cms/front\\_content.php?idcat=244&idart=353&change-lang=2](http://www.sosf.ch/cms/front_content.php?idcat=244&idart=353&change-lang=2)
- Solidarité sans frontières (sosf) (o.J.). *Sosf-Dokumentation Sans-Papiers* (1. Band: 1997-2001). Die Schweizer Sans-Papiers-Bewegung von 1997 bis 2001. Dokumentationsordner. Bern.
- Solidarité sans frontières (o.J.). *Sosf-Dokumentation Sans-Papiers* (2. Band: Jan. bis Nov. 2002). Dokumentationsordner. Bern.

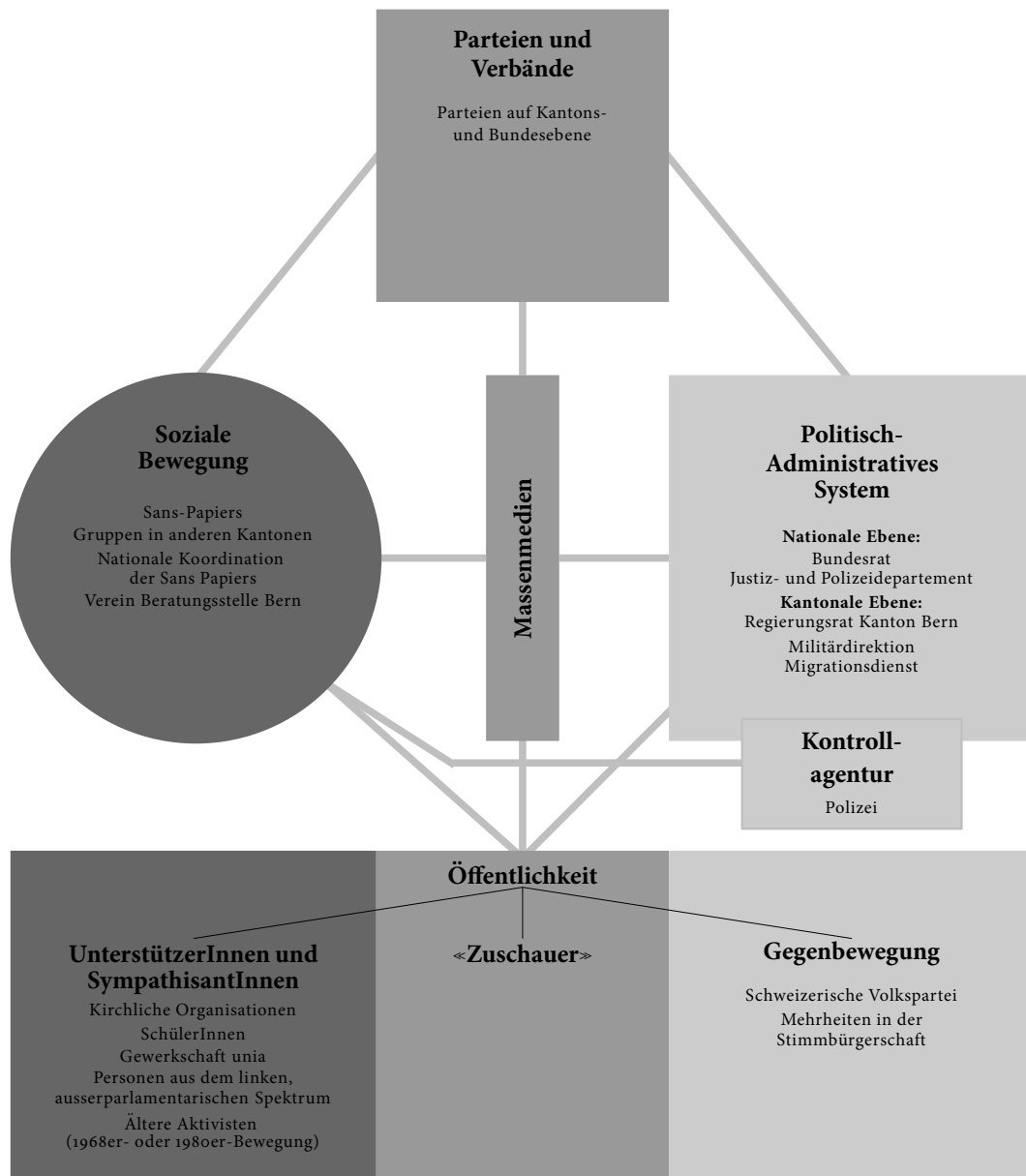
Solidarité sans frontières (o.J.). *Sosf-Dokumentation Sans-Papiers* (3. Band: 2002 bis 2007). Zwischen Kampf und Resignation – Entwicklung der Sans-Papiers BeweSans-Papiers-Bewegung von 2002-2007. Dokumentationsordner. Bern.

Solidarité sans frontières (2009). *Zwischen Kampf und Resignation – Entwicklung der Sans-Papiers-Bewegung von 2002-2007*. Zugriff am 01.11.2009 auf [www.sosf.ch/cms/upload/pdf/Dossier\\_SansPapiers\\_3\\_090904.pdf](http://www.sosf.ch/cms/upload/pdf/Dossier_SansPapiers_3_090904.pdf).

Tschanz, Anna (2009). *Die Wirkung der Sans-Papiers-Bewegung in Bern: Der Institutionalisierungsprozess einer Minderheitsbewegung*. Unveröffentlichtes Papier. Departement Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg i.Ü.

Unia (2005). *Neue Info-Broschüre klärt Sans-Papier über ihre Rechte auf*. Internetseite. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.unia.ch/Single-News-Migration.2342.0.html?&tx\\_ttnews%5Bpointer%5D=6&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=742&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=2279&cHash=acc5cdaa14](http://www.unia.ch/Single-News-Migration.2342.0.html?&tx_ttnews%5Bpointer%5D=6&tx_ttnews%5Btt_news%5D=742&tx_ttnews%5BbackPid%5D=2279&cHash=acc5cdaa14)

Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (2006). *Jahresbericht 2005*. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/SP\\_Jahresbericht\\_2005.pdf](http://www.sans-papiers-contact.ch/de/documents/SP_Jahresbericht_2005.pdf)



Grafik 1: Akteure im Umfeld der Berner Sans-Papiers-Bewegung (nach Rucht 2004:201).





*„Non si sottolinerà mai abbastanza che l'operaio non scio-  
pera a cuor leggero; solo davanti all'insensibilità del padro-  
ne per le sue esigenze minime di un salario e di condizioni  
di vita degne, egli è disposto a mettere in gioco tutto se stesso  
per difendere il suo lavoro.“ (Rossi 2008:23)<sup>1</sup>*

## **Bellinzona: „Giù le mani dall'Officina “**

Maurizio Coppola, Universität Fribourg

Vom Wert der Arbeit lautet ein 2006 erschienener Band zur Geschichte der Schweizer Gewerkschaften (Boillat et al. 2006). Über kollektive Arbeitskämpfe und Einzelschicksale wird darin erzählt. Wäre das Buch zwei Jahre später erschienen, hätte darin der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze der SBB-Cargo-Werkstatt in Bellinzona (Officina) Platz finden müssen. Denn die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ scheint eine einmalige Erfahrung in der Geschichte der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung zu sein. Seit dem Generalstreik 1918 wurde wohl kaum mehr ein Streik geführt, während dem sich eine ganze Region gegen das Diktat des Kapitals mobilisierte. Genau das ist in Bellinzona geschehen und der dreiunddreissigtägige Streik war erfolgreich. Nicht nur Arbeitsplätze konnten erkämpft werden. Die ganze Bewegung brach auch mit der Tradition der Friedenspflicht und kann als Vorbild einer neuen Gewerkschaftspraxis in den Betrieben dienen.

Aus regulationstheoretischer Sicht sind es soziale Bewegungen, die als Formen kollektiver Praxis Strukturen verändern können und dadurch die Macht- und Kräfteverhältnisse in der Ausgestaltung der Gesellschaftsformationen mitbeeinflussen (vgl. Epple 1998). Die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ hat im Feld des grundlegenden Widerspruchs der kapitalistischen Produktionsweise einen sozialen Konflikt ausgetragen und wurde somit zu einem zentralen Akteur des sozialen Wandels. Diese Tatsache hat das Interesse für diese Bewegung geweckt.

Der Beitrag stellt Kontext, Selbstdeutung, Organisationsstrukturen, Aktionsformen und Wirkungen der Bewegung in den Fokus. Dadurch sollen Erkenntnisse über die Geburt, die Entwicklung und die gesellschaftliche Bedeutung der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ eruiert werden. Der Beitrag basiert auf kollektiver Arbeit wäh-

---

<sup>1</sup> „Es kann nicht oft genug unterstrichen werden, dass der Arbeiter nicht leichtherzig streikt; nur vor der Unsensibilität des Arbeitgebers gegenüber den minimalen Bedürfnissen eines Lohnes und würdigen Lebensverhältnissen ist er gewillt, alles aufs Spiel zu setzen, um seine Arbeit zu verteidigen.“ (v.A.ü)

rend des Seminars „Soziale Bewegungen im Zentrum der Weltgesellschaft“; dafür bedanke ich mich bei den beteiligten Personen. In besonderer Weise bedanke ich mich auch bei Matteo Pronzini und Gianni Frizzo, die nicht nur für Interviews, sondern auch darüber hinaus zur Verfügung standen.

## Chronologie

1974	Das Komitee „Giù le mani dalle Officine“ wird in der SBB-Werkstatt in Biasca gegründet. Grund: Bedrohung der Existenz der Tessiner Werkstatt.
1993 – 2005	Die Belegschaft der SBB-Werkstätte in Bellinzona wird von 600 auf 390 reduziert.
2000	Das Komitee „Giù le mani dalle Officine“ wird in Bellinzona reaktiviert. Gründe dafür sind die betrieblichen Strukturveränderungen, welche mit Entlassungen einhergehen.
25. Februar 2008	Erste Gespräche zwischen den Gewerkschaften Tranfair, dem Schweizerischen Eisenbahnerverband (SEV), Gianni Frizzo (Komitee „Giù le mani“) und dem Direktor Roland Kuster über die Sanierungspläne der SBB in Bellinzona.
4. März 2008	400 Menschen, davon 200 der Officine, demonstrieren in Bern gegen die Sanierungspläne der SBB; Übergabe einer Resolution an den Direktionspräsidenten der SBB.
7. März 2008	Nicolas Perrin, Direktor der SBB-Cargo, kündigt während einer Versammlung 126 Entlassungen in Bellinzona an. Zudem bestätigt er die Auslagerung des Lokomotivenunterhalts nach Yverdon und die Privatisierung des Waggonunterhalts. 20 Minuten später stimmt die Betriebsversammlung mit nur einer Gegenstimme für die unbefristete Arbeitsniederlegung. Beginn eines „wilden Streiks“ mit dem Ziel, die Privatisierung und der Verlagerung des Unterhalts zu stoppen und die Arbeitsplätze in Bellinzona zu erhalten.
8. März 2008	Über 5000 Personen demonstrieren in Bellinzona gegen die Pläne der SBB-Direktion. Darunter befinden sich auch viele Tessiner Politiker.
15. März 2008	An einem runden Tisch, an dem die SBB, die Vertreter des Streikkomitees, die Gewerkschaften und Tessiner Politiker teilnehmen, formuliert die SBB den Vorschlag, die Massnahmen zu sistieren. Das Streikkomitee verlangt die Zurücknahme der Massnahmen und Garantien für die Arbeitsplätze. Der Streik dauert an.
23. - 31. März 2008	Weitere Verhandlungen werden geführt, jedoch ohne Ergebnisse. Die SBB-Direktion revidiert die Restrukturierungspläne, spricht jedoch keine Garantien aus für den Erhalt der Arbeitsplätze. Die Intervention der Politik bringt keine Änderungen, der Streik wird auf unbestimmte Zeit weitergeführt.

2. April 2008	Die SBB droht, die Arbeit der Officine Bellinzona vollständig zu verlagern, höre der Streik nicht sofort auf. Der Bundesrat verhandelt mit der Tessiner Regierung. In der Zwischenzeit beteiligen sich in Bellinzona über 10'000 Personen an der Solidaritätskundgebung mit des Streikenden.
5. April 2008	Die Verhandlungen zwischen der SBB-Direktion, dem Streikkomitee und dem Bundesrat Leuenberger unter der Mediation von Solari führen zu einer Lösung. Die SBB zieht die Restrukturierungsmassnahmen und die Entlassungen zurück. Verhandlungen über die Zukunft der Werkstatt in Bellinzona werden weitergeführt.
7. April 2008	Der Streik im Industrierwerk Bellinzona von SBB-Cargo wird nach 33 Tagen beendet. Dies beschloss die Betriebsversammlung einstimmig auf Antrag des Streikkomitees. Die Werkstätte bleibt bis auf weiteres bestehen.
14. Mai 2008	1. runder Tisch: Eine Expertengruppe soll die Kennzahlen der SBB bereinigen, um die Rentabilität des Werkes zu untersuchen. Von einem Stellenabbau im SBB-Cargo-Industrierwerk in Bellinzona redete nach dem ersten runden Tisch in Luzern zwar niemand mehr, aber es gibt keine schnelle Lösung zur Zukunft der Officine.
31. Mai 2008	Zur Diskussion dieser gesellschaftlich relevanten Themen wird zu einem ersten Treffen in Bellinzona mit dem Titel „Wir schaffen eine, zwei, hundert Officine! Für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ eingeladen.
2. Juni 2008	2. runder Tisch: Eine Arbeitsgruppe hat herausgearbeitet, dass nicht das Werk in Bellinzona die finanziellen Probleme der SBB-Cargo verursacht hat.
23. Juni 2008	3. runder Tisch: Eine Arbeitsgruppe schlägt Massnahmen vor, welche die Produktivität des Werkes bis 2010 um 10 Millionen verbessern soll, indem die Kosten gesenkt und die Aufträge erhöht werden.
15. September 2008	4. runder Tisch: Die Beteiligten haben sich auf ein Aktionsprogramm geeinigt. Bis zum Jahr 2010 soll das Resultat des Werks in Bellinzona jährlich um mindestens 10 Millionen Franken verbessert werden.
20. September 2008	In Rodi (TI) findet das zweite Treffen mit dem Titel „Initiative für einen neuen Syndikalismus“ statt.
18. November 2008	5. runder Tisch. Das Industrierwerk in Bellinzona wird ab dem 1. Januar 2009 definitiv zum Personenverkehr übergeführt.
7. Februar 2009	Wiederum in Rodi (TI) findet das dritte Treffen mit dem Titel „Netzwerke für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen“ statt.
13. März 2009	6. runder Tisch: Die Officine in Bellinzona erhält Garantien für die Weiterführung des Industrierwerkes. Die Produktivität wird dank der Eingliederung externer Aufträge im Bereich des Wagenunterhaltes erzielt. Die runden Tische werden weitergeführt.
26. Juni 2009	Gianni Frizzo, Arbeiter der Officine in Bellinzona und Streikführer, und Giuseppe Sergi, langjähriger Gewerkschaftssekretär und feste Un-

3. Juli 2009	<p>terstützung während dem Streik, werden nicht mehr in den Vorstand der Mitgliederversammlung der Unia Bellinzona gewählt. Man spricht von Wahlbetrug. Nach dieser Entscheidung treten Riccardo Spadini und Ivan Cozzaglio aus Protest aus dem Vorstand der Unia TI aus.</p> <p>Mauro Beretta, Ivan Cozzaglio, Gianni Frizzo, Sandro Marci und Donatello Poggi übergeben der Unia Geschäftsleitung die berühmt gewordenen „10 Fragen an Unia“.</p>
15. Juli 2009	<p>Die Unia TI bietet Gianni Frizzo die Reintegration in den Vorstand an. Frizzo lehnt ab.</p>
12. September 2009	<p>Das vierte Treffen Vernetzungstreffen findet in Bellinzona statt. Dabei wurde eine Resolution mit dem Titel „Widerstand am Arbeitsplatz organisieren“ angenommen. Dieser Aufruf will alle Lohnabhängigen auffordern, sich im Kontext der Krise, d.h. im Kontext von Entlassungen und Betriebsschliessungen, sich in den Betrieben für den Erhalt der Arbeitsplätze zu organisieren.</p>

### **Kontext: Ein Jahrhundert Officina Bellinzona**

Ein Überblick über die Geschichte der sozioökonomischen Veränderungen in Bezug zur Werkstatt in Bellinzona gibt darüber Aufschluss, um welche Themen sich die Arbeiter<sup>2</sup> der Officina kollektiv organisierten. Dadurch können Entwicklungsprozesse, die die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ in den letzten zehn Jahren angestossen haben, nachvollzogen werden. Dafür stütze ich mich auf die von Rossi (2008:9-44) geschilderte Geschichte der Werkstatt von Bellinzona.

Die ersten Bahnlinien, welche das Tessin durchquerten, wurden in den Jahren zwischen 1860 und 1880 konstruiert (Brenner 1967; Moncenisio 1871; Gotthard 1882). Die Werkstatt in Bellinzona wurde 1891 geöffnet und drei Jahre später zählte sie schon 425 Arbeiter, darunter viele Deutschschweizer wie auch Italiener und Deutsche. 1905 waren 20 Prozent der Bevölkerung von Bellinzona im Industriesektor aktiv, wobei die Officina einen Drittel aller Arbeitsplätze ausmachte. Diese Zeit war parallel dazu vom Wachstum im Tourismussektor, von der Geburt der Gewerkschaftsbewegung mit sozialistischen und anarchistischen Ideen charakterisiert – nicht zuletzt aufgrund der starken Einwanderung aus Italien. In der Werkstatt in Bellinzona arbeiteten viele gewerkschaftlich aktive Leute.

Am 17. April 1901 sah sich die Officina zum ersten Mal mit einem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze konfrontiert. Aufgrund eines Rückgangs der Produktivität im genannten Sektor, sah die Direktion der Werkstatt eine Aufhebung der betroffenen Abteilungen vor. Schon damals schlugen die Arbeiter das bekannte Motto vor: „We-

<sup>2</sup> Die Verwendung ausschliesslich der männlichen Form beruht auf der Tatsache, dass nur Männer im Industrierwerk in Bellinzona arbeiten.

niger arbeiten, damit alle arbeiten können“ (Rossi 2008:21). So brach 1901 ein Streik aus, der zwar den Entlassungsstopp erreichen konnte, jedoch nicht die Reduktion der Arbeitszeit.

Weitere wichtige Ereignisse, in denen die Werkstatt von Bellinzona direkt involviert war, waren die Auseinandersetzungen während des Ersten Weltkrieges und der damit verbundene Druck auf die Löhne und die Erhöhung der Lebenskosten. Daran anschliessend begannen auch im Tessin wichtige Streiks, die in den Generalstreik 1918 mündeten und zum ersten Mal spontane und breite Unterstützungen der Bevölkerung erreichen konnten. 1947 wurde der Funktionärsstatus für die Arbeiter der Officina durchgebracht, was stabile Löhne und festgesetzte Ferientage zur Konsequenz hatte. Allgemein war ab den 1950er Jahren ein doppelter Prozess festzustellen: Einerseits entwickelte sich der Sektor technisch wie auch industriell, andererseits wurden Arbeitskonflikte über Lohn- und Arbeitszeitfragen von den Arbeitern gewonnen.

Abschliessend und zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die allgemeinen ökonomischen Entwicklungen in der Schweiz einen starken Druck auf die Officina in Bellinzona ausübten und somit die Richtung der gewerkschaftlichen Arbeit angaben. Dies aus folgenden Gründen: Erstens trafen alle Krisen den gesamten Industriesektor und somit die Werkstätte der SBB stark, zweitens sind Krisen meist mit einer Reorganisation der öffentlichen Aufgaben verbunden, was den öffentlichen Transport einschliesst. Die gewerkschaftliche Reaktion war somit in erster Linie mit dem Erhalt der Arbeitsplätze (geplante Entlassungen bzw. Betriebsschliessungen aufgrund von Unwirtschaftlichkeit, z.B. 1975 Biasca oder 2008 Bellinzona), der Verteidigung der Löhne (z.B. Verlust des Teuerungsausgleichs zwischen 1977-1979 und massive Lohnkürzungen ab 1993) und den Arbeitsbedingungen (z.B. Aufhebung des Funktionärsstatus und Einführung des Personalgesetzes im 2001) verbunden.

### **Selbstdeutung: Transversale Bewegung**

Unter dem Begriff „framing“ werden Strategien verstanden, mit denen Bewegungsakteure versuchen, ihr Problem darzustellen, für bestimmte Aktivitäten zu motivieren und diese gleichzeitig zu legitimieren. „Frames“ sind also Rahmen, die im Prozess sozialer Bewegungen Deutungsstrukturen produzieren und reproduzieren. Diese Rahmen sind nicht objektiv messbar, sondern von der sozialen Bewegung selbst und in einem bestimmten Kräfteverhältnis zwischen Macht und Gegen-Macht bestimmt. Soziale Bewegungen gelten also nicht nur als Träger, sondern auch als Schöpfer von „frames“. Im Folgenden sollen die „frames“ der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ beschrieben werden.

„Die Absicht der SBB, die Instandhaltung der Lokomotiven zu verlegen sowie die Instandhaltung der Güterwagen auszulagern, deutet klar auf die Schliessung des Industrierwerks von Bellinzona [...] hin.“

Der diagnostische frame definiert ein soziales Problem, dessen Ursachen sowie dessen Verursacher; er geht also der Frage nach, wie das soziale Problem, aus dem eine Bewegung gewachsen ist, entsteht. In Bezug zur Bewegung „giù le mani dall'Officina“ wird das Missmanagement des SBB-Cargo-Direktion als Hauptgrund aufgeführt. Im Appell zur Solidarität mit der Belegschaft des Industrierwerks in Bellinzona wird darauf hingewiesen:

„Seit mehreren Tagen wehrt sich die Belegschaft des Industrierwerks SBB in Bellinzona gegen die Pläne der SBB Cargo AG. Die Absicht der SBB, die Instandhaltung der Lokomotiven zu verlegen sowie die Instandhaltung der Güterwagen auszulagern, deutet klar auf die Schliessung des Industrierwerks von Bellinzona sowie die Auflösung eines jahrhundertelangen wirtschaftlichen und sozialen Bestandteils des Tessins hin.“ (Officine 2008b)

Die Analyse beschränkt sich jedoch nicht auf die unmittelbare Situation des Werkes in Bellinzona und auf dessen Belegschaft, sondern integriert darüber hinaus eine übergeordnete Politik der Restrukturierung der öffentlichen Dienste:

„Somit ist der Kampf der Angestellten des Industrierwerks in Bellinzona keine lokale oder kantonale Angelegenheit: er ist vielmehr Teil einer weiterreichenden Opposition gegen die Politik der SBB, bei welcher es sich um Privatisierung und Profit zum Nachteil des Service publics dreht.“ (Officine 2008b)

Die Entstehung des Problems, welches zur kollektiven Organisation der Belegschaft der Werkstatt in Bellinzona und folglich zum Streik im März 2008 geführt hat, wird somit auf die neoliberale (De-)Regulierung der Wirtschaft zurückgeführt.

„Sciopero, sciopero, sciopero...“ [Streik, Streik, Streik...]

Der prognostische frame bezieht sich auf die Entwicklung von Problemlösungen und beschäftigt sich mit der Frage, wie und mit welchen Mitteln das soziale Problem gelöst werden kann. Da das anfängliche Unbehagen der Belegschaft auf keine Resonanz der SBB-Cargo-Direktion gestossen ist, sah sich die Belegschaft gezwungen, einen radikalen Weg einzuschlagen, nämlich die Arbeit niederzulegen und einen unbefristeten Streik zu beginnen. Da gesetzliche Massnahmen die Vorhaben der SBB-Cargo-Direktion nicht stoppen konnten, sah sich die Belegschaft nur dadurch mit der nötigen Kraft ausgestattet, den Projekten der SBB-Cargo-Direktion entgegenzuhalten. Die gewählte Form muss als „wilder Streik“ definiert werden, da er nicht von einer offiziellen Gewerkschaft beschlossen und angekündigt wurde. Damit verbot zudem das Streikkomitee den Gewerkschaften, Sozialplanverhandlungen zu führen, solange

der Streik andauerte. Es ging darum, das geplante Restrukturierungsprojekt und demzufolge die Massenentlassung in Bellinzona rückgängig zu machen, um über die Zukunft des Industrierwerkes an den runden Tischen und mit Einbezug der Interessen der Belegschaft verhandeln zu können (vgl. Thomann 2009:9).

„Unsere Leben sind mehr Wert als eure Profite! Giù le mani dall'Officina di Bellinzona!“

Schliesslich schafft der motivierende frame Motive und Anreize, sich an der sozialen Bewegung zu beteiligen und diese zu unterstützen. Er befasst sich mit der Frage, wie und wer für die gestellten Forderungen mobilisiert werden kann. Wie oben erwähnt, wurde von der Problematik, welche die Belegschaft des Werkes in Bellinzona erlebte, abstrahiert und die Restrukturierungs- und Entlassungsprojekte in einen grösseren Zusammenhang gesetzt, nämlich dem der neoliberalen Regulierung der Wirtschaft. Dadurch wurde der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital analytisch verschärft und es konnte erreicht werden, dass sich nicht nur die unmittelbar betroffenen Personen des Werkes in Bellinzona angesprochen fühlten, sondern darüber hinaus einerseits all diejenigen Personen, die Restrukturierungen und Entlassungen erlebt haben bzw. heute erleben, andererseits diejenigen, welche mittel- oder langfristige Entlassungen in der Region und der Schliessung des Werkes betroffen worden wären. Durch die Thematisierung des Industrierwerkes in Bellinzona als historisches Standbein der kantonalen Wirtschaft konnte somit eine ganze Region mobilisiert werden. Damit löste der Streik eine grosse Welle der Solidarität aus.<sup>3</sup>

### **Organisationsformen: Dialektik zwischen Inhalt und Form**

Im folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie sich die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ organisiert hat bzw. wie sie heute noch organisiert ist. Dabei muss beachtet werden, dass die Organisationsstrukturen zeitlich variieren und unterschiedliche Akteure dabei eine Rolle spielen (vgl. Grafik 1, S. 73). Für die Beschreibung der Organisationsformen wird hier die zeitliche Variante benutzt, d.h. dass der Wandel der Organisationsstrukturen chronologisch analysiert wird.

Wird als Entstehungsmoment der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ das Jahr 2000 betrachtet, also die Mobilisierung gegen die Pläne der SBB-Direktion, die Werkstätte in Biasca zu schliessen, so können zu jener Zeit breite und offene Organisationsstrukturen gefunden werden. Wie in den verschiedenen Beschreibungen und Interviews stets unterstrichen wird, wurde nicht nur versucht, die betroffenen Arbeit-

---

<sup>3</sup> Da sich viele der unter dem motivierenden framing subsumierenden Elemente mit denen im Kapitel 6 (Aktionsformen) überschneiden, werden sie nicht doppelt aufgeführt sondern im Kapitel zu den Aktionsformen vertieft.

rInnen in die Diskussion um eine Reaktion auf die Abbau- und Restrukturierungspläne der SBB zu integrieren, sondern daraus ein kantonales bzw. regionales Thema zu machen (vgl. Rossi 2008; Frizzo 2009; Pronzini 2009). Neben dem aktiven Kern der Belegschaft – meist Mitglieder der Gewerkschaften Transfair und SEV –, der damals aus drei Personen bestehenden Personalkommission und den offiziellen Vertretern der Gewerkschaften Transfair und SEV versammelten sich auch Aktive aus der Zivilbevölkerung, der Politik und der Gewerkschaft Unia, die nicht offizieller Verhandlungspartner der SBB war. Es wurde also versucht, eine „transversale Organisationsstruktur“ (Frizzo 2009) zu erreichen. Dadurch wurde einerseits vermieden, der Bewegung eine politische Etikette zu geben (labeling). Andererseits blieb die Bewegung in ihrer Organisation und Mobilisierung breit.

Diese Organisationsform blieb bei der Akzentuierung des Konfliktes zwischen der Belegschaft der Werkstatt von Bellinzona und der Direktion von SBB-Cargo im 2005 im Wesentlichen bestehen. Eine wichtige Veränderung, weniger auf der organisatorischen als auf der (gewerkschafts)politischen Ebene, soll trotzdem hervorgehoben werden: Die Unzufriedenheit einiger SEV-Mitglieder mit ihrer Gewerkschaft hatte eine Annäherung an die Gewerkschaft Unia provoziert. Vor allem der Gewerkschaftssekretär der Unia Tessin, Matteo Pronzini, hatte von Beginn an die Anliegen der Belegschaft der Officina als Anlass genommen, in Zusammenarbeit mit der Belegschaft selbst eine langfristige gewerkschaftspolitische Arbeit in der Werkstatt in Bellinzona in Angriff zu nehmen (Frizzo 2009). Diese Annäherung erhöhte das Vertrauen der Belegschaft in die Strukturen von Unia Bellinzona. 2005 kam es zu einer offiziellen Übereinkunft über eine Zusammenarbeit zwischen der Belegschaft und Unia Bellinzona. Schliesslich führte die Situation Ende Juni 2007 zum Übertritt von vier Arbeitern und Mitgliedern des Komitees „giù le mani dall'Officina“ von der SEV und zur Gewerkschaft Unia. Weitere vierzig Arbeiter der Officina von Bellinzona folgten diesem Schritt, was der Gewerkschaft Unia Bellinzona in Bezug auf den gewerkschaftspolitischen Einfluss innerhalb der Bewegung eine noch wichtigere Position verlieh.

Der Ausbruch des Streikes am 7. März 2008 veränderte die Organisationsstruktur, ohne jedoch ihre offene Form in Frage zu stellen. Während des Streiks – dieser ist als Höhepunkt der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ zu verstehen – kristallisierten sich im wesentlichen drei Akteure heraus:

Auf einer ersten Ebene befanden sich die Belegschaft und das von ihr gewählte Streikkomitee, bestehend aus sieben Personen, die ausschliesslich in der Werkstatt von Bellinzona arbeiteten.<sup>4</sup> Das Streikkomitee setzte sich aus Personen zusammen, die bereits vorher im Komitee „giù le mani dall'Officina“ aktiv waren. Die Organisation des

---

<sup>4</sup> Diese sieben Arbeiter sind: Mauro Beretta, Ivan Cozallo, Ezio Della Torre, Gianni Frizzo, Sandro Marci, Donatello Poggi und Davide Simonetta. Davon sind fünf Mitglieder der Gewerkschaft Unia, zwei gehören der Gewerkschaft Transfair. Somit ist der SEV im Streikkomitee nicht vertreten (Gschwend 2008:110-111).



Streiks, die Vorgehensweise und andere wichtige Entscheidungen wurden unter den Mitgliedern des Streikkomitees diskutiert. Dabei wurden die Gewerkschaften SEV, Transfair und Unia beratend beigezogen. Stets aber wurden die Entscheidungen von der gesamten Belegschaft durch ein Abstimmungsverfahren abgesegnet.

Die Organisationsstruktur innerhalb der Belegschaft sah folgendermassen aus (Gschwend 2008:104): An oberster Stelle stand die Vollversammlung der Belegschaft, die täglich zusammenkam und über die wichtigsten Entscheidungen abstimmt. Darunter befanden sich das Streikkomitee und VertreterInnen der Gewerkschaften, die zusammen die Streikleitung bildeten. Hervorzuheben ist hier, dass die VertreterInnen der Gewerkschaften keine Entscheidungsmacht besaßen, sondern nur als KonsultationspartnerInnen figurierten. Diese Tatsache unterstreicht die Basisstrukturen, welche die radikale Arbeiterdemokratie während dem Streik stärkte. Die Gewerkschaften stellten sozusagen nur die Strukturen bereit, wie es Pronzini sagt: „Es ist klar: Da waren die Arbeiter, die einen Streik wollten. Folglich brauchten sie eine Gewerkschaftsstruktur. Die Gewerkschaft hat ihre Struktur zur Verfügung gestellt und im besten Sinn des Wortes Unterstützung und Hilfe geleistet. Es wäre kriminell gewesen, wenn sich eine Gewerkschaftsorganisation in dieser Situation nicht zur Verfügung gestellt hätte“ (zit. nach Gschwend 2008:111). Zusätzlich wurden fünf Arbeitsgruppen für die praktischen Anliegen gebildet. Die Gruppe „Pikett“ war in erster Linie für die Sicherheit und Ordnung auf dem Gelände der Werkstatt zuständig. Die Gruppe „Küche“ und „Bar und Magazin“ sorgte für die Verpflegung der Streikenden. Die Gruppe „Support“ verwaltete die finanziellen Mittel, die kulturellen Veranstaltungen und die Pressearbeit. Die letzte Gruppe war für die „Betreuung der Besucher“ zuständig.

Auf einer zweiten Ebene war die Gruppe *Officina Donne*<sup>5</sup> aktiv. Diese Frauengruppe wurde von den Partnerinnen der Arbeiter der Werkstatt und von weiteren sich solidarisierenden Frauen aus der Region gegründet. Sie entstand aus den Bedürfnissen der Frauen selbst, in einer schwierigen Situation des „Ausnahmestands“ ihren Aufgaben alleine, d.h. ohne Unterstützung der Männer, nachzukommen. So sahen sie sich von einem Tag auf den anderen damit konfrontiert, die Familienangelegenheiten selbst zu organisieren und ihre Partner teilweise mehrere Tage nicht zu sehen etc. Aus einer „psychologischen Selbsthilfe“ wurde eine aktive Gruppe, die z.B. eigene Theateraufführungen innerhalb der Werkstatt organisierte. Heute noch benutzt die Gruppe *Officina Donne* die Werkstatt in Bellinzona als Raum für ihre Theaterproben (Frizzo 2009).

---

<sup>5</sup> Die Frauengruppe *Officina Donne* bleibt in dieser Arbeit leider unterbelichtet. Ihre psychologische wie auch materielle Unterstützung war und ist heute noch ein wesentlicher Bestandteil der Bewegung 'giù le mani dall'Officina'. Sie würde eine vertiefte Recherche und somit eine eigene Studie verdienen.

Auf einer dritten Ebene waren die verschiedenen Solidaritätskomitees aktiv. Sie nahmen verschiedene Aufgaben wahr: Neben finanziellen Ressourcen (Spendenauf-rufe etc.) stellten sie auch „humane“ Ressourcen für die Organisation von Anlässen vor Ort zur Verfügung. Auch beteiligten sich die Gruppen an den Demonstrationen. Ihre Hauptaufgabe jedoch bestand darin, die Erfahrungen aus Bellinzona in ihren Städten zu propagieren und damit eine hohe Welle der Solidarität auszulösen. Dies wurde z.B. durch Diskussionsabende zu aktuellen Themen oder durch Filmvorfüh-rungen erreicht. Schliesslich waren diese Solidaritätskomitees auch nach dem Streik noch in der Initiative „für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ aktiv.

Weitere wichtige Akteure, die entweder als UnterstützerInnen oder als Sympathi-santen die Bewegung begleiteten, waren:

- Ein Gesundheitsdienst, der für die Zeit während dem Streik von der Ärzte-schaft des Kantons kostenlos für die psychologische und physische Bera-tung eingerichtet und unterhalten wurde;
- die Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI), die wissenschaftliche Studien über die Rolle und Bedeutung der Officina Bel-linzona für die Region und für die Schweiz durchführte;
- der lokale Priester und seine Kirchengemeinde, die vor alle durch die Feier der Ostermesse in der Werkstatt der Officina selbst bekannt wurde;
- die lokalen Schulen, die durch ihre regelmässigen Besuche die Bedeutung der Officina als Arbeitgeber für die folgenden Generationen unterstrich;
- die Medien, welche die Bewegung vorwiegend durch den Streik begleiteten und schweizweit darüber berichteten;
- die lokalen Regierungen, die sich für den Erhalt für Werkstatt stark mach-ten;
- lokale Persönlichkeiten, die UnterstützerInnen über die Region hinaus an-zogen.

Werden die Organisationsformen nach Phasen, also vor, während und nach dem Streik differenziert, ergibt sich folgendes Bild: In der ersten Phase handelte es sich um eine weitgehend offene Bewegung, in der sich alle Interessenten gleichberechtigt ein-bringen konnten. Es bestand keine klare Aufteilung von Kompetenzen und Aufgaben. Der Fokus in dieser Phase lag auf der Mobilisierung der Arbeiter der Officina und der Bevölkerung mit dem Ziel, eine Schliessung der Werkstätte zu verhindern und für gerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Während des Streiks entstanden straffere Organisationsstrukturen, die den Alltag der Streikenden regelten und die Kompetenzen der Einzelnen klar zuteilten. Die Ge-werkschaftssekretäre der Unia spielten dabei aufgrund ihrer Erfahrung eine wichtige Rolle, stellten die Strukturen für die Streikorganisation bereit und nahmen somit auch

einen grossen Einfluss auf die politische Ausrichtung der Bewegung. Die Streikleitung entwickelte sich zur Ansprechstelle für Fragen, Zweifel, aber auch für Ideen.

In der Phase nach dem Streik wurden die Strukturen der Organisation der Bewegung wieder lockerer. Im Vergleich zu der Phase vor dem Streik blieben aber klarere Strukturen bestehen: In der Belegschaft wurden Delegierte gewählt. Das Streikkomitee bildete mit der Betriebsleitung Arbeitsgruppen, und es fanden wiederholt runden Tische statt. Der Fokus lag einerseits auf der Aufrechterhaltung der Mobilisierungsbereitschaft der Arbeiter, andererseits auf der Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung und der Erarbeitung von konkreten Massnahmen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass sich die Organisationsstruktur der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ vorwiegend durch flache Hierarchien und ein „absolute Demokratie“ (Thomann 2009:8) auszeichnet. Zudem kann die Bewegung nicht auf die Belegschaft der Officina oder die Gewerkschaften reduziert werden. Andere Akteure wie die Frauengruppe Officina Donne und die vorwiegend in den Grossstädten der Schweiz anwesenden Solidaritätskomitees bilden weitere wesentliche Säulen der Bewegung. Diese Tatsachen zeigen, dass die inhaltlichen Anliegen eng mit der Form, d.h. mit der Organisationsstruktur der Bewegung zusammenhängen, in denen Demokratie, Autonomie und Selbstbestimmung eine zentrale Rolle spielen.<sup>6</sup>

### **Aktionsformen: Vielfalt in der Einheit**

Die inhaltlichen Forderungen einer sozialen Bewegung stehen in engem Zusammenhang mit ihren Interaktions- und Aktionsformen. Daher ist es unabdingbar, die Aktionen der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ unter die Lupe zu nehmen (vgl. Grafik 2, S. 74). Es geht darum, die Aktionsformen in ihren zeitlichen, politischen und strategischen Zusammenhängen zu situieren und darum zu verstehen, welche Aktionsformen wo ansetzen, zu welchen Zeitpunkten die Aktionen durchgeführt werden und welche Konsequenzen die jeweiligen Aktionsformen mit sich ziehen. Diese Analyse gibt über den tieferen Sinn von Aktionen Aufschluss. Hier werden Aktionsformen nach Taylor und van Dyke (2004:263) unterschieden.

---

<sup>6</sup> Analysen, welche flache Hierarchien und die absolute Demokratie bezweifeln (vgl. Gschwend 2008), deuten auf ein mangelndes Verständnis einer 'Ausnahmesituation' hin, wie sie während dem Streik geherrscht hat. Jede Bewegung ist mit Problemen konfrontiert, während denen einzelne Akteure dominieren. Der Film von Danilo Catto dokumentiert solche Situationen. Diese jedoch mit einer undemokratischen Steuerung von oben zu vergleichen, würde den Betroffenen jegliche Entscheidungsmacht und die Fähigkeit, einen kollektiven Willen zu bilden, absprechen. Vielmehr werden bestimmte Personen – wie in diesem Falle Gianni Frizzo – in gewisse Rollen gezwungen, weil sie in dieser Situation ein bestimmtes 'Savoir-faire' besitzen.

### *Konventionelle Aktionsformen*

Konventionelle Aktionsformen zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit Fakten, Belegen und Diskussionen überzeugen wollen. Diese Art der Aktionsform bildete den Schwerpunkt der Protestbewegung, ohne jedoch die wichtigste Form zu repräsentieren. Sie war zudem durch eine breite Teilnahme vieler unterschiedlicher Akteure charakterisiert. Sowohl SympathisantInnen, wie auch PolitikerInnen und politische Organisationen verschiedener Couleur nahmen daran teil. Auch erreichten solche Aktionsformen medial eine breite Streuung. Schliesslich waren sie dadurch gekennzeichnet, dass sie meist an zwei Orten stattfanden: In der Pittureria, der Montagehalle der Werkstatt, die während dem Streik zum Hauptversammlungsort umfunktioniert wurde, einerseits, in der Casa del Popolo, dem Volkshaus in Bellinzona, andererseits.

Zu den konventionellen Aktionsformen gehören:

- Interne Abstimmungen, die die politische Stossrichtung der Bewegung angeben;
- das Aufschalten einer eigenen Homepage ([www.officine.unia.ch](http://www.officine.unia.ch)), die dazu diente, die Öffentlichkeit stets über die neusten Entwicklungen zu informieren;
- politische Verhandlungen mit lokalen PolitikerInnen, um die Zukunft der Werkstatt zu diskutieren;
- Leserbriefe in lokalen Zeitungen und Blogbeiträge;
- die Bildung einer Fangruppe auf facebook;
- das Aufschalten von Videofilmen auf youtube;
- das Aufhängen der orangen Arbeitshosen für jede geplante Entlassung (heute hängen die Hosen immer noch);
- die Lancierung der Initiative für einen öffentlichen Technologie- und Industriepark;
- die Einberufung der Versammlungen „für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter“ etc.

Diese konventionellen Aktionsformen fanden vorwiegend in der Phase vor dem Streik und dann wieder nach dem Streik statt. Es ging darum, die Bevölkerung zu informieren und in einen Austausch über die Anliegen der Belegschaft der Werkstatt zu treten. Zudem dienten z.B. die Versammlungen „für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter“ dazu, eine langfristige Zusammenarbeit mit allen interessierten Akteuren in die Wege zu leiten.

Traten die konventionellen Aktionsformen während des Streiks eher in den Hintergrund, so muss doch hervorgehoben werden, dass es in dieser Kategorie eine gewichtige Aktion gab, die während des Streiks durchgeführt wurde, nämlich die Lancierung der Volksinitiative für einen öffentlichen Technologie- und Industriepark. Diese Volksinitiative kann als Legitimation für den konfrontativen Akt, den Streik, verstanden werden. Da in der Öffentlichkeit Streiks und andere konfrontative Aktionen meist mit dem Argument delegitimiert werden, die Protestbewegung schlage

nichts Konkretes vor, um die Situation zu verändern, konnte mit der Initiative ein Gegengewicht geschaffen werden. Durch die damit verbundene Herausarbeitung von präzisen Argumenten und wissenschaftlichen Daten wurde die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, dass hinter dem Streik eine Haltung steht, die nicht nur die bestehenden Verhältnisse ablehnt, sondern durch inhaltliche Arbeit konstruktive Vorschläge erarbeitet, die auf deren Überwindung zielen. Die Zusammenarbeit mit der Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI) war dabei zentral.

### *Konfrontative Aktionsformen*

Konfrontative Aktionsformen können störend wirken, weil sie in der Öffentlichkeit stattfinden und Unbeteiligte, Andersdenkende und Uninteressierte einbeziehen. Solche Aktionen wurden von der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ vorwiegend in der Hochphase der Bewegung angewendet. Als die Restrukturierungsmaßnahmen und die Entlassungen angekündigt wurden und die Direktion der SBB-Cargo diese bestätigte, trat die Belegschaft in den Streik. Nach dem Motto „Wenn unser starker Arm es will, stehen alle Räder still“ wurde nicht nur die SBB-Cargo getroffen, sondern indirekt der ganze Güter- und Personenverkehr, da die Revisionsarbeiten von Lokomotiven und Waggonen für über einen Monat still standen. Da der Streik zudem wenige Monate vor der Fussball Europameisterschaft in der Schweiz stattfand, riskierte die SBB, die Sicherheit des Transports nicht gewährleisten zu können. Auch häuften sich die Aufträge an, die von der Werkstatt in Bellinzona hätten übernommen werden sollen. Kurz: ein Streik hat kurz- und mittelfristige Auswirkungen, die über die Grenzen der direkt Betroffenen hinausgehen. Damit stellte er unter anderem auch ein Machtinstrument dar, mit dem die streikende Belegschaft das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben konnte.

Gleichzeitig wurden die Werkstätten von den Arbeitern besetzt. Dadurch vermied die Belegschaft, dass die Unternehmensleitung der SBB die Werkstatt wieder zum Laufen bringen konnte. Denn wären die Arbeiter einfach zu Hause geblieben und hätten dort einzeln die „Drohbriefe“ des Unternehmers empfangen, so hätte die Gefahr bestanden, dass Einzelne dem Druck nachgegeben und wieder zur Arbeit gegangen wären (vgl. Thomann 2009:9f).

Durch die Besetzung wurde die Pittureria in wenigen Wochen zu einem Symbol des gewerkschaftlichen Kampfes und des Arbeiterwiderstands gegen Entlassungen und Betriebsschliessungen und zu einem gesellschaftlichen Raum der Begegnung und der Solidarität für die ganze Bevölkerung. Während des Streiks wurden Werkhallensperrung und Patrouillen auf dem Gelände der Officina notwendig, um eine Aussperrung von der Direktion der SBB-Cargo zu umgehen.

Ihre Macht stärkte die Streikbewegung zusätzlich dadurch, dass sie die gesamte regionale Bevölkerung und die PolitikerInnen des Kantons in die Auseinandersetzung einbezogen und sie dazu brachte, sich hinter den Streik zu stellen. Doch der Streik

blieb nicht Selbstzweck, sondern wurde, wie oben erwähnt, als „Plattform“ für die inhaltliche Auseinandersetzung über die gewerkschaftliche Arbeit einerseits, über den Transport als Service Public andererseits gebraucht.

Die hohen Kosten, die mit dem Streik anfielen sind, wurden auf zwei Arten gedeckt. Einerseits garantierten die Gewerkschaften 100.- CHF Lohnfortzahlung pro Person und pro Tag, was täglich rund 40'000 Franken und über den gesamten Streik hinweg rund 1.3 Millionen Franken ausmachte. Andererseits wurden regelmässig Spendaktionen durchgeführt, was wiederum die Bevölkerung in die Bewegung selbst integrierte.

Weitere konfrontative Aktionsformen waren die Gleissblockierung des Bahnhofs Bellinzona, um das Unbehagen der Belegschaft an die Öffentlichkeit zu tragen, sowie die lokalen und schweizweiten Demonstrationen, welche die Diskussionen innerhalb des Streikkomitees und der Betriebsversammlungen auf die Strassen brachten. Diese Demonstrationen fanden praktisch ausschliesslich während der Streikphase statt.

### *Kulturelle Aktionsformen*

Die kulturellen Aktionsformen weisen auf übliche oder unübliche Art und Weise auf ein Anliegen hin. Sie sprechen an oder rütteln auf, sind aber nicht störend oder diffamierend. Sie sollen nicht nur dem Kollektiv, sondern auch dem Individuum Freiraum zur Meinungsäusserung bieten. Zahlenmässig machten die kulturellen Aktionsformen wohl die grösste Zahl aus. Durch sie erlangte die Belegschaft viel Sympathie und Aufmerksamkeit im Kanton Tessin. Zudem liess sich damit ein grosser Bevölkerungskreis ansprechen (Junge, Alte, eigene und weitere Familien, Kulturschaffende, Schulen usw.).

Die kulturellen Aktionen begleiteten die konfrontativen Aktionen während der Streikphase. Dies weist darauf hin, dass die Bewegung nicht in sich geschlossen, sondern gegen Aussen auftretend offen sein wollte. Dies wiederum legitimierte die Bewegung und insbesondere den Streik.

Zu den kulturellen Aktionen können gezählt werden:

- Lokomotivenrundfahrten für Kinder, die auf die generationenübergreifende Bedeutung des Kampfes hinwiesen;
- die Feier der Ostermesse in der Pittureria;
- Theatervorstellungen der Officina Donne in der Pittureria;
- Musikkonzerte;
- der Dokumentarfilm von Danilo Gatti „Giù le mani“ u.a.m.

### *Aktionsformen der Selbst- und Fremdhilfe*

Schliesslich bezeugten die Streikenden mit den Aktionsformen der Selbst- und Fremdhilfe ihre Bereitschaft, die praktischen Arbeiten während dem Streik selber in die Hand zu nehmen und ihre Solidarität mit der ganzen Tessiner Bevölkerung zu

bekunden. Damit erlangten sie wiederum Sympathie und Wohlwollen und der Streik blieb nicht auf den Arbeitsplatz in der Officina reduziert, sondern erlangt eine ideelle Dimension, die die Betroffenheit erweiterte, die Problematik verallgemeinerte und sich auf menschliche Grundbedürfnisse bezog.

Zu dieser Aktionsform zählen:

- Die kollektive Organisation der Streikküche. Diese integriert gleichzeitig auch eine Kantine für Externe;
- Wohltätigkeitsarbeiten wie Blutspenden, Waldarbeiten und Reinigungsdienste für die Gemeinde;
- Spenden an unterschiedliche Organisationen;
- Produktion von Pins, Flaggen, T-Shirts und Postern. Einerseits um dadurch eine kollektive Identität zu schaffen, andererseits um durch den Verkauf die finanzielle Situation der Bewegung aufzubessern;
- Geldsammlungen am Bahnhof Bellinzona für die Streikkasse;
- die Selbsthilfegruppe der Officina Donne, die den psychologischen Druck des Streiks besänftigen konnte.

Eine weitere Aktion, die sowohl als Selbst-, wie auch als Fremdhilfe bezeichnet werden kann, ist die internationale Vernetzung, welche die Bewegung herstellte. Gleichzeitig zum Streik in Bellinzona fand ein Arbeitskonflikt in der Mailänder Maschinenfabrik INNSE statt. Die Analogien zwischen diesen Auseinandersetzungen in Bezug auf die Organisationsstrukturen, die Aktionsformen sowie das framing sind beachtlich. So lautete z.B. der Slogan der streikenden Belegschaft in Mailand „Giù le mani dall'INNSE“. Der Konflikt konnte auch in Mailand von der Belegschaft gewonnen werden (Labournet 2009). Diese Vernetzung weist auf die internationale Dimension der ArbeiterInnenkämpfe hin und konnte eine gegenseitige Motivationswelle auslösen.<sup>7</sup>

Die Auflistung der Aktionsformen der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dennoch lassen sich durch alle Formen hindurch zusammenfassend folgende Elemente festhalten:

- Moderne Kommunikationsmittel wie Kurznachrichten über Handy, facebook und Email spielten eine zentrale Rolle. Über diese Kanäle flossen und fliessen heute noch die Informationen über Demonstrationen, Ergebnissen von Verhandlungen und Veranstaltungen der Bewegung.
- Zudem schlossen alle Aktionen keine Akteure aus, sondern versuchten dem Gedanken der transversalen Bewegung und dem Respekt der involvierten Per-

---

<sup>7</sup> Sowohl die wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Zusammenhänge wie auch die Zusammenarbeit zwischen der Bewegung 'giù le mani dall'Officina' und der Bewegung 'giù le mani dall'INNSE' werden hier nicht analysiert. Sie würden eine eigene Vertiefungsarbeit verdienen.

sonen durch die Integration von politischen Behörden, Bevölkerung, anderen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gerecht zu werden.

- Schliesslich waren auch alle Aktionen immer medial begleitet.

### **Institutionalisierung: Wirkungen nach innen und nach aussen**

Der letzte Abschnitt widmet sich den Wirkungen, die eine soziale Bewegung durch ihre Organisations- und Mobilisierungsmacht erreichen kann. Solche Wirkungen können sich in den Institutionen wie den sozialen und politischen Strukturen (polity) niederschlagen. Sie können sich aber in Rückwirkungen auf die Bewegung selbst oder in den Änderungen politischer Inhalten, die diskutiert werden (policy), zeigen. Während direkte Wirkungen mit den inhaltlichen Forderungen einer Bewegung in Verbindung stehen, so können indirekte Wirkungen auch schlicht durch die Existenz und die sozialen Wahrnehmungen der Bewegung entstehen. Schliesslich sind Wirkungen dadurch charakterisiert, dass „Veränderungen“ im weiten Sinne des Wortes vollzogen werden, die ohne die soziale Bewegung ausgeblieben wären (vgl. dazu Amenta und Caren 2004, Epple 1995).

Im Folgenden werden die Wirkungen der sozialen Bewegung „giù le mani dall'Officina“ aufgearbeitet. Vier Ebenen werden dabei berücksichtigt: die betriebliche, die gewerkschaftliche, die politische sowie die (zivil-)gesellschaftliche Ebene. Diese Unterteilung dient der besseren Unterscheidung von direkten Wirkungen, indirekten Wirkungen und Rückwirkungen. Da die Bewegung noch heute existiert, kann die Auflistung der Wirkungen nicht abschliessend sein. Hier wird der dreiunddreissigtägige Streik als vorläufiger Höhepunkt betrachtet und die Wirkungen davon ausgehend analysiert.

#### *Wirkungen auf der betrieblichen Ebene*

Die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ entstand zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten. Daran knüpften im Jahr 2008 auch die inhaltlichen Forderungen des Streikes an: Die Entlassung von 126 Arbeitnehmern und die Restrukturierungsmassnahmen von SBB-Cargo in Bellinzona (Privatisierung und Auslagerung) sollten zurückgezogen und der langfristige Erhalt der Werkstatt sollte garantiert werden. Der dreiunddreissigtägige Streik bewirkte den Rückzug der ersten zwei Massnahmen. Um darüber hinaus den langfristigen Erhalt der Werkstatt von Bellinzona sicher zu stellen, wurden zudem so genannte „Runde Tische“ organisiert, an denen Vertreter aller Interessengruppen (Belegschaft, SBB-Cargo-Direktion und Staat) über die Zukunft des Betriebs verhandelten.

Neben dem Erhalt der über 400 Arbeitsplätze von Bellinzona konnten zudem noch zwei weitere Forderungen durchgesetzt werden: Einerseits wurden die Verträge von



31 temporär angestellten Arbeitnehmern in unbefristete Verträge umgewandelt. Damit wurde eine Tendenz rückgängig gemacht, die seit dem Projekt Bahn 2000 fester Bestandteil der Personalpolitik der SBB ist (vgl. Guerra 2008). Andererseits wurden die Personalbedürfnisse dem tatsächlichen Arbeitsaufkommen angepasst. Durch über fünfzig Neueinstellungen konnten die Überstunden abgebaut und den damit verbundenen sozialen Konsequenzen (Stress, Spannungen in der Familie, Mängel an der Qualität der Arbeit etc.) entgegengewirkt werden (Frizzo 2009, Pronzini 2009).

Weitere Veränderungen wurden in Fragen der Demokratisierung der betrieblichen Strukturen erreicht werden. Fünf wesentliche Punkte müssen dazu hervorgehoben werden (Frizzo 2009):

- Erstens wurde die Betriebskommission sowohl quantitativ als auch qualitativ gestärkt. Die vor dem Streik aus drei Arbeitnehmern bestehende Kommission wurde über eine Abstimmung der Betriebsversammlung durch das siebenköpfige Streikkomitee ersetzt. Gleichzeitig zu dieser quantitativen Stärkung der Betriebskommission wurden regelmässiger Treffen mit der Direktion institutionalisiert. Dies hat zur Folge, dass bestehende Personal- oder Produktionsprobleme direkt angesprochen werden.
- Zweitens und in Ergänzung zur Stärkung der Betriebskommission wurden von der Betriebsversammlung ca. dreissig Abteilungsdelegierte gewählt, die direkte Ansprechpersonen für die Belegschaft und gleichzeitig für die Gewerkschaften darstellen. Die Gliederung nach Abteilungen hat einen praktischen Grund: Jede Abteilung besitzt spezifische Charakteristika, die spezifische Verbesserungen benötigen. Die Anliegen der unzufriedenen Arbeiter gehen somit nicht direkt und unkoordiniert zur Personalleitung, sondern können durch die Abteilungsdelegierten gebündelt und als Ganzes repräsentiert werden. Dies stärkt ihre Verhandlungsmacht. Regelmässige Sitzungen mit den Gewerkschaften erlauben schliesslich, die gewerkschaftliche Arbeit mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeitnehmern abzustimmen.
- Drittens wurden paritätische Arbeitsgruppen gebildet mit dem Ziel, die Arbeit innerhalb der Werkstatt von Bellinzona zu verbessern. Dafür wurden themenspezifische Gruppen gebildet.
- Viertens finden in drei- bis viermonatigen Abständen oder bei aussergewöhnlichen Situationen während der Arbeitszeit und in den Räumlichkeiten der Werkstatt Betriebsversammlungen statt. Dieser Punkt ist von besonderer Bedeutung, da Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit und in Räumlichkeiten des Unternehmens in den letzten Jahrzehnten allgemein rar geworden sind. Die Durchsetzung dieser Forderung bedeutet somit eine Wiedererlangung eines alten demokratischen Gewerkschaftsrechts.
- Fünftens schliesslich wurde eine Versammlung der temporär Arbeitenden gegründet, um die gruppenspezifischen Probleme zu diskutieren.

Diese neuen Organisationsstrukturen sind wie folgt organisiert: Die Betriebskommission bzw. das Streikkomitee repräsentiert die „Exekutive“, die Delegierten stellen die Bezugspunkte in den einzelnen Abteilungen dar und die Betriebsversammlung entscheidet über die allgemeine Stossrichtung der Verhandlungen. Die Versammlung der temporär Arbeitenden stellt eine zusätzliche Diskussionsplattform zwischen Temporärarbeitenden und der Betriebskommission dar (Pronzini 2009).

Die Belegschaft entscheidet durch den Vermittler der Betriebskommission mit der Direktion der Werkstatt über grundlegende Verhandlungsthemen. Die Liste reicht von Investitionen und Personalfragen über Fragen von Produktivität, Logistik und strukturellen Kosten, Abteilung Waggon- und Lokomotivenproduktion bis zu Fragen von Arbeitszeit und dauernden Verbesserun. Für jede Arbeitsgruppe delegieren die Betriebskommission und die Direktion der Officina einen oder mehrere Vertreter. Ein Mal im Monat findet eine Plenarversammlung statt mit der Betriebskommission und der Direktion, die über den aktuellen Stand der Dinge austauscht und die Situation der Werkstatt analysiert (Beschäftigung, ökonomische Kennzahlen, Arbeitsbedingungen etc.). Über die Position der Belegschaftsvertreter wird sowohl in der Betriebskommission als auch in den Betriebsversammlungen entschieden (Pronzini 2009).

Diese betrieblichen Veränderungen können als direkte Wirkungen der Bewegung „giù le mani dall'Officina“ betrachtet werden. Feststellbar sind aber auch Rückwirkungen auf die Strukturen der Bewegung selbst: Die während des Streiks ausgelebte radikale Arbeiterdemokratie will nun durch regelmässige Treffen und Diskussionen in den unterschiedlichen Gruppen (Betriebskommission, Arbeitsgruppen etc.) gepflegt werden.

### *Wirkungen auf der gewerkschaftlichen Ebene*

Indirekte Wirkungen können vorwiegend auf der gewerkschaftlichen Ebene beobachtet werden. Innerhalb der Unia und zwischen den Gewerkschaften Transfair, SEV und Unia entwickelten sich Auseinandersetzungen, die dardurch ausgelöst worden waren, dass der Konflikt zwischen der Belegschaft der Officina von Bellinzona und der SBB-Cargo-Direktion nicht nach der bekannten Tradition des Arbeitsfriedens, sondern in ihrer Hochphase durch konfliktuelle und konfrontative Methoden geführt wurde. Die Abberufung des Gewerkschaftssekretärs der Unia, Matteo Pronzini, von seiner Funktion und die Abwahl des Vorsitzenden des Streikkomitees, Gianni Frizzo, aus dem Vorstand der Mitgliederversammlung von Unia Bellinzona trafen genau diejenigen Personen, die innerhalb der Unia am stärksten für den Streik eingestanden waren. Zugleich führte der Übertritt von vierundvierzig SEV-Mitgliedern zur Unia dazu, dass der SEV weder im siebenköpfigen Streikkomitee noch in der Betriebskommission vertreten ist, und heizte damit den Konflikt zwischen den Gewerkschaften an.

Die Zusammenarbeit zwischen den offiziellen Vertretern der Belegschaft der Werkstatt in Bellinzona, Transfair und SEV einerseits und der zwar nicht offiziellen, aufgrund ihrer wichtigen Rolle in der Bewegung aber dennoch wichtigen Gewerkschaft Unia andererseits, wird sich zwangsläufig ändern. Hier werden die Verhandlungen um den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Herbst 2010 mehr Ausschuss darüber geben, wie sich die Beziehungen beeinflussen und ändern werden.

Schliesslich bilden die in regelmässigen Abständen organisierten Treffen „Schaffen wir eine, zwei, hundert Officine – für eine Gewerkschaftsbewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ die Basis für Diskussionen zu Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit im gesamtgesellschaftlichen Kontext. Obwohl die Diskussion nicht grundsätzlich neu ist, erhält sie eine neue Dimension. Einerseits ist diese Initiative aus einem konkreten Konflikt entsprungen, in welchen verschiedene Akteure involviert waren. Andererseits hat sie das Ziel, die erfolgreichen Erfahrungen zu „exportieren“.

### *Wirkungen auf der politischen Ebene*

Der Streik warf grundsätzliche Fragen und Debatten zur SBB und zur SBB-Cargo auf. Diese können nicht als indirekte, sondern müssen als direkte Wirkungen definiert werden, da die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ durch die erlebten Erfahrungen und die laufenden Verhandlungen zu neuen Ziele fand. Einerseits wurden an den „Runden Tischen“ nicht nur die Zukunft der Werkstatt von Bellinzona, sondern auch die allgemeine Organisation aller Industrierwerke der SBB-Cargo in der Schweiz diskutiert. Antworten auf Fragen nach der Verteilung der Arbeit auf alle Werke oder nach den Prioritäten der Produktion betreffen die zukünftige Strategie der SBB-Cargo insgesamt.

Andererseits wurden durch die Initiative „Für die Umwandlung der Officine in einen öffentlichen Technologie- und Industriepark“ die anfänglichen Forderungen in einen direkten Zusammenhang mit der Verwaltung der Werkstatt von Bellinzona gestellt. So gibt die Initiative im Namen der Betroffenen eine klare Antworten auf die Frage, ob ein gesellschaftlich relevanter Bereich wie der Unterhalt von Lokomotiven und Waggons, der die Sicherheit des Transports von Personen und Gütern betrifft, privat oder öffentlich organisiert sein soll: Die Verwaltung des Transports ist sowohl in Bezug auf die Arbeitsbedingungen als auch in Bezug auf die Bedürfnisse des Transports in der öffentlichen Hand besser aufgehoben als bei privaten Unternehmen.

Die Wirkungen auf der politischen Ebene illustrieren, dass ausgehend von einem konkreten Problem – hier Entlassungen und Betriebsschliessung – politische Auseinandersetzungen geführt werden, die in einem grösseren Zusammenhang stehen. Die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ hat es geschafft, Diskussionen zur Organisation des Transports an die Öffentlichkeit zu tragen.

### *Wirkungen auf der (zivil-)gesellschaftlichen Ebene*

Schliesslich hat die Bewegung auf der (zivil-)gesellschaftlichen Ebene Wirkungen erzielt. Sowohl vor als auch während des Streiks für die Machbarkeitsstudie der Initiative für einen öffentlichen Technologie- und Industriepark hat die Bewegung mit der SUPSI (Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana) zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit erfolgte unabhängig von privaten Interessen. Sie stand im Zeichen der wissenschaftlichen Erarbeitung eines gesellschaftlichen Problems.

Auch wird die Bewegung in nächster Zukunft mit dem übrig gebliebenen Geld aus der Solidaritätskasse einen Verein gründen, der das Ziel haben wird, die Werkstatt in Bellinzona zu verteidigen und eine demokratische Gewerkschaft zu entwickeln (Fizzo 2009).

Dass heute noch über die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ gesprochen und geforscht wird, zeigt wie bedeutend die von der Bewegung ausgelösten Wirkungen sind. Gerade durch die inhaltlich fortgeschrittenen und seriösen Arbeit aller beteiligten Akteure (Streikkomitee, Gewerkschaften, BeraterInnen, SUBSI etc.) ist die Legitimität der Bewegung sehr hoch. Welche Wirkungen die Bewegung in Zukunft noch erzielen kann, ist von der Intensität ihrer Arbeit wie auch von gesamtgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Entwicklungen abhängig, von denen zur Zeit nur Konturen erkennbar sind.

„In allen Bereichen einer Gesellschaft sind dauernd Auseinandersetzungen darüber im Gang, was gilt und was nicht, wie man sich die Gesellschaft vorzustellen hat und wie nicht, was gut ist und was schlecht, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse einzurichten und zu verändern sind, was man weiss und was nicht.“ (Epple 1998:42)

Eine solche Auseinandersetzung hat auch die Bewegung „giù le mani dall'Officina“ geführt, nämlich allgemein im Bereich der Regulation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital und im speziellen im Bereich der Organisation des öffentlichen Transports. Die Stabilität der kapitalistischen Produktionsbedingungen steht immer auf wackligen Beinen, da das „Entsprechungsverhältnis zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, [...], grundsätzlich prekär [ist].“ (Epple 1998:43).

Zum gegebenen historischen Zeitpunkt wurde die dominierende Regulationsweise durch die Entscheidung der Direktion von SBB-Cargo, den Güterverkehr teilweise zu privatisieren und Stellen abzubauen, von der Belegschaft nicht akzeptiert. Durch die kollektive Praxis der Selbstorganisation und des Streiks konnten zwar die in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen angelegten Widersprüche nicht einfach aufgelöst werden, doch sie konnten „prozessierbar“ (Epple 1998:43) umgestaltet werden.

Gleichzeitig wurde durch die Mobilisierung der Bewegung die dominierende politische Kultur, welche die politische Hegemonie der herrschenden Klassen stützt, in Frage gestellt:<sup>8</sup>

„Kulturelle Hegemonie selektioniert Denk- und Verhaltensformen aus einem breiten Bereich vergangener und gegenwärtiger Möglichkeiten. Politisch-kulturelle Hegemonie selektioniert die für eine Gesellschaft typischen Formen politischer Auseinandersetzungen, also sowohl typische Argumentationsmuster als auch Verhaltens- und Verfahrensweisen, und steckt damit den politischen Handlungsspielraum ab.“ (Epple 1998:45)

Dieser politische Handlungsspielraum konnte dadurch erweitert werden, dass die dominierenden gewerkschaftlichen Konfliktstrategien nicht alternativlos, selbstverständlich und natürlich hingenommen wurden. Die politische Hegemonie – sowohl durch die Dominanz des Kapitals als auch durch die Akzeptanz der Arbeit tagtäglich reproduziert – wurde neu definiert und somit sowohl neue Handlungsoptionen eröffnet als auch Elemente der tieferliegenden politischen Kultur neu gedacht (vgl. Epple 1998:46). Der durch den 1937 unterschriebenen Friedensvertrag des Schweizerischen Metall- und Uhrenverbands (SMUV) mit den Arbeitgeberverbänden wurde historisch geprägt und von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften getragen. Diese Tradition ist noch heute ein wesentlicher Bestandteil des schweizerischen Korporatismus (vgl. Pelizzari und Schief 2007). Durch die Selbstdeutung der Bewegung von Bellinzona wurde diese dominante Interpretation der Austragung von Konflikten vollständig in Frage gestellt. Dadurch wurden neue Vorstellungen über die Frage, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse einzurichten sind, artikuliert und Lernprozesse ausgelöst.

Der in Bellinzona vollzogene Bruch mit der innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dominierenden Tradition der Konfliktaustragung hat neues Wissen und neue Werte vermittelt. So wurde zum Beispiel durch ein konsequentes Nein die Schlichtung des Konflikts so lange hinausgezögert, bis die Direktion von SBB-Cargo auf alle Forderungen der Belegschaft eingehen musste. Die Bewegung gab sich weder mit einem Sozialplan noch mit dem vorübergehenden Rückzug der Restrukturierungsmassnahmen zufrieden. Stattdessen beharrte sie stets auf ihren Standpunkt. Zudem stellte sie durch den siegreichen Streik und die siegreichen Verhandlungen die gewerkschaftliche Arbeit in ein neues Licht, weil dadurch die dominante Funktionsweise der Gewerkschaften in Frage gestellt wurde.

Welche Verhältnisse herrschen zwischen der Gewerkschaftsdirektion, den Gewerkschaftssekretären und der Belegschaft eines Unternehmens? Die Erfahrungen der

---

<sup>8</sup> Die politische Hegemonie der herrschenden Klassen schliesst materielle Konzessionen an die Beherrschten mit ein. Hegemonie stellt jedoch auch die aktive Zustimmung der beherrschten Gruppen zu ihrer Unterwerfung dar und schliesst somit Zwang *und* Konsens mit ein (vgl. Demirovic 1987).

Selbstorganisation und der Autonomie der Bewegung gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie hat neue Handlungsoptionen eröffnet. Denn in Bellinzona stellte die organisierte Belegschaft die eigentliche Gewerkschaft dar und die Arbeit der Gewerkschaftsbürokratie beschränkte sich darauf, diejenigen Strukturen zur Verfügung zu stellen, die im Sinne der von der Belegschaft selbst entschiedenen Konfliktform notwendig waren. Ob die durch die Bewegung initiierten Lernprozesse im Sinne einer neuen Gewerkschaftsbewegung auf breiterer Basis vollzogen werden, ob die herrschende politische Kultur beeinflusst wird und ob die neuen politischen Paradigmen die alten ergänzen oder verdrängen werden, hängt einerseits vom Willen der Gewerkschaftsbürokratie<sup>9</sup> ab, diese Erfahrungen zu internalisieren und daraus zu lernen. Andererseits hängt es von der zukünftigen kollektiven Praxis ab, welche die Macht- und Kräfteverhältnisse zu beeinflussen vermag.

### Literatur

- Amenta, Edwin und Neal Caren (2004). The Legistaltive, Organizational, and Beneficiary Consequences of State-Oriented Challengers. In: David A. Snow, Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (ed.). *The Blackwell companion to social movements*. Malden: Blackwell, 461–488.
- Baccaro, Lucio (2008). Labour, Globalizaiton and Inequality: Are Trade unions Still Redistributive? In: *International Institute for Labour Studies*. Discussion Paper/192/2008.
- Boillat, Valérie, Bernard Degen, Elisabeth Joris, Stefan Keller, Albert Tanner und Rolf Zimmermann (Hg.) (2006). *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Bundesamt für Statistik (BfS) (o.J.). *Public Use Samples*. Zugriff am 14.12.2009 auf [www.portal-stat.admin.ch/pus/files/index\\_d.html](http://www.portal-stat.admin.ch/pus/files/index_d.html).
- Bundesamt für Statistik (BfS) (2007). Nationalratswahlen 2007. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971. Zugriff am 14.12.2009 auf [www.portal-stat.admin.ch/nrw07/docs/016-0701.pdf](http://www.portal-stat.admin.ch/nrw07/docs/016-0701.pdf).
- Bundesamt für Statistik (BfS) (2009). *Regionale Disparitäten in der Schweiz. Schlüsselindikatoren*. Zugriff am 14.12.2009 auf [www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.126190.pdf](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.126190.pdf).
- Del Don, Alan und Simone Berti (2008). I trentatré giorni che hanno unito il Ticino. In: Rossi, Gabriele et al. (Hg.). *Giù le mani dalle Officine*. Bellinzona/Pregassona: Edizioni Salvioni/Fontana, 61 – 128.
- Demirovic, Alex (1987). *Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung*. Berlin.

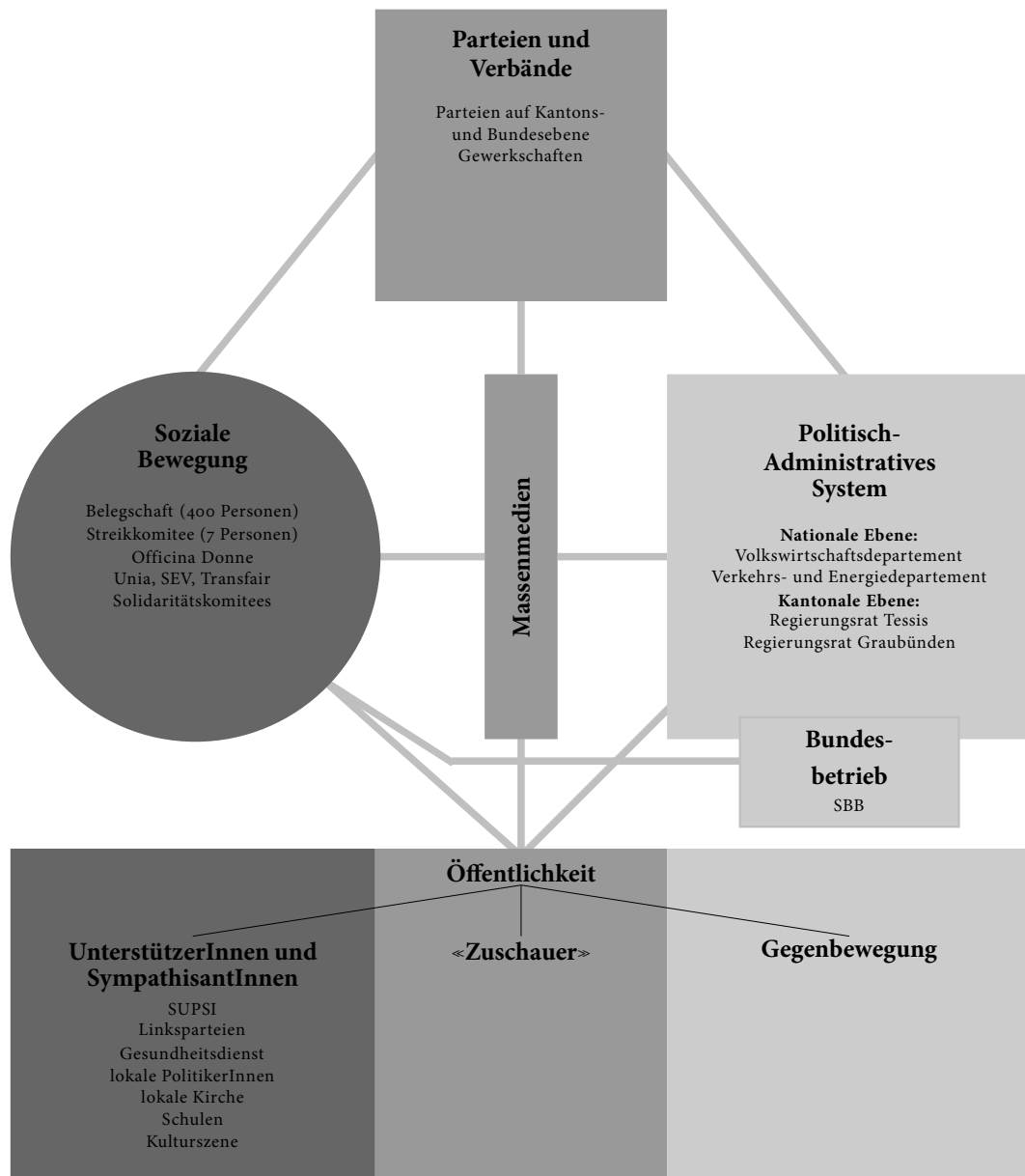
---

<sup>9</sup> Wie Müller-Jentsch unterstreicht, befinden sich Gewerkschaften stets in einem internen Dilemma zwischen Bürokratie und Demokratie, also einer „Spannung zwischen dem Zwang zur Einheitlichkeit des Handelns und der Notwendigkeit, die Mitglieder an der Willensbildung und Entscheidungsfindung partizipieren zu lassen.“ (Müller-Jentsch 1997:139). Die Bewegung 'giù le mani dall'Officina' hat dieses Dilemma durch ihre Selbstorganisation und Autonomie mehrheitlich überwinden können.

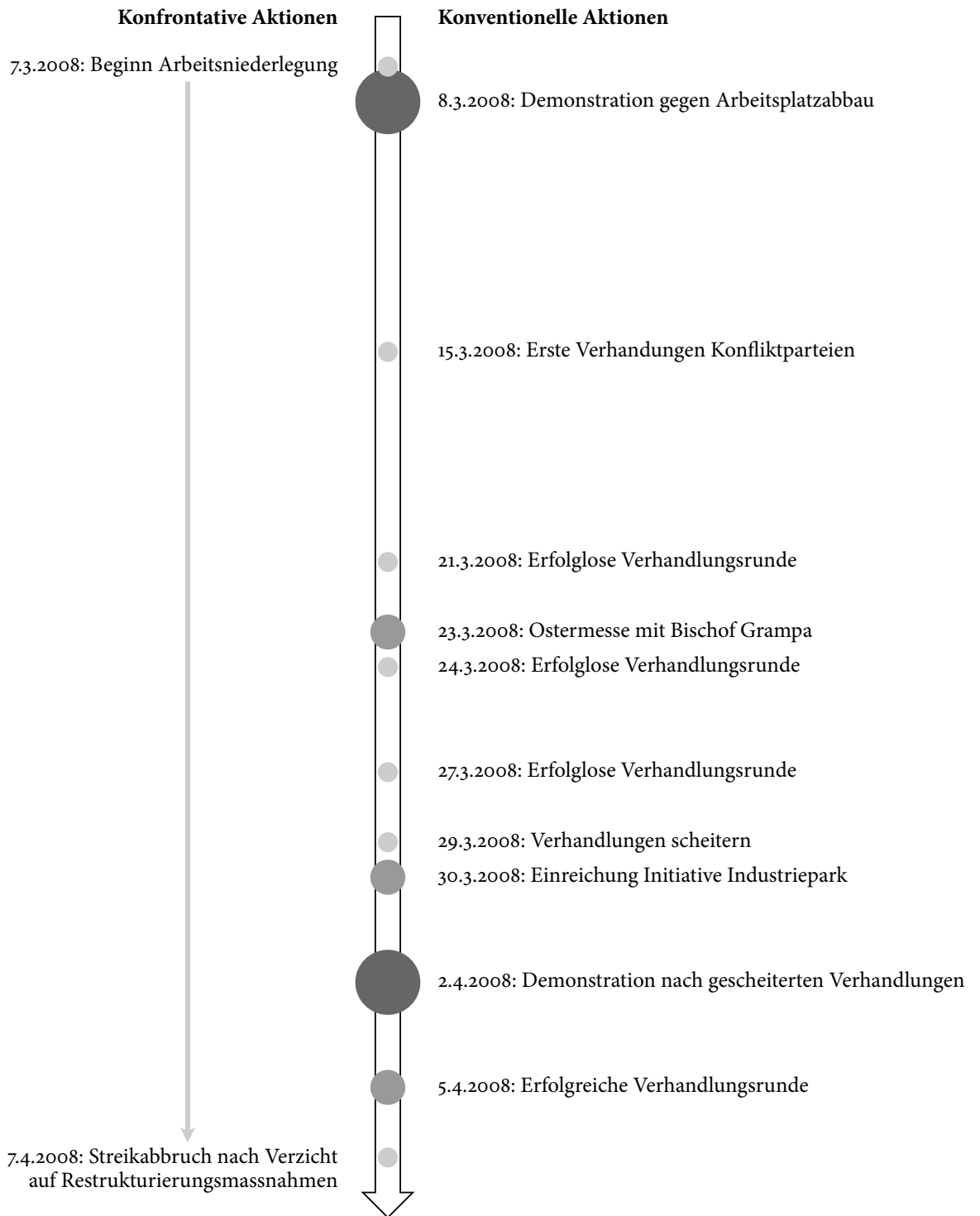
- Epple, Rudolf (1995). Netzwerke sozialer Bewegungen und ihr Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 21(1), 39–60.
- Epple, Rudolf (1998). *Bewegung im Übergang. Zur Geschichte der Politik im Kanton Basel-Landschaft 1890-1990*. Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Foglio Ufficiale (2008). Nummer 27, 1. April 2008.
- Frizzo, Gianni (2009). *Interview vom 13. November 2009* in der Casa del Popolo in Bellinzona.
- Gschwend, Hanspeter (2008). *Streik in Bellinzona – ein Kanton revoltiert*. Frauenfeld: Verlag Huber.
- Guerra, Stefano (2008). Le Officine di Bellinzona, ultima ruota del carr(g)o. In: Rossi, Gabriele et al (Hg.). *Giù le mani dalle Officine*. Bellinzona/Pregassona: Edizioni Salvioni/Fontana, 45 – 60.
- Guevara, Ernesto (2006) [1967]. *Le socialisme et l'homme*. Ecrits politiques. Bruxelles: Editions aden.
- Jahanbakschi, Soheila (2009). *Der Bellinzona-Frame*. Eingereicht im Dezember 2009 am Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg.
- Labournet (2009). *Betriebsbesetzung bei INNSE in Milano*. Zugriff am 11. Januar 2010 auf [www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html](http://www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html).
- Loetscher, Petra (2009). *Officine Bellinzona – Kontext*. Eingereicht am 14. Dezember 2009 am Lehrstuhl Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg.
- Marcacci, Marco (2008). L'Officina del popolo. In: Rossi, Gabriele et al. (Hg.). *Giù le mani dalle Officine*. Bellinzona/Pregassona: Edizioni Salvioni/Fontana, 129 – 142.
- Müller-Jentsch, Walter (1997). *Soziologie der Industriellen Beziehungen. Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Müller-Jentsch, Walter (2006). Kapitalismus ohne Gewerkschaften? In: Brinkmann, Ulrich, Karoline Krenn und Sebastian Schief (Hg.). *Endspiel des Kooperativen Kapitalismus? Institutioneller Wandel unter den Bedingungen des marktzentrierten Paradigmas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Officine (2008a). *Wir schaffen eine, zwei, hundert Officine! Für eine gewerkschaftliche Bewegung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*. Zugriff am 12. Oktober 2009 auf [www.officine.unia.ch](http://www.officine.unia.ch).
- Officine (2008b). *Appell zur Solidarität*. Zugriff am 4. Januar 2009 auf [www.officine.unia.ch/Solidaritaetsappell.2852.0.html](http://www.officine.unia.ch/Solidaritaetsappell.2852.0.html).
- Officine (2009). *Widerstand am Arbeitsplatz organisieren*. Zugriff am 12. Oktober 2009 auf [www.suisse.attac.org](http://www.suisse.attac.org).
- Oesch, Daniel (2006). *Weniger Koordination, mehr Markt? Kollektive Arbeitsbeziehungen und Neokorporatismus in der Schweiz seit 1990*. Beitrag für den Workshop „Politische Ökonomie“ der Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Balsthal, 2./3.11.2006.

- Pelizzari, Alessandro und Sebastian Schief (2007). *Between Integration and Illusion – Corporatism in Switzerland*. Fribourg.
- Pronzini, Matteo (2009). *Interview vom 26. Oktober 2009* in der Unia Zentrale Bern.
- Rossi, Gabriele (2008). Un secolo e più delle Officine di Bellinzona. In: Rossi, Gabriele et al. (Hg.). *Giù le mani dalle Officine*. Bellinzona/Pregassona: Edizioni Salvioni/Fontana, 9 – 44.
- Schweizerischer Eisenbahnverband (SEV) (2009). *Resolution zu den Pensionskassen SBB und ASCOOP. Kongress 2009*. Zugriff am 11. Januar 2010 auf [www.sev-online.ch/de/dersev/kongress/resolution\\_pk\\_ascoop\\_2009.php](http://www.sev-online.ch/de/dersev/kongress/resolution_pk_ascoop_2009.php).
- Snow, David A. (2004). Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements*. Malden: Blackwell, 381-412.
- Snow, David A. und Robert, Benford (2000). Framing processes and social movements: An overview and assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611 – 639.
- Steiner, Matthias (2009). *Interaktionen und Aktionsformen des Komitees «Giù le mani dall'Officina» der SBB-Werkstätte Bellinzona 2000-2009*. Eingereicht am 27. Dezember 2009 am Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg.
- Thomann, Rainer (2009). Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf. Eine Studie aktueller Beispiele. Zürich.
- Trescher, Corinne (2009). *Bewegung „Giù le mani dalle Officine“: Organisationsform und Netzwerk*. Eingereicht im Dezember 2009 am Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg.
- Tyler, Verta und Nella Van Dyke (2004). Get up, Stand up: Tactical Repertoires of Social Movements. In : Snow, David, Sarah Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.). *The Blackwell companion to social movements*. Malden: Blackwell, 262-293.





Grafik 1: Akteure im Umfeld von «Giù le mani dall'Officina» (nach Rucht 2004:201).



Grafik 2: Aktionen von «Giù le mani dall'Officina» auf der Zeitachse.  
Die Kreise geben grob die Anzahl der Beteiligten an.

*„Neben Räumen braucht die Kultur in erster Linie ein geistiges Klima, das anregt, das herausfordert, das Bilder und Vorstellungen provoziert“ (Aktion Freiraum 2007).*

## **Luzern: Aktion Freiraum**

Tanja Klöti, Universität Fribourg

Am 13. November 2009 versammeln sich über 400 Personen vor dem Luzerner Theater, um gegen das neue Projekt der Hochkultur „Salle modulable“ zu protestieren. Sie bringen damit eine Haltung zum Ausdruck, welche die ganze alternative und freie Kulturszene Luzerns repräsentiert: Es zeugt von einem kulturpolitischen Fehlentscheid der Stadtregierung, sich für die etablierte Kultur mit grosszügigen Zugeständnissen zu engagieren, und währenddessen die Alternativkultur links liegen zu lassen. Am Projekt „Salle modulable“ entzündet sich deshalb ein neuer Funke für den Kampf der Alternativkultur für mehr Anerkennung, um mit einer brandaktuellen Entwicklung auf die kulturpolitischen Missstände aufmerksam zu machen (Forum freies Theater Luzern 2009). Diesen Funken will die Aktion Freiraum (AF), die einer der wichtigsten Repräsentanten der alternativen Kulturszene Luzerns darstellt, für eine erneute Kulturraumoffensive aufnehmen und ihren über zweijährigen Kampf für mehr kulturelle Freiräume und ein Kulturverständnis ausserhalb des Konformdenkens gemeinsam mit den von der aktuellen Entwicklung betroffenen Kulturschaffenden intensivieren. Dass sich die vorliegende Arbeit gerade zu diesem brisanten Zeitpunkt mit der AF auseinandersetzt, ist zwar Zufall, aber eine ideale Voraussetzung, um an diesem Wendepunkt auf die Dynamik dieser sozialen Bewegung zurückzublicken.

Die Geschichte der Bewegung AF beginnt mit der Schliessung des Kulturzentrums Boa in Luzern. Obwohl die Gründung der AF somit als Reaktion auf die Schliessung zu verstehen ist und sich immer wieder auf dieses Ereignis bezieht, entwickelt sie sich rasch zu einer unabhängigen und anerkannten Bewegung der alternativen Kulturszene. Dies gelingt ihr in erster Linie über zahlreiche Aktionen mit meist mehreren hundert Beteiligten im öffentlichen Raum der Stadt Luzern. Gleichzeitig polarisiert sie als Teil der alternativen Szene stark in Parlament, Regierung, Bevölkerung und Medien und entfaltet ihre Wirkung somit als Kristallisationspunkt für verschiedenste Debatten in der Kultur- und Stadtpolitik. Dieser Effekt zeigt sich beispielsweise in den zahlreichen Auseinandersetzungen der AF mit der Luzerner Polizei: Bei vielen der in der Chronologie erwähnten Aktionen ergaben sich Konfliktsituationen, die meist ohne gewalttätige Eingriffe jedweder Seite geklärt werden konnten. Eine Ausnahme stellt der erste Anlass der AF dar, die für die Bewegung eine zentrale Bedeutung hat.

Am 1. Dezember 2007, einen Monat nach der Schliessung des Kulturzentrums Boa, führte die AF eine unbewilligte Kundgebung in der Stadt Luzern durch. Im Vorfeld suchte die AF das Gespräch mit der Stadtverwaltung, erhielt jedoch keine Bewilligung für den Anlass am betreffenden Datum. Die Behörden begründeten ihren Entscheid mit der Tatsache, dass am selben Wochenende weitere Grossanlässe in Luzern geplant seien (Autor unbekannt 2007). Als sich um 20.00 Uhr ungefähr zweihundert Personen im „Vögeligärtli“ in Luzern versammelten, griff die Polizei ein und verhinderte die Kundgebung. Ähnlich intervenierte sie bei einem weiteren spontanen Umzug. Insgesamt wurden 245 Teilnehmende festgenommen und über Nacht in der provisorischen Haftstelle Sonnenberg festgehalten und verhört.

In einer Medienmitteilung kritisierte die AF die Polizei heftig: Sie warf ihr vor, dass die Verhaftungen zahlenmässig übertrieben sowie unverhältnismässig repressiv und die Behandlung der Verhafteten äusserst fragwürdig gewesen seien (AF 2007b). Insbesondere die mehrstündige Fesselung mit Kabelbindern, mehrere Leibesvisitationen ohne Bekleidung (Felder 2008) als auch die Aufnahme zahlreicher Daten, Fotografien und Filmaufnahmen standen im Zentrum der Kritik (StudentInnen für Grundrechte 2008). Ausserdem wertete die AF den Polizeieinsatz als Übung für mögliche Ausschreitungen bei der damals bevorstehenden Fussball-EM 2008 in der Schweiz an unbescholtenen Opfern. Aus diesen Gründen forderte die AF sowie linkspolitische Parteien eine externe Untersuchung der Vorfälle, die jedoch verweigert wurde. Die 54 eingegangenen Beschwerden von Betroffenen wurden ebenso abgelehnt (Felder 2008).

Bereits die erste Aktion macht deutlich, wie der Bewegung von den politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen wurde und auch in den weiteren Jahren wahrgenommen wird: Während rechtsbürgerliche Parteien, allen voran die Schweizerische Volkspartei (SVP) unterstützt von der Freisinnig-demokratische Partei (FDP), der AF gegenüber eine sehr kritische Haltung einnahm und die Verantwortung für die Ausschreitungen am 1. Dezember 2007 den Organisatoren der Kundgebung zuwies, sympathisierten linke Parteien, insbesondere die Jungsozialisten (JUSO) und das Grüne Bündnis (GB), mit den Forderungen der AF und kritisierten den Polizeieinsatz stark (Autor unbekannt 2008).

Im Rückblick auf diese Ereignisse ist festzuhalten, dass die politische Kundgebung durch die polizeilichen Auseinandersetzungen überschattet wurde und die inhaltlichen Forderungen der AF für mehr kulturelle Freiräume in den Hintergrund gedrängt wurden. Nichtsdestotrotz brachte die verhinderte Protestaktion und vor allem die massive Kritik am Polizeieinsatz starke öffentliche Aufmerksamkeit und unterstützte die noch junge Bewegung darin, für ihre weiteren Aktionen Sympathisanten auch aus anderen Kreisen (StudentInnen, Parteien, autonome Szene) zu mobilisieren. So treten diese Begebenheiten mehrmalig als Anknüpfungspunkt für weitere Aktionen der Bewegung auf.

## Chronologie

4. November 2007 Das Kulturzentrum Boa wird definitiv geschlossen.
1. Dezember 2007 Nachdem die Aktion Freiraum eine unbewilligte Kundgebung für kulturelle Freiräume in Luzern veranstaltet, werden 245 von 800 Beteiligten von der Polizei Luzern festgenommen und verhört. Die Aktion Freiraum reicht ein Gesuch für eine weitere Demonstration am 15. Dezember ein. Diese Demo folgt dem Motto eines „friedlichen Strassenfestes“.
15. Dezember 2007 An einer von der Aktion Freiraum organisierten bewilligten Demonstration in Form eines friedlichen Abendspaziergangs für mehr kulturelle Freiräume nahmen mehrere hundert Personen teil.
4. Februar 2008 Die Aktion Freiraum nimmt an der von der Interessengemeinschaft IG Kultur organisierten Diskussionsrunde teil. Die IG Kultur bietet sich als Vermittlerin zwischen der Stadt Luzern und der Aktion Freiraum an und bekennt sich in einem offiziellen Schreiben zur Forderung nach kulturellen Freiräumen in der Stadt Luzern.
16. Februar 2008 Die Aktion Freiraum veranstaltet unter dem Motto „Kultur braucht Platz“ ein zweitägiges Fest auf dem Vögeliplatz in Luzern. Über 1000 Personen besuchten das Freiraum Festival.
26. Februar 2008 Die Aktion Freiraum nimmt am Kulturrapport der Stadt Luzern teil, an welchem kulturpolitische Themen diskutiert werden. Die Aktion Freiraum fordert mehr Bereitschaft der Stadt, sich für die Alternativkultur einzusetzen.
13. April 2008 In der ehemaligen Unions-Druckerei an der Kellerstrasse 4 in Luzern fand ein Festival der Aktion Freiraum mit 800 bis 1000 Besuchern statt.
4. August 2008 Die Aktion Freiraum hängt in der Stadt Luzern mehrere Transparente an exponierten Orten auf. Damit will sie auf die Raumnot der alternativen Kulturszene hinweisen.
8. August 2008 Die Aktion Freiraum veranstaltet auf der Luzerner Allmend ein alternatives Kulturfestival mit dem Namen „Farbige Festung“. Es nehmen ungefähr 1000 Personen teil.
7. November 2008 Das Kulturzentrum Südpol, das als Ersatz des Kulturzentrums Boa gedacht ist, wird mit einem dreitägigen Fest eröffnet. Es beherbergt Probe- und Aufführungsräume. Die Aktion Freiraum kritisiert an der Neueröffnung den Verlust der Selbstverwaltung durch die Benutzenden, weil das Kulturzentrum Südpol von einer Leitung gesteuert wird.
1. Dezember 2008 Mitglieder der Aktion Freiraum machen mit einer friedlichen Protestaktion auf die Massenverhaftungen vor einem Jahr aufmerksam. Die Aktion Freiraum fordert weiterhin eine externe Untersuchung der Verhaftungen.

20. Januar 2009	Die Aktion Freiraum gründet den „Verein Kulturraum“, um die Verhandlungen mit der Stadt um mögliche Räumlichkeiten für ein neues alternatives Kulturzentrum zu erleichtern.
1. Dezember 2009	Der „Verein Kulturraum“ löst sich aufgrund der gescheiterten Verhandlungen auf. Die Aktion Freiraum ruft zu einer erneuten Kulturraumoffensive auf und kündigt weitere Protestaktionen an.
31. Dezember 2009	Die Aktion Freiraum veranstaltet in den leerstehenden Räumlichkeiten des Viscose-Areals einen alternativen Silvester für mehr kulturelle Freiräume, an welchem 600 Personen teilnahmen.
Quellen:	Homepage der Aktion Freiraum. Internetseite. Zugriff am 11.12.2009 auf <a href="http://www.aktionfreiraum.ch">www.aktionfreiraum.ch</a> . LexisNexis University (2009). Zeitschriftenartikel. Zugriff am 15.10.2009 auf: <a href="http://www.lexisnexis.de/e-solutions/KSH/de/index.html">http://www.lexisnexis.de/e-solutions/KSH/de/index.html</a>

### **Kontext: Historische, politische und soziale Hintergründe**

Als die Stadt Luzern 1984 die ehemalige Fabrikanlage der Metallschlauchfabrik Boa AG erwarb, begann der Streit zwischen dem städtischen Kleingewerbe und die Kulturszene um die Nutzungsrechte. Zu diesem Zeitpunkt herrschte in der Stadt Luzern eine vergleichsweise grosse Raumnot für Kulturschaffende: In anderen Schweizer Städten hatte die Kulturszene geeignete Areale für die Nutzung erkämpft, so zum Beispiel die Rote Fabrik in Zürich. In der Stadt Luzern hingegen fehlte es an Übungs- und Veranstaltungsorten für alle Sparten. Mit der Idee, das Boa-Gelände zum Kulturzentrum auszubauen, liess sich nun insbesondere die alternative Kulturszene mobilisieren und die Raumfrage wurde offen diskutiert.

Innert einiger Jahre gelang es, die Stadtregierung und Bevölkerung vom neuen Kulturstandort zu überzeugen und die Boa wurde in Betrieb genommen. Die erfolgreiche Nutzung der Fabrikhalle als Kulturzentrum erhielt jedoch mit der Umzonung des benachbarten Areals in eine Wohn- und Geschäftszone im Jahre 1998 einen herben Rückschlag. Die darauf folgenden Auseinandersetzungen mit der Anwohnerschaft sowie die Finanzierungsprobleme des Kulturzentrums diskreditierten den Standort und ihre Betreiber immer mehr, bis sich die Stimmung mit dem Nein zur Lärmsanierung der Boa an der Urne am 18. Mai 2003 gänzlich kehrte: Für die Stadtverwaltung wurde klar, dass sie den Boa-Standort langfristig nicht mehr halten konnte. Während monatelanger Diskussionen wurde der Nutzungsvertrag mit den Boa-Betreibern viermal mündlich verlängert, bis im November 2007 das Kulturzentrum definitiv geschlossen wurde (Carcano, Erpen und Hodel 2008).

#### *Alternativkultur in Luzern: Der Kulturkompromiss*

„Eine Kulturstadt braucht breite und lebendige Kulturszenen, die widerspenstig, unreglementiert, kritisch, aufmüpfig und anarchisch sind. Diese

---

Szenen machen den Nährboden des kulturellen Lebens aus“ (Stadt Luzern, Abteilung Kultur 2001:35).

Dieses Zitat aus dem Kulturstandortsbericht Luzern zeugt von einer anspruchsvollen Herausforderung, der sich die Stadt Luzern in der Zusammenarbeit mit der Luzerner Kulturszene stellte. Gemäss dem Bericht sollten unter anderem junge Kulturschaffende und kleinere Kulturbetriebe zusätzliche Mittel erhalten und die Kulturproduktion gegenüber dem Kulturkonsum stärker unterstützt werden. Inwiefern es der Stadt Luzern seitdem gelungen ist, Infrastruktur und finanzielle Mittel für alternative Kulturformen und -sparten bereit zu stellen, soll an dieser Stelle anhand des Diskurses rund um das Kulturzentrum Boa und den Kulturwerkplatz Südpol illustriert werden. Diese Analyse gestattet einen Einblick in die Debatte zur alternativen Kulturszene der Stadt Luzern und ermöglicht weiteres Verständnis für die äusseren Zusammenhänge der AF.<sup>1</sup>

Am Beispiel der Geschichte des Kulturzentrums Boa lässt sich aufzeigen, dass Meinungen unterschiedlichster Akteure gegenüber der Luzernischen Alternativkultur von Ambivalenz geprägt war: Das Nein der Stadtbevölkerung zur Lärmsanierung des Kulturzentrums bei der Abstimmung vom 18. Mai 2003, die Ablehnung der Initiative „Ja zu Boa“ durch die Stadtregierung 2006, weiter die phasenweise massiven Einschränkungen des Kulturbetriebs der Boa ab Juni 2007 und endlich die Schliessung des Kulturzentrums ohne eigentliche Alternative – diese Ereignisse wurden von den Interessenvertretern auf Seiten der Boa als klare Absage an die Alternativkultur in Luzern gewertet (AF 2007a). Die zentrale Bedeutung des Kulturzentrums Boa für alternative Kulturschaffende lag in seiner Rolle beim Kulturkompromiss zwischen der etablierten und der nicht-etablierten, freien Kulturszene in Luzern, durch den die Eröffnung der Boa 1988 erkämpft worden war. Dieser Kulturkompromiss basierte auf einer Studie von Nicolas G. Hayek (1988) mit dem Titel „Konzeptioneller Beitrag zur Optimierung der Bereitstellung von Kulturräumen“. Dieser Bericht analysierte die Situation für die Luzerner Kulturszene und empfahl einerseits den Bau eines neuen Kunst- und Kongresshauses Luzern (KKL). Andererseits trug er dem Umstand Rechnung, dass eine aktive alternative Kulturszene in der Stadt existierte, und schlug deshalb vor, schnellstmöglich die Boa-Liegenschaft als langfristige Infrastruktur für die Alternativkultur zu erschliessen (Hayek Engineering AG 1988). Die Zustimmung der Stadtbevölkerung 1989 zum Kulturraumkonzept der Stadt Luzern besiegelte dieses Vorhaben und war Geburtsstunde für den Kulturkompromiss. Der darauf folgende Kampf um die Boa ist vor diesem Hintergrund auch als Verteilungskampf um Geld und Raum zwischen etablierter und alternativen Kultur zu verstehen. Obwohl die Stadt stets bemüht war, den Kulturkompromiss zu verteidigen, indem sie mehrmalig

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte der alternativen Szene in Luzern siehe Portmann, Meier und Iglesias (2008), Kapitel 2.4.

den Kulturbetrieb verlängerte und zusätzliche Gelder versprach, gelang es ihr nicht, sich gegen das politische Klima in Parlament und Bevölkerung durchzusetzen, was schliesslich zum Bruch mit den Interessen der Boa führte.

Dass der Kulturfrieden durch die Eröffnung des neuen Kulturwerkplatzes Luzern-Süd mit dem Namen „Südpol“, der als Ersatz für die Boa gedacht war, wieder hergestellt worden sei, wird von gewissen Vertretern der Alternativkultur bestritten. Die Stadtregierung wollte zwar weiterhin hinter dem Kulturkompromiss stehen, weshalb im gleichen Zuge mit der Errichtung eines neuen Kulturwerkplatzes auch die Subventionsbeiträge für die Alternativkultur von 200'000 auf 600'000 Franken erhöht werden sollten (Schneider 2005). Das neue Kulturzentrum sollte nebst den Räumen für die Musikschule, dem Luzerner Theater, dem Luzerner Sinfonieorchester und der Brassband Bürgermusik auch Freiräume für die Alternativkultur und Proberäume für Lokalmusikerinnen und -musiker beherbergen. Die Interessengemeinschaft Kulturraum (IKU) Boa konnte sich jedoch nie so richtig für den angeblichen Ersatz erwärmen und befürchtete eine starke Vernachlässigung der Alternativkultur. In der Ausgabe des Kulturmagazins vom Juni 2007 war nachzulesen, welche konkreten und ideellen Einwände gebracht wurden: Da das neue Kulturzentrum von den Behörden geplant und einer Leitung unterstellt werden sollte, war es nicht mit dem unabhängigen und selbstverwalteten Betrieb der Boa zu vergleichen. Ausserdem schien sich der Kulturwerkplatz mehrheitlich an einer mittleren anstelle einer jungen Generation zu orientieren. Schliesslich konnte nicht mehr davon ausgegangen werden, dass im Südpol gesellschaftskritische und politische Veranstaltungen, wie sie es in der Boa gegeben hatte, angeboten würden (Burki und Fellmann 2007). Die Idee einer politisch aktiven, autonomen und experimentellen Alternativkultur fand ihrer Meinung nach im neuen Südpol keinen Platz mehr.

Obwohl der neue Kulturwerkplatz also nicht als Ersatz für die Boa gelten konnte, wurde es von anderen Vertretern der alternativen Kulturszene, wie zum Beispiel das Forum Freies Theater Luzern, zwar skeptisch, aber grundsätzlich positiv wahrgenommen (Bossart 2005). Sie zeigten sich gegenüber der Stadtregierung als gesprächsbereit und wollten das neue Kulturzentrum aktiv mitgestalten. Mögliche Einschränkungen bezüglich Selbstbestimmung und Unabhängigkeit nahmen sie für professionell ausgestattete Probe- und Aufführungsorte und finanzielle Sicherheit in Kauf. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Vorstellungen über die Bedeutung eines alternativen Kulturzentrums keinesfalls zwischen allen Beteiligten übereinstimmten. Das Kulturmagazin schreibt dazu treffend:

„Unsere Boa? Die gab und gibt es nicht – das Kulturzentrum für die nicht-etablierte Kultur (...) bedeutete allen etwas anderes, war Symbol und Projektionsfläche für Lebenshaltungen, Kulturideen, Visionen oder Ideologien“ (Kulturmagazin 2007).



Die politische Debatte rund um den neuen Kulturwerkplatz hatte vor allem einen Aufhänger: Soll die Stadt Luzern Alternativkultur unterstützen? Die rechtsbürgerlichen Parteien SVP und Chance 21 lehnten das Projekt Südpol ab und kritisierten insbesondere die geplante Ressourcenaufwendung in Raum und Geld für die Alternativkultur. Sie ordneten alternative Kulturschaffende der linksextremen Szene zu und fanden es deshalb nicht legitim, für solche Personen Mittel aufzuwenden. Demgegenüber standen FDP, Christlich-demokratische Volkspartei (CVP), Sozialdemokratische Partei (SP) und das GB hinter dem neuen Kulturzentrum und forderten insbesondere eine faire Kulturpolitik, die verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird (Bühler 2005; Schneider 2005).

Am 12. Februar 2006 wurde die Vorlage zum neuen Kulturwerkplatz mit 64% der Stimmen von der Stadtbevölkerung angenommen. Im dazugehörigen Kommentar in der Neuen Luzerner Zeitung schrieb Daniela Bühler: „Das Ja zum Kulturwerkplatz ist auch eines zur Alternativkultur. Es auch als Ja zur Boa auszulegen, ist hingegen ein Fehlschluss“ (Bühler, 2006, Seite unbekannt). Dass sie Recht behielt, zeigte sich im Grossen Stadtrat einen Monat später, als die noch laufende Initiative „Ja zur Boa“ mit Stichentscheid abgelehnt wurde (Schneider 2006). Seit der Schliessung der Boa steht die Frage nach einem neuen autonomen Kulturzentrum für Alternativkultur im Raum.

### *Hüllen ohne Inhalte*

„Man sorgte sich um die Hüllen, aber nicht um die Inhalte.“

Dieses Zitat von Thomas Kurmann, damaliger Boa-Copräsident im Interview mit Vertretern der Interessengemeinschaft (IG) Kultur sowie des Konzertveranstaltungsortes „Schüür“ (Bischof 2000: Seite unbekannt), zeugt von einem Muster, das in der Luzerner Kulturpolitik in der Vergangenheit mehrmals Gegenstand der Kritik war. Um diesen Umstand zu verstehen und weitere Einsichten in die AF zu erhalten, ist es angezeigt, den Kontext der Luzerner Kulturpolitik zu beleuchten und als erstes zur so genannten Kulturraumoffensive der 1990er Jahre zurückzukehren. Im Zeitraum zwischen 1988 und 2001 errichtete die Stadt Luzern für rund 153 Millionen Franken aufsehenerregende Kulturraumbauten. An erster Stelle kamen diese Mittel dem neuen KKL, der Boa, dem Konzerthaus Schüür, sowie dem Luzerner Theater und dem Bourbaki-Gebäude mit Kino, Bibliothek und Museum zugute. Der Kulturstandort der Stadt Luzern (2001) bezeichnete das Produkt dieser Investitionen in kulturelle Infrastruktur als gelungen: „Eine Vielzahl von Bedürfnissen konnte befriedigt werden, der erwartete Zuspruch auf Seiten des Publikums blieb nicht aus und mehrere Kulturbetriebe können heute auf eine wesentlich verbesserte Infrastruktur zählen“ (Stadt Luzern, Abteilung Kultur 2001:16). Im selben Kapitel attestierte der Bericht aber auch neu geschaffene Herausforderung, diese räumlichen Voraussetzungen auch zu nut-

zen: „Die Stadt Luzern ist in der Pflicht, eine ebenso wegweisende Kulturpolitik zur Förderung der kulturellen Inhalte zu betreiben, wie sie es erfolgreich bei der Erstellung der Kulturräume gemacht hat“ (Stadt Luzern, Abteilung Kultur 2001:14). Diesem Anspruch gerecht zu werden, schien sich jedoch angesichts der hohen getätigten Investitionen der letzten Jahre und des im Jahre 2000 beschlossenen Kulturmoratoriums zur Einschränkung der Kulturausgaben zur entscheidenden Hürde in der Luzerner Kulturpolitik zu entwickeln. Aufgrund der erhöhten Miet- und Unterhaltskosten in den neuen Räumlichkeiten sowie des vermehrt kulturkritischen Diskurses wurde es für die gesamte Kulturszene schwierig, entsprechend den neuen Örtlichkeiten ein Programm auf hohem Niveau anzubieten und gleichzeitig die hohen Ausgaben zu decken. Deshalb schien sich der Trend durchzusetzen, in erster Linie diejenige Kultur zu zeigen und zu subventionieren, die hohe Publikumszahlen und Umsatz garantierten (Bischof 2001). Umso stärker litten gemäss den Kritikern die künstlerische Freiheit und die Möglichkeit, alternative Kulturformen zu präsentieren. Auch wenn also mit der Kulturraumoffensive ein offenes Bekenntnis zum Kulturstandort Luzern abgelegt wurde, schien die Stadt bei der Nutzung dieser Räume kein Risiko mehr eingehen zu wollen. „Kulturpolitische Fragen wurden weggeschwiegen, gesellschaftliche Konflikte nicht ausgetragen“ (Bueller 1999), so die politische Sicht der freien Künstlerinnen und Künstler, die eine konkrete Auseinandersetzung mit den Kulturschaffenden und ihren Bedürfnissen forderte.

Vor diesem Hintergrund lancierte die IG Kultur die Volksmotion „In die Kultur investieren“ und verlangte „vom Stadtrat eine innovative Kulturpolitik und die Aufhebung des Moratoriums für Kulturausgaben“ (Bossart Pa. 2001a:o.S.). Insbesondere forderten sie eine bedürfnisgerechte Erhöhung der Betriebsbeiträge vor allem für Institutionen mit geringen finanziellen Mitteln, um in den geschaffenen Kulturräumen ein qualitativ hochstehendes Programm zu ermöglichen (Bossart Pa. 2001a). Der Wille, diesem Kulturbedürfnis gerecht zu werden, zeigte die Stadt in erster Linie in ihrer Diskussionsbereitschaft,<sup>2</sup> die konkreten finanziellen Beiträge beliefen sich aber weiterhin unterhalb der Erwartungen der Kulturszene (Bossart Pa. 2001b). Die Höhe der Kulturausgaben ist als Kompromiss zwischen den rechtsbürgerlichen und den Mitte- und Linksparteien zu betrachten: Während nämlich die SVP gegen die Erhöhung jedweder Ausgaben plädierte, forderten SP und Grüne insbesondere für nicht etablierte Kulturstandorte eine massive Beitragserhöhung (Bossart Pa. 2002).

Seit der Kulturraumoffensive der 1990er Jahren haben sowohl etablierte Kulturhäuser wie auch alternative Kulturzentren in der Stadt Luzern am finanziellen Limit gewirtschaftet. Dies zeigen die Abstimmungen über die Finanzierung einzelner kultu-

---

<sup>2</sup> Siehe dazu zum Beispiel die Kulturdebatte im Kleintheater Luzern, Bossart Pa., 2002.

reller Aushängeschilder Luzerns wie des KKL oder der Boa.<sup>3</sup> Zwar entwickelten sich die beiden Projekte in völlig unterschiedliche Richtungen, hatten ihren Ursprung aber in derselben kulturpolitischen Offensive und hatten dementsprechend mit ähnlichen strukturbedingten Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie waren geprägt von grossen Visionen über die Kulturstadt Luzern – die konkrete Umsetzung dieser Visionen haderte jedoch mit den unterschiedlichen Vorstellungen darüber, was die Kultur der Stadt im Gegenzug zu bieten hatte. Der Verteilungskampf zwischen den einzelnen Kulturproduzenten mit seinen Gewinnern und Verlierern kann somit als Teil der langfristigen – oder aber kurzfristigen – kulturpolitischen Ausrichtung von Luzern gewertet werden.

### *Die Stadt im Gleichgewicht?*

Anfangs des 1990er Jahre entschied sich die Stadt Luzern dazu, in der Stadtentwicklung neue politische Wege zu gehen: Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Wirtschaftsstandort der Stadt zu stärken, lancierte sie mit zukunftsgerichteten Planungsvorhaben die Debatte rund um die Städteplanung neu (Bossart 2001). Mit Fokus auf wirtschaftliche Aspekte der Stadtentwicklung wurde 2003 im Auftrag des Stadtrates der Masterplan zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Luzern erarbeitet. Ausgehend von einem attestierten Wachstumsproblem der Zentralschweizerischen Wirtschaft richteten sich die wichtigsten Massnahmen auf die Tourismusförderung mit neuem Standbein im Bereich Wellness und Gesundheit (Hanser, Goetz und Schmid 2003). Entsprechend den vielen kritischen Rückmeldungen zum Masterplan, die in erster Linie auf die fehlende Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der ansässigen Wohnbevölkerung zielten (Schneider 2004), favorisierte der Stadtrat bei der Vergabe des Rahmenkredits in der Höhe von 800'000 Schweizer Franken neben möglichen Gewerbearealen auch Projekte, welche die Lebensqualität in den Quartieren und den öffentlichen Plätzen verbessern sollten (Bossart 2004).<sup>4</sup>

Anlässlich der 2006 eingeleiteten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung öffneten sich für die Stadtplaner von Luzern die Perspektive auf eine gesamtstädtische Entwicklung. Unter dem Titel „Luzern 2022“ wurden drei Architekturteams beauftragt, mittels dreidimensionalen Zukunftsbildern futuristische Visionen der zukünftigen Stadt Luzern zu entwerfen. Basierend auf den drei Szenarien „Luzern als Tourismusstadt“, „Luzern als Wohnstadt“ für in Zürich Beschäftigte oder „Luzern als Gross-

---

<sup>3</sup> Am 30.11.2003 bejahte das Luzerner Stimmvolk, dem KKL mit 18 Millionen Franken aus der Schuldenkrise zu helfen, am 18. Mai im selben Jahr lehnte es jedoch den 2-Millionen-Kredits für eine Lärmsanierung der Boa ab und transportierte das Kulturzentrum damit noch weiter ins Abseits.

<sup>4</sup> Das Projekt BaBel, welches sich zum Vorzeigeprojekt für nachhaltige Quartierentwicklung hervortat (Weigel 2009a), oder der Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof und Umgebung sind Projekte, welche mit der oben genannten Kreditsprechung der Stadt lanciert wurden.

stadt“ und Hauptstadt der Zentralschweiz (Stadt Luzern, Abteilung Baudirektion 2007) entstand eine rege öffentliche Diskussion über die Zukunft der Stadt. Die Szenarien der Stadt sowie die visionären Bauprojekte der Architekten lösten bei der Bevölkerung jedoch eher Erschrecken und Zurückhaltung aus (Schneider 2007; Keune 2008). Nach mehreren öffentlichen Diskussionsveranstaltungen wurde klar: „Es gibt kein Golfhotel auf dem Dietschiberg und keine Wohnhäuser mitten im Gütschwald“ (Schneider 2008).

Die kulturelle Antwort auf die Stadtplanung der Stadtregierung lieferte die „Vision D“: Diese Interessengemeinschaft bestand aus einem breit abgestützten Zusammenschluss von kulturellen und stadtplanerischen Organisationen;<sup>5</sup> auch die AF gehörte diesem Komitee an. Dieses kritisierte die Orientierung der drei Szenarien am Standortwettbewerb und Wirtschaftswachstum, und nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Vision D legte in ihrem vierten Alternativszenario deshalb den Fokus auf die Frage nach „Freiräumen als atmosphärische und räumliche Anreize, für Kultur, Leben, Arbeit und Kreativität“ (Flyer „Vision D“ 2008). Trotz namhafter Teilnahme an ihren Aktionstagen und der breit gefächerten Teilnehmerorganisationen erlangte die Vision D bei der Stadtregierung keinerlei Aufmerksamkeit. Im Gegenteil: Nicht nur die Boa, die aufgrund ihrer Unverträglichkeit für die umliegende Wohnzone geschlossen wurde, auch andere Kulturbetriebe mussten sich der Priorität attraktiver Wohn- und Arbeitsflächen im mittleren bis hohen Preissegment unterordnen. So verlor beispielsweise die Werkstatt für Theater wegen einer Loftüberbauung ihr Lokal (Bugmann 2005) und erst vor kurzem wurde bekannt, dass die Frigorex-Halle mit kulturellen Einrichtungen wie das Théâtre la Fourmi, das Vasco da Gama und die Kunsthalle einem sechsstöckigen Neubau weichen muss (Autor unbekannt 2009). Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der Wohnbaupolitik der Stadt abzulesen: Mit der sogenannten Wohnbauoffensive wurden Eigentums- und Luxuswohnungen gebaut (Bühler 2005), während gleichzeitig bezahlbare und attraktive Wohnungen für einkommensschwache Personen fehlten.<sup>6</sup> Schliesslich lässt sich auch die Diskussion rund um den öffentlichen Raum in diesem Zusammenhang sehen: Mit der Annahme des umstrittenen Wegweisungsartikels (20minuten 2009) wurde zum

---

<sup>5</sup> Bestehend aus den 15 Organisationen Schweizerischer Werkbund Ortsgruppe Innerschweiz, umverkehR, Das Kulturmagazin, Hochschule für Kunst und Design Luzern, IKU Boa, Kunstpanorama, Theatre La Fourmi, Radio 3fach, Gestaltungsschule Farbmühle, Produzentengalerie, Wohnwerk Luzern, Luzerner Spielleute, Street-Art, AF, Little Jig Records und B-Sides. Quelle: Flyer der Vision D auf [http://www.werkbund.ch/documents/vD\\_fly2.pdf](http://www.werkbund.ch/documents/vD_fly2.pdf)

<sup>6</sup> Die Lehrwohnziffer in der Stadt Luzern befand sich anfangs der 1990er Jahre auf einem Tiefpunkt und erholt sich seitdem trotz der Wohnbauoffensive nur langsam (Bossert 2002). Die Zustimmung der Stadtbevölkerung zur Initiative „Für zahlbares und attraktives Wohnen“, welche kantonal jedoch klar abgelehnt wurde, weist auf das Bedürfnis für günstigen Wohnraum in der Stadt hin (Autor unbekannt 2005).

Ausdruck gebracht, dass das äusserliche Erscheinungsbild der Stadt gegenüber der Freiheit des einzelnen Bewohners Priorität genießt.<sup>7</sup>

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb die kritischen Stimmen zum Konzept der Stadtentwicklung in Luzern auf die Überbetonung der Wirtschaftlichkeit hinwiesen und einen Ausgleich forderten. Keinen Niederschlag fanden diese Anregungen jedoch im abschliessenden Raumentwicklungskonzept der Stadt (2008). Während die Stadtregierung heute bereits in die Umsetzungsphase eingestiegen ist, liegt die Forderung, auch in der Stadtentwicklung ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen anzustreben, seitdem undebattiert brach.

### **Selbstdeutung: Kultur beginnt im Kleinen**

Die Frames einer sozialen Bewegung widerspiegeln sich sowohl in der bewegungsinternen Medienproduktion wie Flyern, Broschüren, Plakaten, Tonbildschauen oder Websites als auch in den Aussagen ihrer Vertreter in Interviews und Texten.<sup>8</sup> Als Basis für die Analyse der AF dienen ihre Ausführungen in den zahlreichen Medienmitteilungen. Zusätzlich sollen die Beschreibung und Interpretation von Bildproduktionen wie Plakaten oder Videos miteinbezogen werden. Am Anfang der einzelnen Abschnitte zu den einzelnen Komponenten des Frame sollen originalgetreue Zitate stehen, anschliessend folgt eine Zusammenfassung der Argumentation der AF mit möglichst authentischer Wortwahl.

#### *Diagnostischer Frame*

„Es geht erneut vergessen, dass Kultur im Kleinen beginnt, Lebensqualität nicht Wirtschaftswachstum bedeutet und dass der Stadtkern nicht bloss denen gehört, welche am meisten konsumieren und investieren.“

Dieses Zitat aus der Medienmitteilung „Kulturraumoffensive“ vom 1. Dezember 2009 macht deutlich, dass sich das diagnostische Framing der AF auf ein breites Spektrum von sozialen Problemen ausdehnt. Zusammenfassend lassen sich drei Argumentationslinien verfolgen, die in engem Zusammenhang zueinander stehen:

- *Verlust von kulturellen Freiräumen und verfehlte Kulturpolitik:* Die ersatzlose Schliessung der Boa bedeutet den „Anfang vom Ende des Kulturkompromisses“. In der ersten Medienmitteilung ist zu lesen: „Der Kulturkompromiss ist tot: Die Alternativkultur hat aufgrund einer verfehlten Stadtplanung keinen Platz mehr in Luzern. Wir wollen diesen zurück“ (AF 2007a). Während in den

---

<sup>7</sup> Mit der Annahme des Wegweisungsartikel können unter anderem Personen bis zu einem Monat von einem Ort weggewiesen werden „wenn sie die öffentliche Sicherheit gefährden oder stören, andere belästigen oder ihr Pietätsgefühl verletzen“ (Neue Luzerner Zeitung 2008, Internetseite).

<sup>8</sup> Für zusätzliche Ausführungen zum Thema siehe Zdekauer 2009.

darauf folgenden Jahren weitere Freiräume für Alternativkultur gestrichen werden, erhalten prestigeträchtige Kulturprojekte immer mehr Gelder von der Stadt. Die AF schreibt dazu zynisch: „Für Elitekultur werden alle Hebel in Gang gesetzt. Für Alternativkultur höchstens mal Polizei-Mehrzweckstöcke“ (AF 2010). Diese ungleiche Ressourcenverteilung fördert die „Monokultur“ (Transparentaktion vom 4. August 2008) und stellt eine vielfältige und experimentelle Kultur ins Abseits. Diese einseitige Kulturpolitik basiert auf einem kommerzialisierten Kulturverständnis, welche die Kultur als Konsumkraft und Wirtschaftsfaktor betrachtet. Somit fehlt in der Stadt Luzern neben materiellen Ressourcen auch das geistige Klima für eine Kultur, die als das „Experimentieren, Aushandeln und Erschaffen von Lebens- und Schaffensformen“ (AF 2008b) verstanden werden soll. Dass die ausgewiesenen Bedürfnisse der Alternativkultur im Konkreten und von Kulturschaffenden im Allgemeinen missachtet werden, ist deutliches Zeichen für die verfehlte Kulturpolitik der Stadt Luzern.

- *Einseitige Stadtentwicklung zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen:* Die Stadtentwicklung ist als verfehlt zu bezeichnen, weil sie sich einseitig auf die Wirtschaft und insbesondere am Tourismus ausrichtet und gleichzeitig die Bedürfnisse und die Vielfalt der Wohnbevölkerung missachtet. Zwar wird mit dem Argument des Standortvorteils viel Geld in die Aufwertung des Stadtbildes und in prestigeträchtige Bauten investiert, die Lebensqualität der Bevölkerung bleibt indes ohne besondere Aufmerksamkeit. Im Gegenteil: Mit der einseitigen Ausrichtung der Wohnbaupolitik auf Wohnraum für gut situierte Steuerzahler schmilzt die Anzahl günstiger Wohnung für Menschen mit niedrigem Einkommen stetig. Diese Kommerzialisierung der Wohnbaupolitik durch die Stadt fördert die räumliche Segregation.
- *Repression und Diskriminierung von alternativen Lebensformen:* Nicht nur die Polizeiaktionen bei den Veranstaltungen der AF, auch die zahlreichen Räumungen von besetzten Freiräumen sowie die generelle Kriminalisierung von Personen aus der alternativen Szene zeugen von einer repressiven Tendenz in der Luzernischen Exekutive. Aber auch der politische Diskurs weist am Beispiel der Einführung des Wegweisungsartikels oder der Debatte rund um die Videoüberwachung in dieselbe Richtung: Menschen mit alternativen oder randständigen Lebensformen sollen in einer Stadt, die Aushängeschild für gutbetuchte Kulturinteressierte und zahlende Touristen sein will, keinen Platz mehr haben. Dieser Verlust von autonomen Freiräumen, die auch für gesellschaftskritische Positionen offen wären, einhergehend mit der systematischen Diskriminierung und Ausgrenzung von randständigen Menschen, führt schliesslich zur sozialen Segregation, wodurch sich Gewalt, Anonymität und Armut in der Stadt verbreiten werden.

Als verantwortliche Akteure für die oben beschriebenen Fehlentwicklungen wird die Stadtregierung Luzern identifiziert, denn sie beschliesst über die Finanzierung von Alternativkultur, sie gibt die Richtung für die Stadtentwicklung vor, und es ist sie, die von reichen Steuerzahlen und finanzkräftigen Unternehmen profitiert.

### *Prognostischer Frame*

„Wir fordern Frei-Räume, keine millionenteuren Umbauten! Wir wünschen eine dialogbereite, menschliche Stadt Luzern, die Andersdenkende respektvoll und tolerant behandelt, die alternative Lebens-, Kultur- und Wohnformen zulässt und nicht ausgrenzt.“

Das prognostische Framing der AF beschränkt sich nicht alleine auf die Erschaffung eines neuen alternativen Kulturzentrums: „Kulturelle Freiräume bedeutet nicht einfach ein alternatives Kulturhaus, sondern meint einen Überbegriff der die ganze Stadt Luzern betrifft“ (AF 2007d). Dies wird mit dem oben stehenden Zitat aus der Startrede am Strassenfest vom 15. Dezember 2007 verdeutlicht. Die Forderungen der AF können entsprechend dem diagnostischen Framing drei Themenfeldern zugeordnet werden:

- *Forderung nach alternativ-kulturellen Freiräumen:* Die Anerkennung der Bedürfnisse von Jugendlichen und Kulturschaffende ist erste Voraussetzung zu einer angemessenen Kulturpolitik der Stadt Luzern. „Kreatives, junges Schaffen braucht Freiräume“ (AF 2008a), die ohne Konsumzwang und Kontrolle selbstbestimmt und auf einer partizipativen Grundlage genutzt werden können und „basisdemokratisch die Ideen einer freien Kultur auslebt“ (AF 2008c). Aus diesen Gründen fordert die AF „die IG Kultur wie auch die Stadt Luzern auf, sich auch für selbstbestimmte, autonome Kulturvermittlung und -räume in unserer Stadt einzusetzen und die dahingehenden aktuellen Bestrebungen aktiv zu unterstützen - und nicht bloss als lästiges Übel wegzusperren“ (AF 2008a). Aber auch ausserhalb eines alternativen Kulturzentrums ist ein neues Kulturverständnis gefordert: „Kultur ist der Umgang der Menschen untereinander und mit Kulturgütern. Sie ist Ursprung der Umgangsformen, der Kreativität und Produktivität. Somit zeichnet sie die gesellschaftliche Existenz aus. Kultur ist also nicht einfach ein Produkt, das importiert oder kommerziell vermarktet werden kann, sondern Teil und Grundlage des alltäglichen Lebens“ (AF 2008b). Konkret sollen produktive und kreative Tätigkeiten gefördert werden und für die Entfaltung einer „Creative Class“ (AF 2008b) die notwendigen räumlichen und ideellen Voraussetzungen geschaffen werden. Schliesslich sollen Schlüsselareal für Kultureinrichtungen gesichert werden und neben Wohn- und Gewerbezone auch Nutzungsrechte für die Kultur ausgewiesen werden.

- *Stadtentwicklung für mehr Lebensqualität:* Für eine nachhaltige Stadtentwicklung braucht es eine Durchmischung urbaner Lebensformen: Es sollen nicht bloss „Wohn- und Büroblöcke entstehen, sondern das Angebot von Gewerbe, Läden, Restaurants/Bars, Kultur und Sozialem [muss] ebenfalls berücksichtigt werden“ (AF 2008b). Die Errichtung von kulturellen, kreativen und sozialen Einrichtungen fördert zudem die soziale Sicherheit in den Quartieren und sozialer Wohnungsbau wirkt der Verarmung der Bevölkerung entgegen. Statt Hochhäuser, Strassenüberbauung und Luxuswohnungen sind der Ausbau des öffentlichen und Langsamverkehrs, die Belebung von grünen Erholungs- und Spielzonen sowie die Verordnung von umwelttechnischen Massnahmen in der Stadtentwicklung gefragt. Alle Veränderungen können jedoch nur mittels der Partizipation der Wohnbevölkerung erfolgreich sein. Erst wenn sich die Stadt an den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung orientiert, kann sie die Lebensqualität des Lebensraums Luzern erhalten (AF 2008b).
- *Anerkennung alternativer Wohn- und Lebensformen:* Die AF wünscht sich eine Stadtregierung, welche die Vielfalt der Stadt erhält und sich für die Integration von randständigen oder alternativen Lebensformen einsetzt. Unter dem Motto „Luzern für alle!“ (Bündnis Luzern für Alle 2007) kämpft sie für mehr Toleranz und Respekt vor Menschen, die sich nicht dem Konformitätsdruck beugen wollen.

### *Motivierender Frame*

„Wir lassen uns nicht länger ignorieren, wir werden weiter kämpfen. Denn wir repräsentieren nicht zukünftige, potentielle, reiche Steuerzahler, sondern einen grossen Teil der jetzigen Bewohner von Luzern.“

Das motivierende Framing der AF zielt auf eine breite Anhängerschaft, wie das Zitat aus der Medienmitteilung der AF zur Sauvage (AF 2008e) aufzeigt. Sie versteht sich als Repräsentantin der Bevölkerung, denn die geplante Stadtentwicklung missachtet die Bedürfnisse aller und zerstört die Vielfalt der Stadtbevölkerung: „Die AF dient dabei auch als Sprachrohr für die unzähligen Menschen in dieser Stadt, welche mit der ausgrenzenden Politik der Luzerner Regierung zutiefst unzufrieden sind“ (AF o.J.). Die AF weist darauf hin, dass sie die Partizipation der Stadtbevölkerung begrüsst und sich an deren Wünschen orientieren möchte. All jene, die sich von der Stadt ungehört fühlen, sollen bei der AF Gehör finden.

Weiter will die AF all jene zum Engagement mobilisieren, die mit der Repression und der Beschneidung der demokratischen Grundrechte, wie dies an der Kundgebung vom 1. Dezember 2007 geschah, nicht einverstanden sind. Die AF stellt den Rechtsstaat in Frage und spricht somit viele Personen an, die zwar mit dem Anliegen der Bewegung nichts zu tun haben, selbst aber negative Erlebnisse mit der Polizei hat-



ten. Gleichzeitig kritisiert die AF die Verleumdungs- und Kriminalisierungstaktik ihrer Gegner und stellt damit die Rechtschaffenheit der staatlichen Behörden in ein schlechtes Licht.

Mit der Betonung der immensen Ausgaben für die etablierte Kultur will die AF die Aufmerksamkeit derjenigen Personen wecken, die sich gegen eine ineffiziente Finanzpolitik stellen. Mit dem wirtschaftlichen Argument, dass die Alternativkultur weit weniger Geld koste als die etablierte Kultur, versucht sie weitere Zustimmung zu erhalten.

Mit ihren Aktionen betreibt die AF aktiv Werbung für ihr Anliegen: Indem sie die Vielfältigkeit der alternativkulturellen Bewegung mittels bunten Festen und Strassenzügen an die Öffentlichkeit trägt, will sie den Beweis dafür bringen, dass diese Kultur ein wertvolles und schützenswertes Gut darstellt. Dass dieses berechnete Anliegen von der Stadt nicht anerkannt wird, soll noch mehr Leute dazu bewegen, stärkeren Druck auf die Regierung auszuüben. Der Slogan „Wir lassen uns von der Stadt nicht länger ignorieren!“ (AF 2008d) will bei noch Unbeteiligten Entrüstung und Bedenken auslösen und sie mobilisieren.

Schliesslich schreibt die AF: „Die einzige Lobby, die wir haben, sind wir selbst“ (AF 2007e). Deshalb ruft sie „alle Kulturschaffenden, Kulturinteressierten, alle bedrohten Lebens- und Wohnformen dazu auf, sich als Teil einer Bewegung zu verstehen, welche nur gemeinsam ihre vielfältigen Ansprüche an ein Leben in Luzern verteidigen kann“ (AF 2009).

### *Masterframe*

Der Frame der AF lässt sich in unterschiedliche Deutungskontexte einbetten. So lassen sich mögliche Masterframes sowohl auf regionaler und nationaler als auch auf internationaler Ebene beschreiben. Die Website der AF verweist auf unterschiedliche Gruppierungen, die in der Schweiz politisch aktiv sind. Sie selbst lässt sich damit in den nationalen Masterframe verorten, deren Anhänger sich für den persönlichen Freiheitsschutz<sup>9</sup> und die Grundrechte aller Bewohnenden der Schweiz, insbesondere für Migrantinnen und Migranten mit oder ohne Aufenthaltserlaubnis und für Randständige oder Menschen in Armut, einsetzen.<sup>10</sup> Die AF bezieht sich vor allem in ihren Vorwürfen gegen den Wegweisungsartikel und die Videoüberwachung in der Stadt Luzern auf diesen Masterframe.

Ein weiterer Masterframe, der sich in erster Linie über Europa und die USA spannt, kann mit dem Slogan „Reclaim the Streets“ umschrieben werden. Diese soziale Strömung meint Aktionen wie Strassenfeste und Musikparaden, die auf eine „zeit-

<sup>9</sup> Siehe der Link auf der Homepage der AF zum Verein „Grundrechte Schweiz“ aus Zürich.

<sup>10</sup> Wie zum Beispiel die Kampagne „Luzern für Alle!“ in Luzern, „Bleiberecht für Alle!“ in Zürich oder die Organisation „Solidarité sans Frontières“ in Bern.

lich begrenzte Aneignung von öffentlichem Raum unter Einsatz von Körper, Kreativität und Musik“ (Hamm 2002) abzielen. Ihr Anliegen ist es, eine „temporäre autonome Zone“ (Hamm 2002) zu generieren, und somit ein Zeichen gegen den Strassenverkehr und seine Folgen zu setzen, aber auch implizit eine Kapitalismus- und Konsumkritik auszudrücken. Auch die DIY-Bewegung (do it yourself), der sich die alternative Kulturszene weltweit verpflichtet fühlt, kann in diesen Masterframe eingeordnet werden. Im Rahmen dieser Bewegung hat sich in den 1960er und 1970er Jahren eine Anhängerschaft herausgebildet, die sich der Selbstermächtigung, Selbstorganisation, Improvisation und Eigeninitiative in allen Lebensbereichen annimmt und der Autorität, dem passivem Konsum und den Massenmedien verweigert (Wikipedia 2010).

Schliesslich lässt sich die AF auch vor dem Hintergrund der demokratischen Grundrechte, insbesondere der kulturellen Rechte, lesen. Die AF interpretiert das Anrecht auf Kultur, wie es im Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten ist,<sup>11</sup> jedoch in einem globalen Verständnis: Nicht nur ethnische Minderheiten, sondern alle Gruppierungen haben das Recht, ihre eigene kulturelle Identität zu wählen und sie ihrem eigenen Kulturverständnis entsprechend zu erhalten. In der Freiburger Erklärung für kulturelle Menschenrechte, die international Anerkennung genießt, findet sich eine solch globale Definition von Kultur wieder und verbindet das kulturelle Recht mit dem Anspruch, „eine Lebensart zu verfolgen, die mit der Wertschätzung seiner kulturellen Ressourcen übereinstimmt, vor allem im Zusammenhang mit der Nutzung, der Herstellung und der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen“ (Freiburger Gruppe 2007:6).

Der Frame der AF weist in sich eine hohe Kohärenz und Kontinuität auf. Die Wortwahl hat sich seit den Anfängen nur geringfügig verändert, die Argumente ziehen sich durch den ganzen Prozess. Widersprüche sind allein beim Vergleich der Texte zum Bildmaterial zu finden. Die Website in Schwarz-Rot mit Sprayer-Schriftzug, einzelne Flyer oder auch die auf der Homepage platzierte Tonbildschau zeugen von einem anderen Selbstbild, als dasjenige, das auf Argumenten basiert und in den Medienmitteilungen präzise formuliert wird. Wenn die AF in ihrer Tonbildschau Bilder autonomer Besetzungen zeigt und von Punkrock-Musik<sup>12</sup> unterlegt die Stadtkarte von Luzern verbrennt,<sup>13</sup> wenn sie auf einem Flyer einen angreifenden Dra-

---

<sup>11</sup> “Everyone has the right freely to participate in the cultural life of the community, to enjoy the arts, and to share in scientific advancement and its benefits” (Vereinte Nationen (1948). Internetseite. Zugriff am 23.01.2010 auf <http://www.un.org/en/documents/udhr/index.shtml#atop>).

<sup>12</sup> Punk-Rock ist Teil der Punk-Subkultur, welche sich zusammenfassend durch die Ablehnung bürgerlicher Werte sowie gesellschaftlicher Regeln auszeichnet (auf Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Punk\\_%28Musik%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Punk_%28Musik%29). Zugriff am 22.01.2010)

<sup>13</sup> Zu finden unter <http://www.aktionfreiraum.ch/Aktionen/tonbildschau>.

chen,<sup>14</sup> kämpferische Voten wie „Ya Basta!“<sup>15</sup> oder eine erhobene Faust mit Stift platziert, dann weckt sie Assoziationen zur anarchistischen und autonomen Szene. Es scheinen denn gerade auch diese vereinzelt Bekenntnisse zu einer links-extremen Politik zu sein, welche die Kritik rechtsbürgerlicher Parteien hervorruft, auch wenn sich die AF klar von der genannten Szene abgrenzen möchte.<sup>16</sup>

## Organisationsformen: Ressourcen und Netzwerkstrukturen<sup>17</sup>

### *Ressourcenausstattung*

Entsprechend der Typologie von Edwards et al. (2004) verfügt die AF über folgende Ressourcen:

- *Moralische Ressourcen:* Solidarität erlangte die Bewegung von den vielen Kulturschaffenden, die durch die Schliessung der Boa ihren Freiraum verloren. Berühmtheit hingegen erreichte sie durch die Ereignisse rund um die Kundgebung am 1. Dezember 2007. Ihre Legitimität setzte die AF jedoch mit ihren zum Teil unbewilligten Aktionen wiederholt aufs Spiel.
- *Kulturelle Ressourcen:* Da ein Grossteil der Aktivistinnen und Aktivisten in der Kulturszene tätig sind, bringen sie das notwendige organisatorische Wissen, um kulturelle Anlässe wie ein Strassenfest durchzuführen, in die Bewegung mit. Gleichzeitig verfügt die AF auch über strategische Kenntnisse, da einige der Beteiligten in der Politik tätig sind. Generell kann davon ausgegangen werden, dass die meist gebildete Anhängerschaft wichtiges kulturelles Kapital zur Verfügung stellt, wie man zum Beispiel an der Qualität der Texte oder des Bildmaterials abzulesen vermag.
- *Organisatorische Ressourcen:* Die AF verfügt über ein breit abgestütztes Netzwerk von sehr unterschiedlichen Personen und Gruppierungen. Auch kann sie auf die Unterstützung von Organisationen oder Parteien wie der IG Kultur, SP, JUSO und Grünen oder der Gewerkschaften zählen.
- *Humanressourcen:* Die aktive Mitarbeit in der Bewegung verlangt einen grossen Einsatz von Humanressourcen in Form von Zeit und Energie, was vor allem für die Kerngruppe einen grossen Aufwand bedeutet. Es scheint aber

---

<sup>14</sup> Der Drache ist Zeichen der Crossover-Band Kuraia aus dem Baskenland. Sie ist am 15.05.2004 in der Boa aufgetreten.

<sup>15</sup> „Ya Basta!“ ist der Slogan der zapatistischen Befreiungsbewegung in Chiapas, Mexiko.

<sup>16</sup> So widerspricht die AF in mehreren Mitteilungen der Einordnung der Bewegung in die linksradikale Szene und weist darauf hin, dass „die AF nicht bloss von ein paar wenigen Linksaktivistinnen und Linksaktivisten getragen wird, sondern von einem breiten und stetig wachsenden Teil der Bevölkerung von Luzern“ (AF 2008c).

<sup>17</sup> Für zusätzliche Ausführungen zum Thema siehe Hunziker 2009.

möglich zu sein, nebst der Teilnahme an der AF anderen Tätigkeiten wie Arbeit oder Studium nachzugehen.

- *Materielle Ressourcen:* Da die AF keine Mitgliederbeiträge und zum Teil auch keine Eintritte verlangt, stützen sich ihre finanziellen Einnahmen auf Spenden oder den Verkauf von Esswaren und Getränken an den Veranstaltungen. Für die kulturellen Anlässe zählen sie auf das Equipment (Musikanlagen, Dekoration), das die Teilnehmenden selbst mitbringen oder organisieren können.

Die oben erläuterten Ressourcen der AF wurden nicht durch die neu entstandene Bewegung erzeugt, sondern waren bereits in den Strukturen und im Netzwerk der Boa eingelagert. Mit der Schliessung des Kulturzentrums fand eine Freisetzung dieser Ressourcen statt, die in einer geeigneten Organisationsform gesammelt und mobilisiert werden konnten.

### *Gründung und Entwicklung der Aktion Freiraum*

Der Mangel an kulturellen und sozialen Freiräumen wurde mit der Schliessung des Kulturzentrums Boa im November 2007 manifest. Mit dem konkreten Ziel, den autonomen, alternativem Freiraum in der Stadt Luzern zurückzuerobern, liess sich eine breite Gruppierung von Künstlern, Musikerinnen, Kulturtätern, Veranstalterinnen, Aktivisten und Besetzerinnen mobilisieren, welche sich in der AF zusammenschloss. Zu Beginn schien die AF eine lose Vereinigung vielseitigster Beteiligten und Ideen darzustellen, die verschiedene Formen annahm. Erst mit der Zeit kristallisierte sich das Selbstbild heraus, wie es am Frame abzulesen ist. Diese Dynamik der AF durchlief einige Umbrüche, einerseits was die Organisationsform anbelangt, andererseits auch in Bezug zur entsprechenden Aktionsform. Die unfertige Geschichte der AF lässt sich demnach in drei Phasen einteilen: Einer ersten Phase, in der die AF mit bunten und kreativen Anlässen grosse öffentliche Aufmerksamkeit erregte und eine Grosszahl von Anhängern mobilisieren konnte. Eine zweite Phase, die vom anfangs 2009 gegründeten „Verein Kulturraum“ geprägt war, der als institutioneller Flügel der sozialen Bewegung fernab der Öffentlichkeit auf Verhandlungen um ein neues alternatives Kulturzentrum mit der Stadtregierung setzte. Und eine dritte Phase, die mit den gescheiterten Verhandlungen und der Auflösung des Vereins Ende 2009 begann und in der die AF wieder belebt zu ihrer ursprünglichen Form zurückkehrte.

### *Umfeld und Organisation der Aktion Freiraum*

Die AF lebte von den Anfängen bis heute von ihrer Netzwerkstruktur. Ungefähr 120 Personen, welche in erster Linie über E-Mail und Online-Wikis miteinander kommunizieren, ist um eine Kerngruppe von 15 Personen gruppiert, die sich aktiv an allen Sitzungen und Veranstaltungen beteiligt (Bürgisser 2009b; Autor anonym 2009). Die Anhängerschaft rekrutiert sich vorwiegend aus jungen Personen unterschiedlichster Richtungen, die sich sowohl für kultur- als auch linkspolitische Themen inte-

ressieren. Gleichzeitig ist die AF in einen breiteren Kontext eingebettet und steht zu verschiedensten Bezugsgruppen in Beziehung, wie in der Grafik 1 (S. 103) ersichtlich wird.

- *Erste Phase:* In der Anfangsphase der AF wurde alle paar Wochen in unregelmässigen Abständen zur Vollversammlungen geladen, an der bis zu 100 Personen teilnahmen, von denen sich wiederum maximal 30 Personen in verschiedenen Arbeitsgruppen beteiligten. Die basisdemokratischen Strukturen der AF ermöglichten einen gemeinsamen Austausch zwischen allen Anhängern und Gruppierungen. Mit der Zeit kristallisierte sich aber eine Kerngruppe heraus, welche sich mit der strategischen Ausrichtung der AF befasste und somit zentrale Funktionen übernahm (Bürgisser 2009b; Autor anonym 2009). In dieser Zeit entstanden einerseits die zentralen politischen Forderungen der Bewegung und andererseits ein breites Spektrum an Aktionsformen in der Öffentlichkeit. Zum Zeitpunkt der Eröffnung des Kulturwerkplatzes Südpol, welches unter anderem auch Räume für die Alternativkultur beherbergte, schien sich die Bewegung zu transformieren: Der Gegensatz, welcher bereits zu Zeiten der Boa bestand, zwischen Vertretern eines politischen Kulturverständnisses mit hohen Ansprüchen an Selbstbestimmung und Freiheit und auf der anderen Seite Anhängern eines Kulturverständnisses mit Fokus auf hoher künstlerischer Qualität wurde mit der Eröffnung des Südpols wieder belebt. Wie oben beschrieben, liessen sich Letztere auf das neue Angebot der Stadt ein, was für die AF womöglich einen herben Unterstützungsverlust bedeutete.
- *Zweite Phase:* Die genannten Entwicklungen fallen aber auch mit der Gründung des „Vereins Kulturraum“ zusammen und können somit als Ausdruck der zusätzlichen Organisationsform der Bewegung verstanden werden. Vertreter der AF betonen, dass der Verein nur einen institutionellen Anhang der Bewegung darstellt, mit dem Ziel, die Verhandlungen mit der Stadtregierung für ein neues Kulturzentrum effizienter zu gestalten, und keine ernsthafte interne Veränderung darstellte, weshalb die Organisationsstruktur sehr flach gehalten wurde (siehe Abbildung 2). In der Realität bedeutete die Bündelung der Ressourcen für den Verhandlungstisch, dass für grosse Aktionen die Zeit und Energie fehlte, auch wenn versucht wurde, durch Podiumsgespräche und Interviews die erlangte öffentliche Aufmerksamkeit zu bewahren (Bürgisser 2009b). Fakt ist, dass während der Verhandlungen keine Veranstaltungen mehr im Namen der AF stattgefunden haben. Der strategische Richtungswechsel vom Strassenkampf zum Dialog mündete in einer Spaltung der Bewegung: Während die Kerngruppe ihre Hoffnungen auf den neuen Verein setzte, orientierten sich viele Mitwirkende weiterhin an der ursprünglichen Basisstruktur, was die Bewegung möglicherweise schwächte (Autor anonym 2009).

- *Dritte Phase:* Der Versuch, den Machtkampf von der Strasse auf das politische Parkett zu verlegen, wurde mit der Auflösung des Vereins im Dezember 2009 als gescheitert erklärt. Mit einer neuen Kulturraumoffensive, „welche sich mit vielfältigen Aktionen und Protesten gegen das kultur- und lebensfeindliche Klima der Stadt Luzern“ (AF 2009) auflehnen will, kehrte die AF zu ihrer ursprünglichen Organisationsform zurück. Die alternative Silvesterparty nur einen Monat später zeigt, dass die Bewegung nach einer Phase der Stagnation zu neuer Dynamik und neuem Potential zurückgekehrt ist. Diese Wiederauferstehung ist vor allem auch deshalb möglich, weil die Kerngruppe als stabiles Element innerhalb der Bewegung erhalten blieb, auch wenn sie nie zu einer formellen Leitung gewählt worden war. Gemäss einer der Interviewpartner war die Durchsetzungskraft dieser Gruppe vor allem dann wichtig, wenn sich die Bewegung aufgrund ihrer basisdemokratischen Strukturen selbst blockierte und keinen Konsens fand (Autor anonym 2009).

### **Aktionsformen: Konfrontation und Verhandlung<sup>18</sup>**

Im Folgenden werden die unterschiedlichen Aktionsformen der AF dargestellt (nach Taylor und van Dyke 2004). Auf der Abbildung 2 (S. 104) wird ersichtlich, wann die AF welche Art von Aktionen und mit wie vielen Beteiligten durchgeführt hat. Aus zeitlicher Perspektive wird deutlich, dass sich die meisten Aktionen auf den Zeitraum vor der Gründung des Vereins einordnen lassen. Wie im vorhergehenden Kapitel erwähnt, ist dies nicht auf einen grundlegenden Richtungswechsel im Aktionsrepertoire der Bewegung zurückzuführen, sondern auf einen Ressourcenmangel. Dieses Ereignis weist aber auf eine Verschiebung des Aktionszwecks hin: Während die vorgehenden Aktionen dazu dienten, das eigenen Anliegen nach aussen zu tragen, richteten sich die weiteren Bemühungen, sobald die Legitimität des Anliegens bewiesen war, auf deren konkrete Realisierung.

In Bezug zum Veranstaltungscharakter der Aktionen fällt auf, dass sich die AF nach den zwei ersten konfrontativen Anlässen mehrheitlich kulturellen Aktionsformen zuwendete. Erstere dienten dazu, öffentliche Aufmerksamkeit in Regierung und Medien zu erzeugen. Die wichtigere Ausdrucksform sind aber die kulturellen Veranstaltungen der AF, weil sie einerseits breite Partizipationsmöglichkeiten bieten und die Vielfalt alternativer Kultur erlebbar machen, andererseits im Sinne von “Reclaim the Streets“ eine starke Symbolkraft besitzen. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den meisten dieser Aktionen um unbewilligte Anlässe handelte, da sie oft von einer temporären Besetzung leerstehender Gebäude oder öffentlicher Plätze ausgingen und deshalb auch konfrontativen Charakter hatten. Die Frage, ob sich die AF mehr-

---

<sup>18</sup> Für zusätzliche Ausführungen zum Thema siehe Rüegg 2009.

heitlich auf bewilligte oder auf unbewilligte Anlässe konzentrieren sollte, begleitete die Bewegung von Anfang an: Zwar erlaubten unbewilligte Aktionen mehr Freiheiten ohne Bedingungen oder Restriktionen von der Stadt, andererseits entzogen sie der AF insbesondere in Verhandlungsphasen die Legitimität. Zeitweilen agierte die Bewegung aus diesen Gründen „zweigleisig“, um die Vorteile beider Aktionsformen für sich zu nutzen. In der Argumentation der AF bewegten sie sich damit zwar in rechtlicher Hinsicht im Graubereich, moralisch aber waren auch unbewilligte Anlässe wie Besetzungen aufgrund der Raumnot legitim. Auch konventionelle Aktionen wurden durchgeführt und in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Nach Meinung der AF schienen diese Aktionsform jedoch keinen Erfolg zu erzielen (Autor anonym 2009).

### **Wirkungen: Kleiner Raum in globalisiertem Umfeld<sup>19</sup>**

Um die Wirkungen der AF in der politischen Sphäre zu erfassen, können sie nach Amenta und Caren (2004) kategorisiert werden:

Auf politischer Ebene beschränken sich die Wirkungen der AF auf die unteren Stufen. Obwohl sie mittels Anhörungen durch politische Entscheidungsträger und der Aufnahme von Verhandlungen für ein alternatives Kulturzentrum relativ rasch in die politischen Strukturen eindrang, konnte sie keinen weiteren Einfluss geltend machen. Vielmehr hatten diese Schritte nur begrenzte Ausstrahlung und scheiterten an der formellen Anerkennung ihrer Bedürfnisse, sodass es ihnen nicht gelang, in den politischen Strukturen permanenten Einsitz zu nehmen. Mit Hilfe von zugewandten Politikern konnte die AF eine Debatte rund um die staatliche Unterstützung der Alternativkultur lancieren und somit die politischen Inhalte insbesondere der Kulturpolitik langfristig prägen. Gemäss einem aktiven Mitglied der AF gewann die Bewegung durch formelle und informelle Lobbyarbeit die Unterstützung von Parteiverbänden und damit die Legitimationsbasis für weitere Verhandlungen (Bürgisser 2009c). Zwar kann die Erhöhung der Subventionsbeiträge an die Alternativkultur 2005 als Erfolg gewertet werden, diese kamen aber in erster Linie dem Südpol zu Gute. Weder gelang es der AF, sich ein eigenes alternatives Kulturzentrum anzueignen, noch ihre Forderungen bezüglich Kulturpolitik und Stadtentwicklung in gesetzliche Verordnungen einfließen zu lassen.

Hinsichtlich möglicher Wirkungen auf gesellschaftlicher Ebene spricht ein Vertreter der AF von einer starken Veränderung im Bewusstsein der Stadtbevölkerung. Dies sei beispielsweise an der Medienberichterstattung ersichtlich, die im Laufe der Zeit differenzierter und positiver auf die AF einging und so ihr Anliegen an die Öffentlichkeit trug (Bürgisser 2009c). Generell kann die starke öffentliche Aufmerksamkeit und die grossen Teilnehmerzahlen, welche die AF über lange Zeit aufrechterhalten

---

<sup>19</sup> Für zusätzliche Ausführungen zum Thema siehe Payo Moreno 2009.

konnten, als markanteste Wirkung der AF bezeichnet werden. Schliesslich gelang es der AF in Zusammenarbeit mit der Stadtregierung, sich als Vermittler bei Fragen des Freiraums in der Stadt zu positionieren<sup>20</sup> (Bürgisser 2009c).

Die historischen, politischen und sozialen Entwicklungen in Luzern, namentlich die schrittweise finanzielle Austrocknung der freien Kulturszene, das der Alternativkultur feindliche politische Klima sowie die Verbauung von kulturellen Freiräumen in der Stadt, können als die entscheidenden Faktoren für den ausbleibenden Erfolg der AF bezeichnet werden. Ausserdem verunmöglichte die Verzögerungs- und Kriminalisierungstaktik von Seiten der Regierung die Konsensfindung stark. Aber auch innerhalb der Bewegung wurden Tendenzen sichtbar, welche die Wirkung der AF beeinträchtigten. Auf der einen Seite blockierten die internen Konflikte um ihre strategische Ausrichtung die Bewegung. Auf der anderen Seite stellte die AF einen Begegnungsort für Kulturinteressierte und eine Plattform für weitere kleine Projekte dar, was dazu führte, dass sich einige Mitglieder von der AF abkoppelten und in eigenen Szenen und Nischen untertauchten. Die AF bedauerte diese Entwicklung, die der eigenen Zielsetzung entgegen lief.

Eine Bewegung wie die AF agiert zwar auf kleinstem Raum und mit minimaler Wirkung, sie kann aber auch als Ausdruck globaler Phänomene interpretiert werden. Mit dem Begriff der „postfordistischen Regionalisierung“ von Minichbauer (2004) lassen sich der Kampf um kulturelle Freiräume und Tendenzen in der europäischen Kulturpolitik miteinander verknüpfen.

Während mit der Nationalstaatenbildung im 19. Jahrhundert die regionalen Unterschiede mittels der Konstruktion einer nationalen Identität und Politik ausgeglichen wurden, gewannen sie seit den 1980er Jahren im Kontext des aufkommenden Postfordismus an zentraler Bedeutung. Dieser kennzeichnet sich durch eine neoliberale Haltung, welche Deregulierung und Dezentralisierung in Politik und Wirtschaft durchsetzt und in geografischer Hinsicht deshalb zur Regionalisierung führt. Die Region wird zur „relevanten räumlichen Grössenordnung im postfordistischen Produktionszusammenhang“ (Minichbauer 2004:3); sie ist der räumliche Bezug, in welchem die freien Marktkräfte spielten. Diese neoliberale Haltung gegenüber räumlichen Prozessen führt aber zu einem verstärkten Konkurrenzkampf zwischen den Regionen und zur Zunahme sowohl von räumlichen als auch sozialen Ungleichheiten.

Auch die Kulturpolitik wird im regionalen Rahmen gedacht und für die Wettbewerbsregion in zweifacher Hinsicht instrumentalisiert:

- Erstens soll Kultur die Konstruktion von regionaler Identität vorantreiben, um einerseits die innere und äussere Abgrenzung der Region zu stabilisieren

---

<sup>20</sup> Im Konflikt der Stadt mit der Gruppierung „sous-le-pont“, welche mit acht Wagen die Luzerner Allmend besetzte, vermittelte die AF und konnte damit grössere Ausschreitungen des Konflikts verhindern.



und andererseits das regionale Image zu verbessern und damit die Marktfähigkeit einer Region zu stärken. Derlei Identitätskonstruktionen fördern aber die Ausgrenzung all derjenigen, welche nicht dem regionalen Selbstbild entsprechen.

- Zweitens wird die kulturelle Produktion als Wirtschaftsfaktor betrachtet, welcher Arbeitsplätze schafft und Profit generiert. Kulturinvestitionen haben demnach den Zweck, die Wettbewerbsposition einer Region zu stärken und die lokale Leistungsfähigkeit der sogenannten Creative Class zu fördern (Minichbauer 2004:3-5).

Die Unterwerfung des kulturellen Feldes unter das neoliberale Prinzip reduziert Kultur auf Wirtschaftlichkeit und missachtet ihre anderen gesellschaftsrelevanten Funktionen: Anstelle einer ausgrenzenden Identitätskonstruktion soll es nämlich die Aufgabe der Kultur sein, die vielfältigen Differenzen innerhalb einer Region zum Ausdruck zu bringen und dem Austausch ein öffentliches Forum zu bieten. Damit fördert sie die Partizipation insbesondere von Minderheiten am gesellschaftlichen Diskurs (Kaufmann und Raunig 2002:12). Weiter ist Kultur Gesellschaftskritik: Sie soll hinterfragen, kritisieren, Verhältnisse verschieben und Prozesse aufsprengen, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben (Minichbauer 2004:6).

Damit das kulturelle Feld diese zentralen Funktionen übernehmen kann, „müssen Kulturschaffende die Möglichkeit haben, ihre Arbeit jenseits derartiger Instrumentalisierungslogiken zu entwickeln“ (Minichbauer 2004:7). Autonomie und Freiraum spielen diesbezüglich eine zentrale Rolle: Die Kulturszene soll unabhängig von Geldgebern und Machthabern agieren und der eigenen Logik folgen können und dafür benötigt sie kulturelle Freiräume im materiellen und geistigen Sinne (Kaufmann et al. 2002:11).

Diese Ausführungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung der Kultur im Zusammenhang der Globalisierung weist erstaunliche Ähnlichkeiten mit der Kritik und den Forderungen der AF auf. Die Bewegung wehrt sich gegen die Instrumentalisierung der Kultur für Werbezwecke der Tourismusstadt Luzern, gegen die Dominanz wirtschaftlicher Kriterien im kulturellen Feld, gegen die ungleiche Behandlung von etablierter und alternativer Kulturszene und gegen eine ausgrenzende Stadtpolitik. Ihr Kampf gilt aber nicht alleine der Stadt Luzern, sondern verweist auf eine globale Entwicklung.

### Literaturverzeichnis

20 minuten (2009). *Luzern: Ja zu umstrittenen Wegweisungsartikel*. Internetseite. Zugriff am 18.01.2010 auf <http://www.20min.ch/news/dossier/abstimmresultat/story/29978601>.

Aktion Freiraum (2010). *Medienmitteilung „Silvester für mehr kulturelle Freiräume“*. Internetseite. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/01012010](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/01012010).

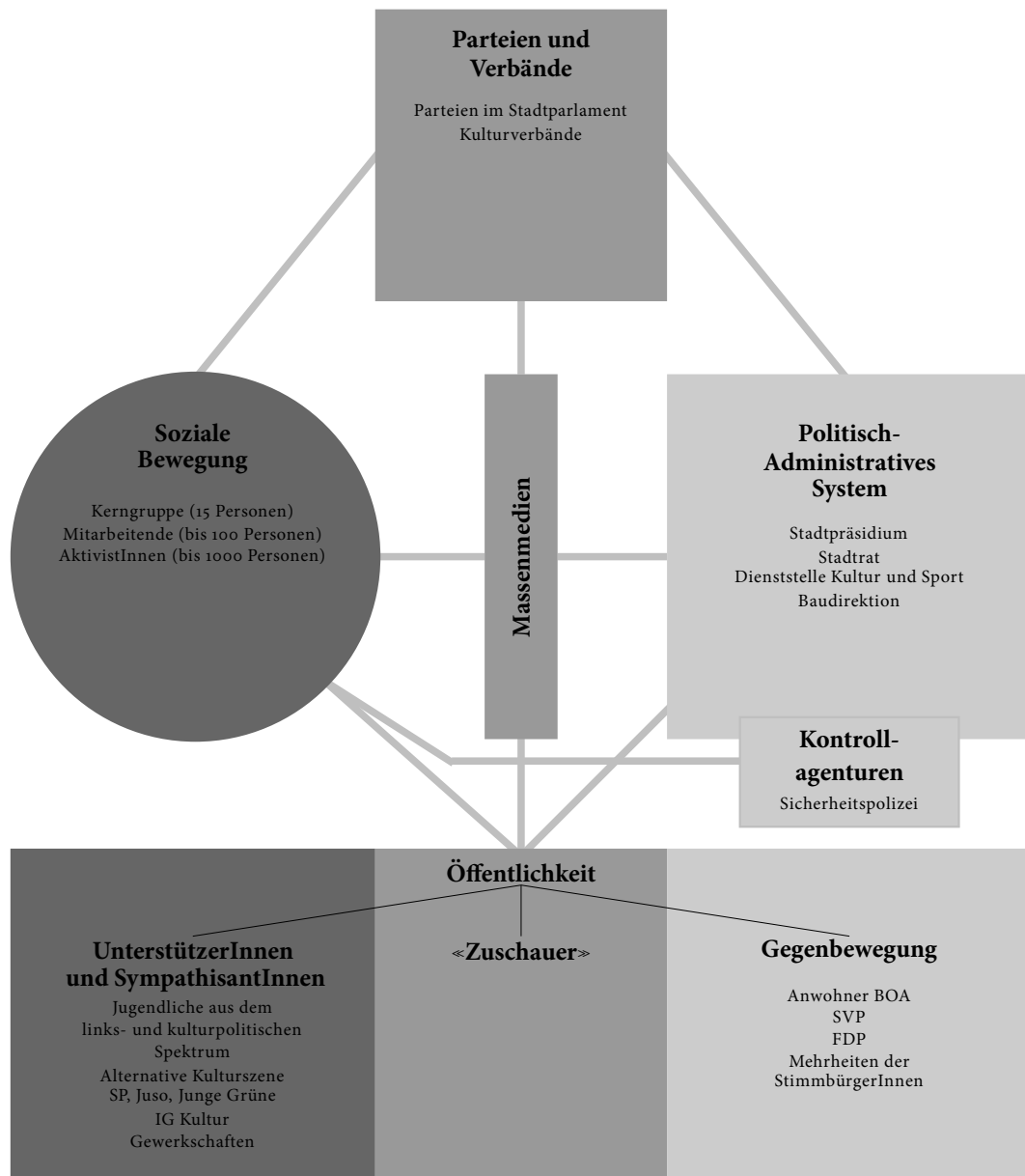
- Aktion Freiraum (2009). *Medienmitteilung „Kulturraumoffensive“*. Internetseite. Zugriff am 20.10.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/97-11209-mm-kulturraumoffensive](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/97-11209-mm-kulturraumoffensive).
- Aktion Freiraum (2008a). *Medienmitteilung der Aktion Freiraum zum runden Tisch der IG KULTUR betreffend dem Thema „Freiräume - Südpol - Freie Kultur“ vom 21.1.08*. Internetseite. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/21012008](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/21012008).
- Aktion Freiraum (2008b). *Vernehmlassungsantwort der Aktion Freiraum zum Entwurf des Raumentwicklungskonzept der Stadt Luzern*. Internetseite. Zugriff am 20.01.2010 auf <http://www.aktionfreiraum.ch/Forderungen>.
- Aktion Freiraum (2008c). *Aktion Freiraum am Kulturrapport der Stadt Luzern*. Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/26022008](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/26022008).
- Aktion Freiraum (2008d) *Wir lassen uns von der Stadt nicht länger ignorieren!* Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/13042008](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/13042008).
- Aktion Freiraum (2008e). *Sauvage Luzern der Aktion Freiraum*. Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/13042008](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/13042008).
- Aktion Freiraum (2007a). *Die Kultur steht auf der Strasse*. Internetseite. Zugriff am 03.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/30112007](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/30112007).
- Aktion Freiraum (2007b). *Medienmitteilung zur verhinderten RTS*. Internetseite. Zugriff am 03.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/02122007](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/02122007).
- Aktion Freiraum (2007c). *Medienmitteilung zum Strassenfest am 1. Dezember 07*. Internetseite. Zugriff am 03.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/30112007](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/30112007).
- Aktion Freiraum (2007d). *Startrede am Strassenfest*. Internetseite. Zugriff am 20.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/16122007/Startrede/1-strassenfest/2-Startrede](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/16122007/Startrede/1-strassenfest/2-Startrede).
- Aktion Freiraum (2007e). *Schlussrede am Strassenfest*. Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion\\_Freiraum/16122007/Schlussrede](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Aktion_Freiraum/16122007/Schlussrede).
- Aktion Freiraum (o.J.). *Was ist Aktion Freiraum?* Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf <http://www.aktionfreiraum.ch/WasIstAktionFreiraum>.
- Amenta, Edwin und Neal Caren (2004). The Legislative, Organizational and Beneficiary Consequences of State-Oriented Challenges. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) *The Blackwell companion to social movements* (461–488). Malden: Blackwell.

- 
- Autor anonym (2009). *Mündliches Interview über die Aktionsformen der Aktion Freiraum*. 23.11.2009.
- Autor unbekannt (2009a). Der Verein Kulturraum löst sich auf. *Neue Luzerner Zeitung*, 02.12.2009, Seite unbekannt.
- Autor unbekannt (2009b). Aktion Freiraum gründet Verein. *Neue Luzerner Zeitung*, 28.01.2009, Seite unbekannt.
- Autor unbekannt (2008) Bürger werden verschaukelt. *Neue Luzerner Zeitung*, 10.09.2008, Seite unbekannt.
- Autor unbekannt (2007). Massenverhaftung in Luzern vor EURO-2008-Auslosung. 245 Festnahmen bei unbewilligter Kundgebung. *Schweizerische Depeschenagentur*, 02.12.2007, Seite unbekannt.
- Autor unbekannt (2005). Initiative für zahlbares Wohnen. *Neue Luzerner Zeitung*, 28.09.2009, Seite unbekannt.
- Bischof, Hugo (2000). Kulturpolitik: Interview mit je einem Vertreter der Boa, der Schüür und der IG Kultur. *Neue Luzerner Zeitung*, 19.02.2000, Seite unbekannt.
- Bischof, Hugo (2001). Kultur im Quotenstress. *Neue Luzerner Zeitung*, 18.09.2001, Seite unbekannt.
- Bossart, Patrick (2001b). Mehr Kulturgeld in kleinen Schritten. *Neue Luzerner Zeitung*, 24.11.2001, Seite unbekannt.
- Bossart, Patrick (2001a). Volkmotion eingereicht. *Neue Luzerner Zeitung*, 09.02.2001, Seite unbekannt.
- Bossart, Patrick (2002). Grosser Stadtrat: Kulturdebatte. *Neue Luzerner Zeitung*, 01.03.2002, Seite unbekannt.
- Bossart, Pirmin (2001). Grünes Bündnis: Thema Stadtentwicklung. *Neue Luzerner Zeitung*, 11.04.2001, Seite unbekannt.
- Bossart, Pirmin (2002). Wohnungsmarkt Stadt Luzern. *Neue Luzerner Zeitung*, 08.08.2002, Seite unbekannt.
- Bossart, Pirmin (2004). Stadtentwicklung. *Neue Luzerner Zeitung*, 03.03.2004, Seite unbekannt.
- Bossart, Pirmin (2005). Die Kulturszene zögert noch. *Neue Luzerner Zeitung*, 23.11.2005, Seite unbekannt.
- Bühler, Daniela (2005). 26 Millionen für die Kultur. *Neue Luzerner Zeitung*, 26.10.2005, Seite unbekannt.
- Bühler, Daniela (2006). Klares Ja für Kulturwerkplatz. *Neue Luzerner Zeitung*, 13.02.2006, Seite unbekannt.
- Bueller, Verena (1999). *Kulturprovinz: Jede menge Kulturräume, aber keine Inhalte - Frühlingserwachen mit Kater*. Internetseite. Zugriff am 11.01.2010 auf <http://www.selezione.ch/kulturprovinz.htm>

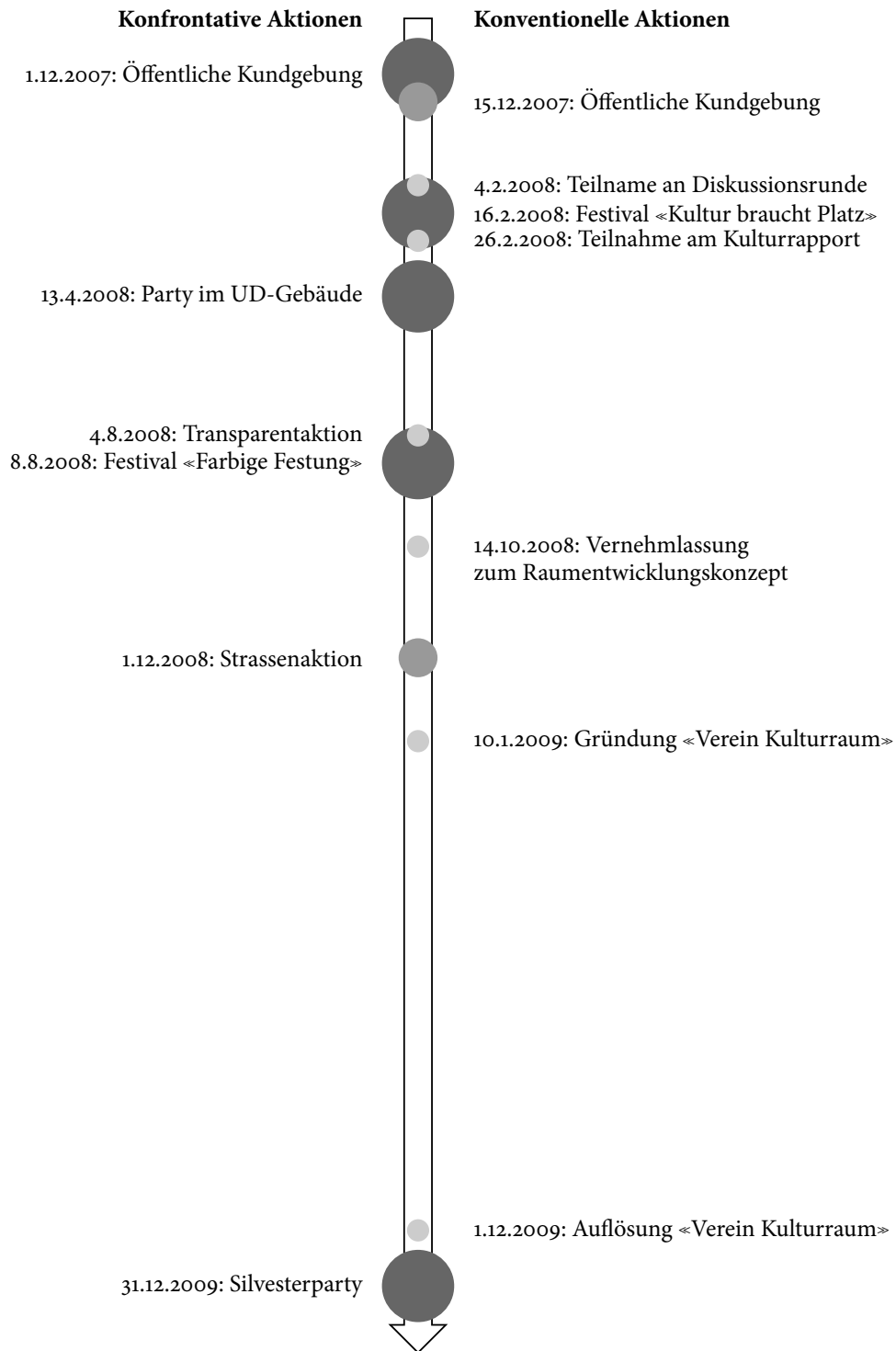
- Bündnis Luzern für Alle (2007). *Prospekt*. Internetseite. Zugriff am 21.01.2010 auf [www.gonorrea.ch/pdf/blfa\\_prospekt.pdf](http://www.gonorrea.ch/pdf/blfa_prospekt.pdf)
- Bürgisser, Reto (2009a). *Persönliche Mitteilung zum Verein Kulturraum*, 17.11.2009.
- Bürgisser, Reto (2009b). *Persönliche Mitteilung zur Bewegung Aktion Freiraum*, 30.11.2009.
- Bürgisser, Reto (2009c). *Mündliches Interview zu den Wirkungen der Aktion Freiraum*, 21.11.2009.
- Bugmann, Urs (2005). Solche Nischen gibt es kaum mehr. *Neue Luzerner Zeitung*, 03.06.2005, Seite unbekannt.
- Burki, Matthias und Christoph Fellmann (2007). *Das Ende der Alternativkultur in Luzern*. Internetseite. Zugriff am 18.01.2010 auf <http://www.kulturluzern.ch/kulturmagazin/09-artikel/07-06-essay.asp>.
- Carcano, Orpheo, Tatjana Erpen und Urban Hodel (Red.) (2008). *Ein Boa-Teil*. Emmenbrücke: Maniac Press.
- Edwards, Bob und John D. McCarthy (2004). Resource and Social Movement Mobilization. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) *The Blackwell companion to social movements* (116–152). Malden: Blackwell.
- Epple, Rudolf (2009a). *Soziale Bewegungen. Selbstdeutung und Framing*. Powerpoint-Präsentation. Departement für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Epple, Rudolf (2009b). *Soziale Bewegungen. Ressourcen und Organisation*. Powerpoint-Präsentation. Departement für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Epple, Rudolf (2009c). *Soziale Bewegungen. Aktionsrepertoire*. Powerpoint-Präsentation. Departement für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Epple, Rudolf (2009d). *Soziale Bewegungen. Wirkungen*. Powerpoint-Präsentation. Departement für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Felder, Guido (2008). Alle 54 Beschwerden abgewiesen. *Neue Luzerner Zeitung*, 16.04.2008, Seite unbekannt.
- Fellmann, Christoph (2008). *Auf zum Südpol*. Internetseite. Zugriff am 11.01.2010 auf <http://www.kulturluzern.ch/kulturmagazin/09-artikel/08-09-suedpol.pdf>.
- Freiburger Gruppe (2007). *Kulturelle Rechte. Freiburger Erklärung*. Internetseite. Zugriff am 23.01.2010 auf <http://www.unifr.ch/iiedh/assets/files/declarations/all-declaration.pdf>.
- Forum freies Theater Luzern (2009). *Kulturschaffende meldet euch zu Wort*. Internetseite. Zugriff am 28.01.2010 auf <http://forumfreiestheaterluzern.ch/wp-content/uploads/2009/11/Kulturschaffende-meldet-euch-zu-Wort-16.11.09.pdf>.
- Friebe, Holm und Thomas Ramge (2008). *Marke Eigenbau. Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- 
- Hamm, Marion (2002). *Reclaim the Streets! Globale Proteste und lokaler Raum*. Internetseite. Zugriff am 23.01.2010 auf <http://eipcp.net/transversal/0902/hamm/de>
- Hanser, Christian, René Goetz und Hansjörg Schmid (2003). *Masterplan Stadt Luzern. Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung*. Internetseite. Zugriff am 15.01.2010 auf <http://www.gruene-luzern.ch/docs/masterplan.pdf>
- Hayek Engineering AG (Hrsg.) (1988). *Konzeptioneller Beitrag zur Optimierung der Bereitstellung von Kulturräumen*. Zürich: o.V.
- Hunziker, Sabine (2009). *Bewegung Aktion Freiraum. Von der Bewegung zum Verein. Analyse der Organisationsform der Aktion Freiraum*. Unveröffentlichtes Paper. Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Jenkins, J. Craig (2008). Ressource Mobilization Theory. In: Ruggiero, Vincenzo und Nicola Montagna (Hg.) *Social Movements. A Reader* (118-127). Oxon: Routledge.
- Kaufmann, Therese und Gerald Raunig (2002). *Europäische Kulturpolitiken vorausdenken*. Internetseite. Zugriff am 14.01.2010 auf <http://eipcp.net/policies/aecp/kaufmann-raunig/de>.
- Kern, Thomas (2008). *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keune, Nelly (2008). Veränderung erzeugt Angst. *Neue Luzerner Zeitung*, 14.02.2008, Seite unbekannt.
- Kulturmagazin (2007). *Das Ende der Alternativkultur*. Internetseite. Zugriff am 09.01.2010 auf <http://www.kulturluzern.ch/kulturmagazin/05-archiv/archiv-2007.asp?navid=18>.
- Minichbauer, Raimund (2004). *Regionale Strategien. Zu räumlichen Aspekten in der europäischen Kulturpolitik*. Internetseite. Zugriff am 14.01.2010 auf <http://eipcp.net/policies/minichbauer1/en>.
- Moreno, Olivia Payo (2009). *Wirkungen einer sozialen Bewegung. Am Beispiel der Aktion Freiraum, Luzern*. Unveröffentlichtes Paper. Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Neue Luzerner Zeitung (2008). *Wegweisungsartikel: Referendum kommt*. Internetseite. Zugriff am 18.01.2010 auf [http://www.zisch.ch/navigation/top\\_main\\_nav/nachrichten/zentral-schweiz/luzern/detail.htm?client\\_request\\_className=NewsItem&client\\_request\\_contentOID=275951](http://www.zisch.ch/navigation/top_main_nav/nachrichten/zentral-schweiz/luzern/detail.htm?client_request_className=NewsItem&client_request_contentOID=275951).
- Neue Luzerner Zeitung (2009). *Frigorex-Hallen weichen Tribschenstadt-Haus*. Internetseite. Zugriff am 18.01.2010 auf [www.zisch.ch/navigation/top\\_main\\_nav/nachrichten/zentral-schweiz/luzern/detail.htm?client\\_request\\_className=NewsItem&client\\_request\\_contentOID=325167](http://www.zisch.ch/navigation/top_main_nav/nachrichten/zentral-schweiz/luzern/detail.htm?client_request_className=NewsItem&client_request_contentOID=325167).
- Portmann, Christine, Chris Meier & Julio Iglesias (2008). *Alternative Kultur sprengt Grenzen. Braucht die alternative Kultur in der Stadt Luzern mehr Freiraum?* Internetseite. Zugriff am 09.01.20 auf [http://zisch.ch/FTP-Upload/ZischDaten/zischbonus/Masterarbeit\\_Freiraum.pdf](http://zisch.ch/FTP-Upload/ZischDaten/zischbonus/Masterarbeit_Freiraum.pdf).

- Rüegg, Evelyne (2009). *Die Aktionsformen der Aktion Freiraum in Luzern*. Unveröffentlichtes Paper. Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).
- Schneider, Ruth (2004). Vernehmlassung Masterplan. *Neue Luzerner Zeitung*, 30.01.2004, Seite unbekannt.
- Schneider, Ruth (2005). Alternativkultur hat Recht auf Räume. *Neue Luzerner Zeitung*, 13.12.2005, Seite unbekannt.
- Schneider, Ruth (2006). Weiterbetrieb der Boa abgelehnt. *Neue Luzerner Zeitung*, 17.03.2006, Seite unbekannt.
- Schneider, Ruth (2007). Diskussion zur Stadtentwicklung. *Neue Luzerner Zeitung*, 13.09.2007, Seite unbekannt.
- Schneider, Ruth (2008). Stadtentwicklung Luzern 2022. *Neue Luzerner Zeitung*, 26.02.2008, Seite unbekannt.
- Snow, David und Robert Benford (2000). Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639.
- Stadt Luzern, Abteilung Kultur (Hrsg.) (2001). *Kulturstandort Luzern*. Internetseite. Zugriff am 09.01.2010 auf <http://www.ksk-cvsc.ch/fr/upload/file/Kulturstandort%20Luzern.pdf>
- Stadt Luzern, Abteilung Baudirektion (Hrsg.) (2007). *Die Stadt Luzern im Jahr 2022. Bau- und Zonenordnung: Perspektiven für die Stadtentwicklung*. Internetseite. Zugriff am 15.01.2010 auf [http://www.stadtluzern.ch/dl.php/de/0d0b0-m90xpk/Luzern\\_2022.pdf](http://www.stadtluzern.ch/dl.php/de/0d0b0-m90xpk/Luzern_2022.pdf)
- StudentInnen für Grundrechte (2008). *Ein Jahr nach den Massenverhaftungen*. Internetseite. Zugriff am 03.01.2010 auf [http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Externe\\_Medienmitteilungen/27112008](http://www.aktionfreiraum.ch/Medienmitteilungen/Externe_Medienmitteilungen/27112008).
- Taylor, Verta und Nella van Dyke (2004). „Get up, Stand up“. Tactical Repertoires of Social Movements. In: Snow, David A., Sarah A. Soule und Hanspeter Kriesi (Hg.) *The Blackwell companion to social movements* (262-293). Malden: Blackwell.
- Weigel, Silvia (2009a). Basel-/Bernstrasse. *Neue Luzerner Zeitung*, 05.01.2009, Seite unbekannt.
- Weigel, Silvia (2009b). SVP will Baselstrasse einpacken. *Neue Luzerner Zeitung*, 05.02.2009, Seite unbekannt.
- Wikipedia (2010). *Do it yourself*. Internetseite. Zugriff am 23.01.2010 auf [http://de.wikipedia.org/wiki/Do\\_it\\_yourself](http://de.wikipedia.org/wiki/Do_it_yourself)
- Vision D (2008). *Flyer*. Internetseite, Zugriff am 17.01.2010 auf [http://www.werkbund.ch/documents/vD\\_fly2.pdf](http://www.werkbund.ch/documents/vD_fly2.pdf)
- Zdekauer, Christina (2009). *Die Selbsteutung der sozialen Bewegung Aktion Freiraum Luzern*. Unveröffentlichtes Paper. Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Universität Freiburg, Freiburg (Schweiz).



Grafik 1: Akteure im Umfeld der «Aktion Freiraum» Luzern (nach Rucht 2004:201).



*Grafik 2:* Aktionen der «Aktion Freiraum» auf der Zeitachse.  
Die Kreise geben grob die Anzahl der Beteiligten an.



*„Wenn man jetzt ganz abstrakt und banal über eine Revolution redet, dann geht es nicht darum, ob es sie morgen gibt oder nicht, sondern dass man sich überhaupt daran erinnert, dass es eine Revolution geben könnte. Der erste und wichtigste Schritt ist, dass man präsent hat, dass die Verhältnisse nicht so sein müssen.“ (Dorothee Elmiger, WochenZeitung, 30.9.2010(39),17)*

## **Drei Bewegungen im Vergleich**

*Maurizio Coppola, Ruedi Epple, Jacqueline Kalbermatter und Tanja Kloeti*

---

Roth und Rucht (2008:13) sprechen von Sozialen Bewegungen, „wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist“. Bei den drei untersuchten „Unruhen“ in Luzern, Bellinzona und Bern handelt es sich in diesem Sinne um soziale Bewegungen. Alle drei Bewegungen bestehen aus einem „Netzwerk von Netzwerken“ (Neidhardt 1985), das eine gewisse Kontinuität und kollektive Identität aufweist und den sozialen Wandel gestaltend beeinflussen will.

Alle drei Bewegungen griffen soziale Probleme auf, die sie in den Zusammenhang aktueller gesellschaftlicher Veränderungen stellten. In Bellinzona richtete sich die Bewegung gegen eine aus ihrer Warte abzulehnende Umstrukturierung des Unterhalts der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. In Luzern setzte sie sich gegen eine Kulturpolitik zur Wehr, welche aus ihrer Sicht die Alternativkultur zugunsten der kulturellen Ausstrahlung einer touristischen Top-Destination vernachlässigte. In Bern zielte sie darauf ab, das Migrationregime zu verändern und den Sans-Papiers eine kollektive Regularisierung zu ermöglichen.

Alle drei Bewegungen gehören damit in den Zusammenhang der aktuellen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung einer neuen „Entwicklungsweise“ oder „Prosperitätskonstellation“ (Lutz 1984), die in den letzten Jahrzehnten stark von der neoliberalen Politik der Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung geprägt war. Als Bewegungen mit einem begrenzten räumlichen Horizont zielten sie auf die Gestaltung regionaler social fixes (Jessop 2007). Das galt selbst für die Bewegung in Bern, die mit dem Migrationsregime ein zunächst auf der internationalen Ebene angesiedeltes Problem aufgriff: Ihre Forderungen richtete sie in erster Linie an die Berner Behörden. Sie wollte die grössere Offenheit gegenüber den Sans-Papiers, welche die Kantone der Westschweiz an den Tag legen, auf einen Kanton der Deutschschweiz ausdehnen.

Zwei der drei Bewegungen knüpften an Traditionen an. In Bellinzona stand die Auseinandersetzung in der Tradition der „alten“ Arbeiterbewegung. Dies zeigte sich sowohl in ihrer Argumentation als auch in ihren Organisations- und Aktionsformen. So waren und sind ihre Verbindung zu den Gewerkschaften eng und mit dem Streik griff sie zum klassischen Kampfmittel der Arbeiterschaft (Degen u.a. 2006). Von der Luzerner Bewegung führten Traditionslinien zu den Jugendbewegungen der frühen 1980er Jahre, die sich damals für autonome Jugendräume und Alternativkultur einsetzten (Kriesi 1984). Mit der „Roten Fabrik“ in Zürich und der „Reitschule“ in Bern bestehen Kulturräume, die im Zusammenhang mit diesen Bewegungen entstanden und die der Luzerner „Boa“ ähnlich sind. So betrachtet, verteidigte die Luzerner Bewegung, was sich die Jugendbewegungen der 1980er Jahre erstritten hatten.

Die Berner Bewegung hingegen stellte ein Anliegen ins Zentrum, das der in den letzten Jahrzehnten neu hervorgetretenen Konfliktlinie zwischen Öffnung und Schliessung zuzuordnen ist (Kriesi 2001; Bolliger 2007:225-233). Bewegungen, die von Zugewanderten ausgingen oder unterstützt wurden, gab es schon früher. Dass sie sich wie mit der Berner Bewegung für ihre eigene Rechtsstellung in der Schweiz einsetzen, ist hingegen eine Ausnahme (Giugni 1999). Vor dem Hintergrund, dass die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Schliessung in den letzten zwei Jahrzehnten in erster Linie von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und rechtsextremen Bewegungen politisiert wurde und sich dadurch die Stimmung gegenüber Zugewanderten eher verschlechtert hat (Skenderovic und d’Amato 2008, Skenderovic 2009), könnte die Berner Bewegung auch als „Gegenbewegung“ interpretiert werden. Allerdings beinhaltet ihr Masterframe, der die Menschenrechte und -würde ins Zentrum stellt, auch ein offensives Element (Hutter und Giugni 2009). Insofern sich auch die Bewegungen in Luzern und Bellinzona auf diesen Masterframe beziehen, können auch diese zumindest teilweise als offensive Bewegungen gelten.

Obwohl in unterschiedlichen Traditionen stehend, zeigten sich in allen drei Bewegungen neue Elemente: So spielten die neuen Kommunikationsmittel wie SMS und Internet eine wichtige Rolle. In diesem Sinne gehören sie einer neuen Bewegungsgeneration an. Ob sie gleichzeitig auch einem neuen Bewegungszyklus angehören, wie sich mit Hutter und Giugni (2009) vermuten liesse, ist allerdings nicht zu beurteilen. Dazu reicht die Datenbasis nicht aus.

Die Organisationsformen, welche die drei Bewegungen entwickelten, waren sehr vielfältig und flexibel. Deutlich wird sichtbar, dass sich diese der Bewegungsdynamik anpassten. Es handelte sich bei den drei Bewegungen weder um parteiförmige Organisationen noch um Interessenverbände mit festen Mitgliedschaften und Verfassungen (Rucht 1993). Selbst im Fall Bellinzona, wo die traditionellen Gewerkschaftsverbände eine zentrale Rolle spielten, reduzierte sich der organisationelle Operationsmodus nicht auf die Maximierung von Mitgliedschaftsinteressen. Einerseits hatte die Bewegung ein ausgesprochen instrumentelles Verhältnis zu den Gewerkschaften, was

sich beispielsweise im Wechsel der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit wichtiger Akteure zeigt. Andererseits band die Bewegungsorganisation über die Netzwerke der Frauen, der Kirche und der Solidaritätskomitees auch Kräfte ein, die weit über die Mitgliedschaft der traditionellen Gewerkschaften hinaus gingen.

In ihren Aktionsformen knüpften die drei Bewegungen an das Aktionsrepertoire der neuen sozialen Bewegungen an (Brand 1985; Roth und Rucht 1991; Raschke 1985; Wasmuht 1989). Das zeigt sich in erster Linie daran, dass sie auch konfrontative und illegale Aktionen durchführten. Das galt selbst für die Bewegung in Bellinzona. Obwohl diese mit dem Streik eine traditionelle Aktionsform der Arbeitsbewegung und beispielsweise mit der kantonalen Initiative auch eine konventionelle Aktion praktizierte, signalisierte sie wiederholt ihre Bereitschaft, auch konfrontative Aktionen wie zum Beispiel die Sperrung der Bahnlinie durch den Gotthardt durchzuführen.

Wären die drei Bewegungen Repräsentanten eines neuen Bewegungszyklus, würden sie bestätigen, was bereits in vergangenen Bewegungszyklen zu beobachten war: In den Organisations- und Aktionsformen späterer Zyklen schlagen sich Erfahrungen und Lernprozesse früherer Bewegungen nieder (Epple 1998). Das Innovative dieses neuen Zyklus' könnte neben der Thematisierung einer neuen Konfliktlinie dann auch darin liegen, dass sie das erweiterte Aktionsrepertoire der neuen sozialen Bewegungen unter den Bedingungen praktizieren, welche die neuen Kommunikationsmittel bieten (Mijnssen 2010; Peiry 2010; Zimmermann 2010).

Die Bilanzen der drei Bewegungen, soweit sich solche aufgrund der geringen zeitlichen Distanz bereits ziehen lassen, fallen unterschiedlich aus. Am erfolgreichsten war wohl die Bewegung in Bellinzona. Ihr gelang es nicht nur, die gefährdeten Arbeitsplätze zu verteidigen, sondern darüber hinaus auch die unternehmensinterne Position der Belegschaft zu festigen. Ob sich auch ihre Vorstellungen zur Zukunft Bellinzonas als „Innovationsstandort“ oder ihre Ansätze einer neuen Gewerkschaftspolitik mindestens teilweise durchsetzen werden, wird die Zukunft zeigen.

Die Gründe ihres Erfolgs dürften im Falle der Bewegung in Bellinzona in ihrer konfrontativen Strategie, in ihrer internen Geschlossenheit und in ihrer breiten Ausstrahlung in das politische Umfeld zu suchen sein. Keiner der beiden anderen Bewegungen gelang es, ihr Netzwerk derart weit auszudehnen, wie das der Bewegung in Bellinzona über ihre Verbindungen zu Kirche und Politik gelang.

Einen Teilerfolg erzielte die Berner Bewegung. Sie scheiterte zwar am Ziel, eine kollektive Regularisierung durchzusetzen. Auch gelang es ihr nicht, der massiven Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch die SVP auch nur im regionalen Kontext etwas entgegen zu halten. Mit der Institutionalisierung der Beratungsstelle für Sans-Papiers verbesserte sie aber die konkrete Situation zahlreicher betroffener Personen. Der Grund für ihren Teilerfolg ist wohl darin zu suchen, dass es der Bewegung über ihre Verbindungen zu Kirchen und Hilfswerken gelang, auch moderate Kräfte für die Anliegen der Sans-Papiers zu gewinnen. Die Kirchen und Hilfswerke verfüg-

ten auch über die Ressourcen, eine Institutionalisierung der Einzelfallhilfe praktisch umzusetzen.

Geringer als in Bellinzona war in Bern die Einigkeit in der Bewegung in Bezug auf eine konfrontative Vorgehensweise und auf die Radikalität der Forderungen. Mit der Verbreiterung der Bewegung und dem Einbezug der Kirchen und Hilfswerke verknüpfte sich eine grössere Rücksichtnahme auf die veröffentlichte Meinung, was längerfristig bedeutete, auf die Forderung nach einer kollektiven Regularisierung und auf die konfrontative Aktionsform der Besetzung von Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden zu verzichten. Der radikale Bewegungsflügel, der die Bewegung angestossen hatte, löste sich denn auch wieder auf, während die moderaten Kräfte weiter arbeiteten und die Institutionalisierung der Einzelfallhilfe bis heute sicher stellten.

Die geringsten Wirkungen erzielte die Luzerner Bewegung. Zwar registrierten ihre Aktivisten eine erhöhte Sensibilität der Öffentlichkeit für ihre Anliegen. Ein darüber hinausgehendes, konkretes Resultat aber ist bis heute nicht zu verzeichnen. Die Bewegung verlor an Dynamik und Rückhalt, bevor sie nachhaltige Wirkungen durchgesetzt hatte. Ein Grund für die Schwäche der Bewegung dürfte darin zu suchen sein, dass mit dem „Südpol“ eine Alternative zur BOA zur Verfügung stand, die einen Teil der Netzwerke, die sich für die Anliegen der Bewegung hätten ansprechen lassen, mindestens teilweise zufrieden stellte.

Setzte man den Beginn der Luzerner Bewegung nicht auf den Zeitpunkt der Schliessung der BOA an, sondern würde man auch die jahrelangen Auseinandersetzungen berücksichtigen, die der Schliessung vorangingen (Carcano 2008), so könnte man die Schaffung des „Südpols“ auf das Konto der Bestrebungen buchen, die der hier untersuchten Bewegung vorausgingen. So betrachtet würde auch der Fall Luzern belegen, dass soziale Bewegungen gegenwärtig und unabhängig von der Frage, ob sich ein neuer Bewegungszyklus beobachten lässt, in der Lage sind, örtlich und zeitlich begrenzte social fixes mit zu gestalten. Es sind nicht nur die Parteien und unter ihnen nicht nur die SVP, welche Veränderungen in Gang setzen (Lachat 2008). Zudem zeichnen sich die meisten sozialen Bewegungen dadurch aus, dass sie die Möglichkeit einer anderen Welt in Erinnerung halten und damit zur Entstehung von „Spaces of Hope“ beitragen (Lee und Leyshon 2003).

### **Bibliographie**

- Bolliger, Christian (2007). *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003: Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen*. Bern: Haupt.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) (1985). *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus.
- Carcano, Orpheo (Red.) (2008). *Ein Boa Teil*. Emmenbrücke: Maniac Press.

- 
- Degen, Bernard u. a. (Hg.) (2006). *Vom Wert der Arbeit: Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Epple, Ruedi (1998). *Bewegung im Übergang. Zur Geschichte der Politik im Kanton Basel-Landschaft 1890-1990*. Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Giugni, Marco (1999). Les mouvements sociaux: structures, processus et conséquences. In: Ulrich Klöti u. a. (Hg.) (1999). *Handbuch der Schweizer Politik* (261–297). Zürich: NZZ.
- Hutter, Swen und Marco Giugni (2009). Protest Politics in a Changing Political Context: Switzerland, 1975-2005. *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, 15(3), 427–461.
- Jessop, Bob (2007). Raum, Ort und Massstäbe. Territorialisierungsstrategien in postfordistischen Gesellschaften. In: Fabian Kessl und Hans-Uwe Otto (Hg.) (2007). *Territorialisierung des Sozialen: Regieren über soziale Nahräume* (25–55). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Kriesi, Hanspeter (1984). *Die Zürcher Bewegung: Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge*. Frankfurt ; New York: Campus Verlag.
- (2001). Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2001(2), 206–213.
- Lachat, Romain (2008). Switzerland: Another case of transformation driven by an established party. In: Hanspeter Kriesi u. a. (Hg.) (2008). *West European politics in the age of globalization* (130–423). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lee, Roger und Andrew Leyshon (2003). Conclusions: Re-making Geographies and the Construction of «Spaces of Hope». In: Andrew Leyshon, Roger Lee und Colin C. Williams (Hg.) (2003). *Alternative economic spaces* (193–198). London: SAGE.
- Lutz, Burkart (1984). *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriellkapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt. New York: Campus.
- Mijnssen, Ivo (2010). Die Strasse zurückerobern. *moneta*, 22.6.2010(2), 8.
- Neidhardt, Friedhelm (1985). Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Stefan Hradil (Hg.) (1985). *Sozialstruktur im Umbruch: Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag* (193–204). Opladen: Leske+Budrich.
- Peiry, Lucienne (2010). Kreativität als Flucht und Protest. *moneta*, 22.6.2010(2), 12–13.
- Raschke, Joachim (1985). *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt/New York: Campus.

- Roth, Roland und Dieter Rucht (Hg.) (1991). *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- (Hg.) (2008). *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.) (1993). *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland* (251–275). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Skenderovic, Damir (2009). *Radical right in Switzerland: Continuity and change, 1945-2000*. New York: Berghahn Books.
- Skenderovic, Damir und Gianni D’Amato (2008). *Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*. Zürich: Chronos.
- Wasmuht, Ulrike C. (Hg.) (1989). *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Zimmermann, Dominique A. (2010). The Yes Men, Subversiv Messe und Co. *moneta*, 22.6.2010(2), 9.